

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wochentlich 28 Pfg., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Preussland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Berath-
 und Berathungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 10. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Die neuen Kriegsartikel.

Die Armee hat wieder einmal etwas Neues bekommen, nämlich neue Kriegsartikel, die freilich den alten verdammt ähnlich sehen. Der Hauptunterschied besteht darin, daß die alten Kriegsartikel mit den vielen unheimlichen Dingen, die es beim Militär giebt, z. B. Arrest, Gefängnis, Festung, Justizhaus, Todesstrafe begannen und dann nach Art eines braven Familienromans, der „gut ausgeht“, mit der verlockenden Aussicht auf Pension, Orden, Advancement etc. schloffen, während die neuen umgekehrt arrangiert sind, also mit den Freuden anfangen und mit den Leiden enden. Weiter hat man die früheren 55 Artikel nunmehr in 28 zusammengezogen, wobei aber eine besondere Kürzung nicht herausgepflogen sein dürfte.

Betrachten wir nun einige der Artikel näher. Der erste derselben enthält eine Ermahnung an den Soldaten, stets seine Pflichten zu erfüllen. Er schließt mit den Worten: „Was der Soldat während seiner Dienstzeit gelernt hat, soll er auch im Heimatlande zu erhalten.“ Diesen Satz scheint die „nationale“ Presse zur Realisierung eines bekannten Scharfmachersplanes auszunutzen zu wollen, nämlich dahin, daß der ehemalige Soldat sich auch während seiner Reserve- und Landwehrzeit an den Fahnenheld gebunden erachten soll und daher nicht sozialdemokratisch wählen darf. So kommentierten z. B. die „Münchener Neuesten Nachrichten“ den besagten Satz denn auch schon dahin, daß damit nicht nur die Kriegserfahrenheit, sondern auch der Sinn für Unterordnung unter die höheren Befehle, die eigne Disziplinierung und das Bewußtsein, für das Vaterland die Persönlichkeit einzusetzen, gemeint ist. In ordentliches Deutsch überfetzt, heißt dies, daß der Mann auch während der 15-16 Jahre, in denen er der Reserve und Landwehr angehört, hübsch Spalier stehen „Hoch“ rufen und einen der „Geistesheroen“ aus dem Ordnungsbrei wählen soll. Demgegenüber müßten wir bemerken, daß das, was vom Reservisten und Landwehrmann gefordert werden kann, gesetzlich genau festgelegt ist und hieran auch nur auf dem Wege des Gesetzes etwas geändert werden kann. Das Münchener Blatt unterstellt also in seiner Heberkopistie die Absicht eines großen Verfassungsbruches, eines Stücker'schen Revolution von oben!

Daß Artikel 4 behauptet, jedem Soldaten stehe nach seinen Fähigkeiten und Kenntnissen selbst der Weg zu den höchsten Stellen im Heere offen, ist im „Vorwärts“ schon erwähnt worden. Dieser Tropfen demokratischen Deles“ nimmt sich allerdings recht wunderbar aus, wenn man bedenkt, daß der Kasernengeist gerade in Preußen in schönster Reinheit blüht und hier vor kurzem ein hoher Beamter abgesetzt wurde, weil er eine Tochter eines ehemaligen Feldwebels heiraten wollte. Wie wären wirklich auf die Antwort begierig, die der preussische Herr Kriegsminister auf folgende Frage gäbe: „Halten Sie es für möglich, daß ein außerordentlich geborener Knabe, mag er auch noch so talentiert und brav sein, Aufnahme in einer deutschen Kadettenanstalt findet oder ein ebenfalls illegitim geborener junger Mann, mag er auch alle wissenschaftlichen Vorbereitungen zum Advantagen erfüllt haben, von einem deutschen Regimentskommandeur als Offiziersaspirant angenommen wird? Wir glauben nicht, daß der Herr Kriegsminister mit gutem Gewissen Ja sagen kann.“

Aus Artikel 5 heben wir folgenden Satz hervor: „Gegen Mannschaften von besonders schlechter Führung kann Einstellung in eine Arbeitsabteilung erfolgen.“ Was versteht man nun beim Militär alles unter besonders schlechter Führung? Darüber giebt eine Kabinettsorder vom 8. Dezember 1887, die geradezu ein kulturhistorisches Dokument ersten Ranges ist, Aufschluß. Diese Order lautet:

„Ich erachte es mit den in der Armee lebenden und zu erhaltenden Aufstellungen nicht ferner für vereinbar, daß Mannschaften von unzweifelhaft christlichem Charakter lediglich deshalb von der Truppe nicht entfernt werden, weil sie sich noch nicht in der zweiten Klasse des Soldatenstandes befinden. Ich will daher auf den mir gehaltenen Vortrag hierdurch den kommandierenden Generalen die Befugnis beilegen, auch sofern die letztgenannte Voraussetzung nicht zutrifft, wider Mannschaften des aktiven Heeres als Disziplinarmaßregel die Einstellung in eine Arbeiterabteilung zu verfügen, wenn dieselben

- a) auf Grund des § 95 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich verurteilt sind, (also Majestätsbeleidigung! D. Verf.)
- b) auf andere Weise in Handlungen oder Worten eine ehrlöse und die Manneszucht gefährdende Gesinnung bekundigen,
- c) vor ihrer Einstellung wegen Diebstahls, Vettelerei oder Landstreicherei usw. wiederholte Verurteilungen erlitten und sich dauernd als unverbesserlich erweisen.“

Ein einziges unbedachtes, in der Hitze des Geplärrs, ja sogar in der Trunkenheit ausgesprochenes Wort kann also genügen, um einen braven Soldaten nicht nur auf Monate ins Gefängnis, sondern auch noch für den ganzen langen Rest seiner Dienstzeit — die im Gefängnis verbrachte Zeit hat er nachjudienen — in eine Arbeiterabteilung zu bringen, wo er gar nicht selten mit Leuten, die das Justizhaus gekostet haben, zusammenleben muß. Zweifellos hätte die Thatsache, daß eine Majestätsbeleidigung zur Einstellung in die Arbeiterabteilung genügt, in den Kriegsartikeln besonders betont werden sollen, denn daran, daß eine solche Folge für ein unbedachtes Wort möglich ist, dachte selbst im Deutschen Reich kein Mensch. Man komme uns nicht mit der Behauptung, daß bei einem Soldaten eine mehrererleiige Feindschaft gegen den Monarchen besonders schwer wiege. Dies kann man wohl vom Berufsoldaten, der freiwillig „des Königs“ Knecht“ trägt, sagen, nicht aber von dem durch

das Gesetz zwangsweise eingestellten Mann. Wenn ich einen Menschen durch ein Gesetz zu einem Beruf zwingen, so kann ich unmöglich fordern, daß dieser Mensch in dem Moment, wo er den Beruf ergreift, seine bisherigen Anschauungen ändert. Thue ich es dennoch, so erziehe ich nach Umständen einfach einen Heuchler.

Von Artikel 8 ist der erste Satz sehr interessant. Er lautet: „Die Erfüllung der Dienstpflicht ist eine Ehrenpflicht jedes deutschen Mannes.“ Ja, warum sind denn dann die Mitglieder regierender und mediantischer Häuser von dieser „Ehrenpflicht jedes deutschen Mannes“ gesetzlich befreit? Von einer Ehrenpflicht läßt man sich doch nicht befreien, besonders solchen die „allerhöchste, höchste und hohe Herrschaften“ nicht thun. Mit dieser „Ehrenpflicht“ geht es ja überhaupt ein bißchen sonderbar: Die Söhne regierender Häuser sowie des höchsten Adels brauchen, wie bemerkt, überhaupt nicht zu dienen, die Söhne der besitzenden Klassen dienen aktiv nur ein Jahr, der Profetiarier und Panzerföhrer aber bekommt die größte Portion von der „Ehrenpflicht“, indem er auf zwei bis drei Jahre in die Kaserne wandern muß.

Der Artikel 11 hebt mit einem Satz an, den wir als ungenau und auch als nicht ungeschicklich bezeichnen müssen. Es heißt hier: „Der Gemeine muß jedem Offizier und Unteroffizier und der Unteroffizier jedem Offizier des Heeres, der Marine oder Sanjtruppe Achtung und Gehorsam beweisen und hat ihre Befehle pünktlich zu befolgen.“ Die Kriegsartikel lassen also bezüglich der Befolgung der Befehle keine Ausnahme zu. Dies steht aber im Widerspruch mit § 47 des Militär-Strafgesetzbuches, der bestimmt, daß den gehörenden Untergebenen die Strafe eines Teilnehmers trifft, wenn ihm bekannt gewesen, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte.“ Warum wurde diese Bestimmung nicht in den Artikel 11 eingeschoben? Ein Ausnahmefall wäre es gewiß nicht gewesen, denn es hätte die Einfügung des Satzes „sofern sie nicht ein bürgerliches oder militärisches Vergehen oder Verbrechen bezwecken“ hinter dem Wort „Befehle“ genügt.

Welche Konsequenzen die jetzige ungenaue Fassung des Artikels 11 haben kann, mögen zwei Beispiele zeigen. Geseht, ein Unteroffizier jagt zum Rekruten Schulze: „Sie Schulze, wenn der Müller wieder eine falsche Wendung macht, spucken Sie ihm ins Gesicht!“ Eigentlich sollte der Schulze daraufhin aus dem Glied herandrreten und antworten: „Entschuldigen Sie, Herr Unteroffizier, diesen Befehl darf ich nicht befolgen,“ aber der Schulze denkt fest an seine Kriegsartikel, die gegen alle Befehle Gehorsam fordern, und spuckt bei der nächsten falschen Wendung des Müller drauf los. Der Müller beschwert sich, der Unteroffizier und der Schulze kommen vor Gericht, hier aber entäußert sich der letztere damit, daß er ja nur den 11. Kriegsartikel befolgt habe. Das Kriegsgericht sitzt dann in einer schauerlichen Paise, denn es kann den Schulze nur verurteilen, wenn es den 11. Kriegsartikel für unrichtig erklärt. Oder ein anderer Fall: Ein Offizier oder Unteroffizier, der mit Zivilisten ein Konvoktor hatte, requiriert eine Patrouille und befehlt dieser, auf die Zivilisten zu feuern. Die Soldaten kommen dem Befehle nach, sie werden vor Gericht gestellt und verteidigen sich hier ebenso wie vorher. Der Schulze. Dann sehen wir wieder ein Kriegsgericht in einer äußerst fatalen Situation.

In Artikel 15 findet sich eine Mahnung an die Soldatenmishandler. Wir meinen aber, daß die Militärbehörden allmählich einsehen könnten, daß hier Worte gar nichts helfen. Hier müssen endlich einmal Thaten geschehen! Man verdränge gütig die gänzlich unzureichenden Mißhandlungs-Varagrphen des Militär-Strafgesetzbuches und nehme, auf diese Weise den Militärgerichten die Möglichkeit, so milde Urteile zu fällen, wie sie täglich zu lesen sind; man lege für eine Mißhandlung mindestens drei Monate Gefängnis und Degradation, beziehungsweise für Offiziere Entlassung fest, dann werden die Schuldigen bald abnehmen. So gut beim Militär die äußerste Selbstzucht nach „oben“ verlangt und auch erreicht wird, ebenso gut könnte man auch erreichen, daß Offiziere und Unteroffiziere sich wenigstens aller Mißhandlungen enthalten.

Zum Schluß noch zu Artikel 17, der vom Plündern spricht. Dieser Artikel meint: „Hab und Gut der Bewohner des feindlichen Landes . . . stehen unter dem besonderen Schutze des Gesetzes.“ Als Plünderung ist es nicht anzusehen, wenn die Aneignung sich nur auf Lebensmittel, Heilmittel, Bekleidungsmitel, Feuerungsmittel, Futter und Beförderungsmittel erstreckt und dem vorhandenen Bedürfnis entspricht.“ Ganz einverstanden, nur möchten wir gerne wissen, ob astronomische Instrumente zu den Lebensmitteln, Heilmitteln, Feuerungs- und Beförderungsmitteln oder vielleicht zum Futter zählen?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober.

Ein Voerensieg.

Der letzte Voerensiege, der mit solcher vernünftigen Wucht die Berliner Voerenspolitik seit 1896 niederwarf, hat in dem Ameisenhaufen des offiziellen Preßbüchens die tollste Verwirrung hervorgerufen. Sie überhegeln und überpuzeln sich mit ihren Beweisstücken; diesmal aber ist die Last zu schwer, als daß man sie mit einiger Gewandtheit zu bewältigen vermöchte. Und da in auswärtigen — sie selbst sagen: nationalen — Fragen, fast die gesamte bürgerliche, namentlich auch die liberal-freisinnige Presse vom Preßbureau gepeist wird, so bieten die Wälder gegenwärtig durchweg einen Anblick, daß selbst das Armenmaterial des Königer Prozesses dagegen ein Arsenal der Weisheit zu sein scheint.

Die Ablehnung der kaiserlichen Einladung, mit denen die Voerengenerale die Berliner Politik der letzten Jahre beantwortet haben, wird überall nach derselben samantischen Eingebung behandelt: kaiserliche Grobmut, unbegreifliche Taktlosigkeit der Generale, große Undankbarkeit. Zur Erklärung der „unbegreiflichen“ Abgabe deuten dann die einen auf englische, die andern auf holländische Einflüsse. Als typisches Beispiel für die närrisch-verdächtige Gesinnungslosigkeit und unehrliche Feigheit dieser Preise seien Ausführungen des freisinnigen „Berliner Tageblatts“ erwähnt, das sich selbstverständlich an hohem Vordiensteifer von keinem andern Blatt übertreffen lassen will. Am Donnerstagsmorgen konnte man im Organ Rudolf Mosles zunächst die runde Lüge inseriert lesen, daß der Kaiser den Besuch der Generale nicht angeregt hätte — und dies nach der Enthüllung der „Nordd. Allgem. Zeitung“. Dann fährt das „Berl. Tagebl.“ die „plöbliche Sinnesänderung“ der Voerensführer auf Einwirkungen des Dr. Leyds zurück. Das sei Leyds Geschoß: „Die Art, wie der Kaiser diese Taktlosigkeit beantwortet, ist die für den geistlichen Vertreter der Nation einzig mögliche: Er würdigt die Herren zu eiter keines Blickes.“ Aber mit dieser summen Vernichtung ist das heiß lodernde Blut des „V. L.“ noch nicht genugsam gelöscht. Es verlangt mehr und es wendet sich mit erhobenem Jörn an die deutsche Regierung und fordert sie auf, die „Beleidigung des Kaisers“ dadurch zu sühnen, die drei Generale bei erster bester Gelegenheit als „lästige Ausländer“ anzuzureifen. Schließlich sollte auch das „deutsche Volk“ — so wurde es von „V. L.“ genannt — die Voerengenerale wegen ihrer „Versehung“ mit gebührender Rücksicht behandeln. Inzwischen freilich hat sich das „V. L.“ auch der Voerensfreundlichen Abkommen und Intentionen erinnert und am Donnerstagsabend lehrt es zu seiner angeborenen Grobmut zurück, und es will den Generalen die Ausweisung gnädiglich erlassen; ja mehr, es wird geradezu hochherzig: „Man wird ihnen nichts in den Weg legen, und man wird mit Rücksicht auf die innerlich berechtigten Sympathie der deutschen Bevölkerung mit dem Voerensvolke die Voerengenerale auch die etwaigen politischen Taktlosigkeiten, die vormanchen allzuanti-englisch gesinnten Kreisen aus Anlaß der Anwesenheit der Generale sich vielleicht ereignen sollten, nicht etwa deshalb besonders entgelten lassen, weil sie in ihrem Verhalten dem Kaiser gegenüber den geziemenden Takt haben vermissen lassen.“ So edel giebt das „V. L.“ den Preßlern Parolen!

Was der offiziöse Commis im „V. L.“ allzu plump und dumm vorträgt, wird aber — und das ist beschämend — fast von der gesamten Presse in mehr oder minder geschickter Form gesagt. Da ist es nicht unangebracht, die schlechte Vermunft und Wahrheit auszusprechen, so bedeutungslos an sich dies Zwischenpiel ist.

Es war ein diplomatisch nicht unebener Gedanke, die Generale einzuladen. Einmal wurde dadurch — der Absicht nach — die populäre Stimmung für die Voeren befriedigt, und andererseits wurde zugleich durch die Bedingungen der Einladung England weitestets Entgegenkommen bewiesen. So sollte denn zweierlei erledigt werden: Das deutsche Volk sollte nur die Einladung und England nur die Bedingungen der Aufforderung vernehmen, und auf diese Weise beide Teile beglückt werden.

Aber die fleggewohnte, vollkommig kräftige Voerentaktik zerriß das diplomatische Gespinnst. Als zuerst die Meldung ankam, daß die Voeren eine Audienz bei Wilhelm II. nachgesucht hätten, bezweifelten wir die Möglichkeit dieser Nachricht. Wie sollten diese Helden eines heillosen Unabhängigkeitskampfes dazu kommen, vor einer Thüre zu bitten, die eben erst rauh zugeschlagen war! Wir hätten uns nicht getraut, die Voeren haben keine Audienz nachgesucht, sie sind eingeladen worden. Unbegreiflich ist nicht, daß sie die Einladung unter den ihnen aufgelegten Bedingungen zurückwiesen, sondern unverständlich ist höchstens, daß sie überhaupt jemals einen Augenblick daran gedacht haben sollen, sie anzunehmen. Vielleicht hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine nichtsfagend ausreichende Höflichkeit des ersten Bescheides mißverständlich für eine Zusage gehalten. Wir haben ja an solchen Mißverständnissen in den letzten Jahren Unglaubliches erlebt: man denke an die angebliche Anregung Rußlands, Waldersee mit dem Oberbefehl in China zu betonen!

Wir wählten nicht, wie die Voerengenerale dazu kommen sollten, dem offiziellen Deutschland den Schein einer populären Voerensfreundschaft zu ermöglichen, zumal unter ceremoniellen Bedingungen, die einem Cecil Rhodes oder amerikanischen Willkürhären gegenüber nicht verlangt wurden. Die Ablehnung war durchaus würdig und klug; sie war eine vollgültige Quittung, und sie durchkreuzte die Rechnung mit der Volkstümmlichkeit der Generale.

Indessen unsere Offiziere, in ihrer Seelen unergründlichem Dunkel, empfinden dies Verhalten als Taktlosigkeit und große Undankbarkeit. Taktlos? Das mag gelten, taktlos ist jeder Schwertstreich der Geradheit und Wahrheit. Aber undankbar?

Vielleicht vertreten die Offiziere einmal die Verdienste, die das offizielle Deutschland sich um die Voeren erworben hat, für die sie sich dankbar hätten erweisen müssen. Sollten die Voeren dankbar sein für die Intervention von 1900, die in ihnen den Glauben an Deutschlands Verstand erweckte und indirekt den Krieg veranlaßte? Sollten sie dankbar sein für jene, England gegenüber so außerordentlich wohlwollende Neutralität Deutschlands, die, als es ernst wurde, statt der erwarteten — wie manche behaupten, versprochenen Hilfe kam? Sollten sie dankbar sein für die Abweisung Krügers, als er für sein unglückliches Volk eine Parbitte einlegen wollte?

Nein, sie hätten keine Schuld der Dankbarkeit abzutragen, sondern eine Rechnung abzuschließen. Und das haben sie wirklich und kraftvoll gethan. Es war der letzte stolze Voerensieg der Voerengenerale.

Wolfs Bureau hat den merkwürdigen Geschmack, einige englische Preßstimmen zu übermitteln, die in ausgefuchter Bosheit ihre hohe Befriedigung über den Vorgang ausdrücken. Man darf allerdings drüben außerordentlich befriedigt sein.

Ministerielle Worte und Taten.

Paris, 8. Oktober. (Fig. Ver.) Wieder eine Tischrede des Ministerpräsidenten nebst einer solchen des Handelsministers. Die Minister reden viel, ohne Furcht vor Wiederholungen und selbst vor gegenseitigen Widersprüchen. Auf dem neuesten Bankett, einem alljährlichen Feiern des „republikanischen Komitees für Handel und Industrie“, einer noch jungen Organisation der linksstehenden Bourgeoisie, erklärte Combes wieder einmal der liberal-nationalistischen Reaktion den Krieg.

Neu und immerhin bemerkenswert an diesem Hauptinhalt der Ministerrede sind die herben Ausfälle gegen den reaktionären Flügel der Bourgeoisie: gegen die „großartigen Schloßherren, die sich nur die Mühe gegeben haben, geboren zu werden, um Erbgüter gemessen zu können, und diese eiteln Bourgeois, die sich mit ihren Millionen brüsten, welche zwar, ich erkenne das an, rechtlich erworben wurden, aber doch nur durch die Mitarbeit der Arbeiterklasse, und nun so sehr den Begriff des Rechts und der Pflicht verloren haben, daß sie offen ein Komplott anzetteln, — ihre Zeitungen rühmen sich dessen — um ihren Reichtum zur Einschüchterung, zur Anrechnung ihrer Arbeiter und Lieferanten zu gebrauchen, sie geschäftig vor die Wahl zwischen dem Gehissen und dem Proterwerb stellend...“ Freilich im gleichen Atemzug verrät der Ministerpräsident einen der Beweggründe seiner Entrüstung, und jedenfalls nicht den minder wichtigen: jene bourgeoisen Einschüchterungsversuche zu Gunsten der Reaktion lieferten nämlich „mit erschreckender Bedankenslosigkeit eine scheinbare Verächtlung den hochmütigen Forderungen eines erbitterten Socialismus“!... Mit andern Worten, der Ministerpräsident „erschrickt“, daß der reaktionäre Teil der Bourgeoisie die Grundlagen des ganzen Bourgeoiseregimes nebst den „rechtlich erworbenen Millionen“ gefährdet.

Zu den „hochmütigen Forderungen“ etc. paßt sehr gut der weitere innerpolitische Inhalt der Ministerrede, die in diesem ihren Teil das höchste Lob des „Temps“ sich zugezogen und vollumfänglich verdient hat: ein echter staatsmännlicher Vortanz zwischen den notwendigen Reformen und der Sorge um die liebe Ruh' der sakrosancten „Interessen“, wie das Interesse der besitzenden Massen im französischen politischen Jargon kurzweg genannt wird. In der Wirklichkeit aber ist der Widerspruch zwischen den Reformen und den „Interessen“ von jeher für die ersteren meist fatal gewesen.

Combes ist jedoch Kleinbürgerlich-naiv genug, um das in ehrlicher Beschränktheit nicht einzusehen. So begreift er in seiner Rede auch nicht, warum denn die Vergarbeiter eigentlich zum „mühevollen Mittel eines Generalstreiks“ zu greifen sich entschließen sollten, da doch Regierung und Parlament arbeiterfeindlich gesinnt seien und da andererseits der Lohnkonflikt auf dem Wege des Ausgleichs zwischen Arbeitern und Unternehmern geschlichtet werden könnte...

Inzwischen aber sorgt der arbeiterfeindliche Ministerpräsident für die „gehässige“ Einschüchterung der streikenden Vergarbeiter zu Gunsten des kapitalistischen Gesamtinteresses, für dieselben Einschüchterung, die er so scharf tabelt, wenn sie vom reaktionären Flügel der Bourgeoisie zu Gunsten seines politischen Sonderinteresses ausgeht. Der letzte Ministerrat hat für alle Kohlenreviere dieselben militärischen Maßnahmen beschlossen, wie das Ministerium Waldeck-Rousseau während der vorjährigen Streikbewegung. Die Streikgebiete des Pas-de-Calais und des Nord-Departements sind bereits mit Militär überzogen und die Stadt Lens scheint, wie ein bürgerlich-ministerielles Blatt berichtet, im Belagerungsstand erklärt worden zu sein!

Ja, der „Temps“ hat allen Grund, über dem ordnungszersetzenden Teil der Ministerrede ihren reform- und arbeiterfeindlichen Teil zu übersehen. Aber was soll man dazu sagen, wenn die ministeriell-socialistische „Petite République“ jenen Teil der Kombedischen Rede einfach verschweigt, fortläßt, um zu derselben einen desto vertrauens- und hoffnungsvolleren Kommentar schreiben zu können?!

Der Generalstreik der französischen Vergarbeiter.

Der Beschluß des Nationalkomitees der Vergarbeiter, in den Generalstreik einzutreten, wurde — nach der „Frankf. Ztg.“ — einstimmig gefaßt. Das Komitee erwartet, daß von insgesamt 108.000 Vergarbeitern am Donnerstag 100.000 streiken und daß die Zahl der Streikenden am Montag 130.000 erreichen wird. In den Vergwerken der Departements Loire und Tarn sollen die Streikenden auf monatlangen Widerstand gefaßt sein.

In einer am Donnerstagvormittag in der Arbeitsbörse abgehaltenen Versammlung beendete das Nationalkomitee der Vergarbeiter seine Arbeiten und machte sich über den Wortlaut des an den Ministerpräsidenten Combes zu richtenden Schreibens schlüssig, in welchem die Forderungen der Grubenarbeiter aufgezeigt werden. Auch an den Präsidenten des Komitees der Grubenbesitzer von Frankreich wurde ein Schreiben gerichtet, in welchem dieses Komitee für den Konflikt verantwortlich gemacht wird. — Nach Telegrammen, die im Laufe des Donnerstag auf der Arbeitsbörse eingingen, ist die Ausstandsbewegung fast überall allgemein.

In Carmaux wurde heute früh in allen Schächten das Zeichen zum allgemeinen Ausstand gegeben. Kein Vergarbeiter ist eingefahren. Es herrscht vollkommene Ruhe. Aus Valenciennes wird gemeldet, daß die in Anzin versammelten Vergarbeiter einstimmig den Ausstand beschlossen haben. Andre Versammlungen wurden in Denain, Haulchin und in andern Bezirken abgehalten. In Denain sind in den verschiedenen dort befindlichen Gruben nur 600 Vergarbeiter eingefahren.

Die Vertreter der Vergarbeiter des Departements Pas de Calais, die wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung in den Ausstand treten wollen, sollen erklärt haben, daß der Ausstand so lange dauern solle, bis alle Forderungen erfüllt seien, selbst wenn der Ausschuß des nationalen Vergarbeiterverbandes das Ende des Ausstandes beschließen sollte.

Wie verlautet, haben die Mitglieder des Ausschusses der Vergarbeiter, nachdem sie am Mittwoch den Beschluß über den Gesamtstreik gefaßt hatten, ein Schreiben an den Ministerpräsidenten und den Ausschuß der Kohlenbergwerks-Gesellschaften gerichtet. Der „Matin“ vermutet, daß dieser Brief noch einen Versuch zum Ausgleich bilden soll.

Der Aufruf des Nationalkomitees der Grubenarbeiter wendet sich auch an die Grubenarbeiter im Ausland und fordert dieselben auf, sie in der ihnen geeigneten erscheinenden Weise zu unterstützen. Ferner wendet sich der Aufruf an die Soldaten und erinnert sie an die jüngsten Ereignisse in der Bretagne und die Haltung des Obersten Saint-Meny, welcher sich geweigert habe, die Befehle seiner Vorgesetzten auszuführen, weil diese mit seinem Gewissen im Widerspruch ständen.

Wie es heißt, hat der Ministerpräsident an die Präfecten der von dem Vergarbeiter-Ausstand betroffenen zwölf Departements telegraphiert, alle in diesem Falle vorgeschriebenen militärischen Maßnahmen zu treffen. Der Abgeordnete Pash

halte sich von Lens nach Paris begeben, um beim Ministerpräsidenten Combes gegen die Entsendung von Militär in die Streikdistrikte zu protestieren.

Der Kampf gegen die pennsylvanischen Grubenbarone.

Der Präsident des Grubenarbeiter-Verbandes Mitchell machte am Mittwochabend bekannt, daß 200 Vereinigungen einstimmig beschlossen hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen; es bleiben nur etwa 40 bis 50 übrig, die sich noch nicht erklärt haben. Die meisten Beschlüsse des Präsidenten vertrauen aus und billigen auch das Vorgehen des Präsidenten Roosevelt, machen dagegen dem Gouverneur von Pennsylvania Vorwürfe, weil er die Truppen einberufen habe.

Mitchell erklärte, er habe Telegramme von 50 Vergarbeiter-Vereinigungen erhalten, welche Resolutionen angenommen haben, in denen erklärt wird, daß es der ganzen Bundesarmee nicht gelingen werde, die Vergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Behiliche Versammlungen werden heute im Anthracit-Gebiet abgehalten.

Der Regierung sind, wie die New Yorker „Zech“ meldet, von einem Mr. Samuels 308.000 Aker wertvolles Kohlengebiet in Kentucky zur menschenlichen Ausbeutung zur Verfügung gestellt worden, um daraus Kohlen für die notleidende Bevölkerung zu beschaffen. Das betreffende Gebiet liegt günstig an Eisenbahnen, so daß die Transportkosten nach den wichtigsten Städten nur ungefähr 4 Dollar betragen würden. Die Kosten des Anstichs der Minen schätzt Mr. Samuels auf 100.000 Dollar, die selbstverständlich die Regierung hergeben müßte.

Deutsches Reich.

Der Zollschacher.

Die Ausführungen des Abg. Reith sind der „Kreuz-Zeitung“ recht unwillkommen. Der beim Schachern gewonnenen will, darf nicht sogleich verraten, daß er bereit ist, sich abhandeln zu lassen! — Das ist die Lehre, welche das konservative Zollschacher-Blatt seinen etwas unvorsichtigen Parteifreunden unter allerlei verblüffenden Liebenswürdigkeiten erteilt. Herr Reith hat gesagt, er wolle aus tatsächlichen Rücksichten nicht darlegen, wie weit er nachzugeben entschlossen sei. Das greift die „Kreuz-Zeitung“ auf und erklärt:

„Wir halten diese Vorsicht für durchaus richtig, ja wir meinen, es empfiehlt sich, sie noch etwas weiter zu üben. Doch wollen wir darüber nicht streiten, ob es tatsächlich richtig ist, gleich beim Beginn der maßgebenden Verhandlungen des Reichstags-Plenums die Bereitwilligkeit zum Nachgeben hervorzuheben.“

Das ist das offene Bekenntnis des elendesten Handels mit angebliehen Ueberzeugungen. Während man fordert, während man die Erfüllung bestimmter Forderungen als unbedingt notwendig beschwört, ist man innerlich sich bewußt, daß diese Forderungen nur die Bedeutung eines Expresstungsmittels gegenüber dem Handelswiderpart haben sollen. Widerwärtiger konnte die konservative Kuhhandel-Politik nicht offener gemacht werden, als sie sich hier selbst verrät.

Uebrigens scheinen die konservativen Herren in der Regierung einen überlegenen Gegenschacherer gefunden zu haben. Es wird von neuem in einer offiziellen Meldung der „Rdn. Ztg.“ erklärt, die Regierung und der Reichskanzler seien andauernd überzeugt, daß das in ihrer Vorlage Gebotene das Äußerste sei, was sie geben können; weder könnten sie sich zu einer weiteren Erhöhung der Getreidezölle, noch zu Zinseszöllen für Vieh verstehen.

Die „Kreuz-Zeitung“ andererseits versucht die durch ihren Freund Reith verschlechterte Geschäftslage wieder zu bessern, indem sie sich den Anschein gibt, als könne ihr und den Konservativen überhaupt nicht viel an dem Zustandekommen eines Tarifs liegen, der nicht alle ihre agrarischen Wünsche erfüllt. Sie erklärt stolz:

„Nur möchten wir zum Schluß nochmals betonen, man möge sich allseits von der durchaus irrtümlichen Ansicht freimachen, als ob uns die Annahme der Zolltarif-Vorlage in erster Linie am Herzen liege; andre sind viel mehr daran interessiert; wir stehen der Sache recht lässig gegenüber, und das ist bei solchen Fragen besser als Erregung!“

Auch das ist ein vielgeübter Händlertrick, sich zu stellen, als liege einem gar nichts an dem Geschäft. Und diese Leute reden von „jüdischen Händlergewohnheiten“!

Reichstagsvorbereitungen. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß der Seniorenkongress des Reichstags bereits am 18. d. Mts. zusammentreten werde, um die mit der zweiten Beratung des Zolltarifs im Plenum zusammenhängenden Fragen zu erörtern. Der Meinungsaustausch, der im Seniorenkongress hierüber gepflogen werden wird, ist an und für sich nicht völlig verbindlich, aber die Fraktionen würden denselben doch zu ihrer Richtschnur nehmen können. Man glaubt, daß die zweite Beratung im Plenum des Reichstags am 18. d. Mts. beginnen wird.

Die Mehrzahl der Fraktionen hat bereits ihre Sitzungen angefangen zur Besprechung ihrer weiteren Stellungnahme in der Zollfrage.

Eine Interpellation in bezug der Reichsfinanzierung wird von seiten der freisinnigen Volkspartei bei Beginn der Reichstagsverhandlungen eingebracht werden.

Bekanntlich wurde schon vor Wochen auf dem socialdemokratischen Parteitag in München beschlossen, daß die socialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation über die Fleischnot und Viehverre an die Regierung richten möge.

Die Galatisten-Fäulnis. Die Vorherrschaft des Ostmarken-Vereins, v. Tiedemann, Justizrat Wagner und Raschdan, haben gegen Professor Hans Delbrück Privatreue wegen Verleumdung erhoben. Den Anlaß boten Neuerungen Professor Delbrücks in einem seiner letzten Artikel gegen die Polenpolitik der Regierung:

„Bei weitem schlimmer als alle politischen Mißerfolge ist und bleibt doch die moralische Fäulnis, die der Nationalismus an sich verbreitet... Am aller schlimmsten ist das von den Galatisten großgezogene Spionage-Donnerzger-System. In der „Germania“ war jüngst eine Erinnerung an den Staatssekretär v. Stephan veröffentlicht, wonach dieser schon geflagt hat über die ganz notwendigen „nationalen“ Demagnationen, mit denen seine Beamten im Polensachen verfolgt wurden. Ich selber habe es am eignen Leibe erfahren, wie Herr Harden vor Gericht ansagte, der Sekretär des Ostmarkenvereins sei immer zu ihm gekommen, dies und jenes (Verleumdungen) über mich zu schreiben...“

Das ist die würdige Art des politischen Kampfes, die Gegner wegen formaler Verleumdung vor Gericht zu zerrren. Das Verdienst des Professors Delbrück, der in der Polenfrage gerade und tapfer gegen den herrschenden Unterdrückungskurs kämpft, kann dadurch keinesfalls geschmälert werden.

Der Beirat für Arbeiterstatistik. Die neue Körperschaft, welcher die Arbeiten der früheren Kommission für Arbeiterstatistik zugewiesen sind, wird am 22. Oktober zum erstenmal im Gebäude des Statistischen Amtes zusammentreten. Das „Damburger Echo“ schreibt hierzu: Der Beirat besteht aus folgenden Personen: Präsident des Statistischen Amtes Dr. Wilhelm, Vorsitzender, sächsischer Geheimrat Dr. Fischer, stellvertretender Vorsitzender. Vom Bundesrat sind folgende Mitglieder gewählt: Preussischer Geheimrat Regierungsrat Reumann, bayrischer Centralinspektor für Fabriken und Ge-

werbe, Regierungsrat Boeckh, württembergischer Bundesrats-Bevollmächtigter von Schider, badischer Geheimrat Ober-Regierungsrat Freyher v. Bodmann, hessischer Ministerialrat Braun und der meiningensche Regierungsrat Oberländer. Vom Reichstage gewählte Mitglieder sind: Bauernmeister (Rp.), Dehl zu Herrnsheim (natl.), Döbe und Ledda (C.), Jacobsfötter (L.), Mollenhuth (Soz.) Schmidt-Oberfeld (fr. Rp.). Die Tagesordnung der ersten Sitzung besteht aus folgenden Beratungsgegenständen: 1. Bericht über die bisherige Tätigkeit der Abteilung für Arbeiterstatistik. Berichterstatter: der Vorsitzende Dr. Wilhelm. 2. Entwurf der Geschäftsordnung des Beirats für Arbeiterstatistik. Berichterstatter: Dr. Fischer. 3. Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abteilung für Arbeiterstatistik. 4. Bestellung von Berichterstattern für die Erhebungen über die Arbeitszeit im Binnenverkehr und im Fuhrgewerbe. 5. Weitere Behandlung der Erhebungen über die Arbeitszeit der Schiffen und Lehrlinge in solchen Comptoirs des Handelsgewerbes, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, sowie der dazu vorliegenden Eingaben. Berichterstatter Dr. Fischer. 6. Wahl von Ausschüssen. 7. Geschäftliche Mitteilungen.

Besonders bemerkenswert ist Punkt 3 der Tagesordnung, die Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abteilung für Arbeiterstatistik. Diese Absicht beweist, daß ununterbrochen gearbeitet werden soll. Die Kommission für Arbeiterstatistik ließ auch die Resultate ihrer Arbeiten drucken, jedoch erschienen die „Protokolle“ und „Erhebungen“ nur dann, wenn etwas vorlag. In der letzten Zeit bestand das Jahresspendium in wenigen Seiten Protokollen. Eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift wird sich nicht damit begnügen können, nur Sitzungsprotokolle und Erhebungsergebnisse mitzuteilen, sondern sie wird das ganze Gebiet der Arbeiterstatistik berückichtigen müssen. Da das Tätigkeitsfeld des jetzigen Beirats nicht so eng begrenzt ist, wie es das Gebiet der Kommission für Arbeiterstatistik war, so läßt sich erwarten, daß die Arbeiterstatistik im ganzen weiter ausgebaut wird. Wahrscheinlich wird man auch die Statistik des Deutschen Reiches publiziert wird, dieser Zeitschrift zuweisen.

Nationalsoziale Phantasien. Wir bezweifelten sofort die Behauptungen des Herrn Naurenbrecher auf dem national-socialen Parteitage, daß sich in der Umgegend von Jülich und Plauen Arbeitergruppen von der Socialdemokratie abgewendet und sich zur „Partei“ des Herrn Naurenbrecher geschlagen hätten. Das „Säch. Volksbl.“ bestätigt vollumfänglich die Verächtlichkeit unseres Zweifels: Wir, die wir an Ort und Stelle sitzen, wissen davon nichts. Außer dem bekannten Herrn Wolfram in Plauen und dessen 10 bis 12 Anhänger, von denen 5 bis 6 wegen schwerer Verleumdung von Parteigenossen gerichtlich abgeurteilt worden sind und natürlich nicht mehr zu unserer Partei gehören, ist uns niemand bekannt, der in Plauen und Umgegend von der Socialdemokratie abgefallen und zu den National-socialen übergegangen wäre.

Auch von Jülich und Umgegend ist und von differierenden Arbeitergruppen nichts bekannt. Einige zwanzig National-socials — vor Jahren selbst von Dr. Naurenbrecher organisiert — existieren zwar unter dem Auschluss der Öffentlichkeit, doch hört man nichts von der socialdemokratischen Partei untreu gewordenen und national-organisierten Arbeitergruppen.

Weimar, den 8. Oktober. (Fig. Ver.) Gegen die Fleischnot protestierte gestern eine von über 500 Personen aller Stände besuchte Volksversammlung, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Paudert das Referat übernommen hatte. Ein anwesender Arzt Dr. med. Bette bedauerte es, daß ein großer Teil seiner Kollegen, die aus ärztlichen Gründen eigentlich schon dazu verpflichtet seien, sich so wenig um diese Angelegenheit kümmerten. Die bürgerlichen Parteien müßten in diesem Falle Schulter an Schulter mit der Socialdemokratie kämpfen, er sei mit den sachgemäßen Ausführungen des socialdemokratischen Abgeordneten vollständig einverstanden. Einstimmig wurde eine entsprechende Resolution, die dem Reichstag, Bundesrat und der Großherzoglich-Stattdregierung zugestellt werden soll, angenommen. — Es ist dies die erste Versammlung, die seit 7 Jahren in einem größeren Saale in Weimar wieder von den Arbeitern abgehalten werden konnte.

Zu den heftigen Landtagswahlen.

Schreibt man uns: Kürzlich wurde schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß von Mainz aus ein sanftes Liebeswerben der Ultramontanen um die Stimmen der National-liberalen erging, das speziell in Offenbach willige Herzen fand, um dort unsere Genossen Ulrich aus dem Sattel zu heben. Das dort zwischen Centrum und National-liberalen eingegangene Wahlkompromiß hat dazu geführt, daß man in der Stadt Offenbach als Kandidaten dieser edlen Verbrüderung einen national-liberalen jüdischen Lederfabrikanten aufstellte, während man für den Kreis Offenbach-Land einen ultramontanen Bürgermeister als Kandidaten proklamierte, der jetzt in den Orten des Reiches Kandidaten und Vernichtungsbreden gegen die Socialdemokratie unter strengem Ausschluß der angegriffenen Partei hält. Auch unsere Genossen sind nicht müde in der Abhaltung von Versammlungen, denen sich noch Flugblattverbreitungen anschließen.

Während nun in Offenbacher Kreise Schwarz und Blau ein Herz und eine Seele ist, sieht es in Mainz wieder ganz anders aus, denn dort hat die national-liberale Partei an die Democaten, Freisinnigen und Socialdemokraten die Anfrage gerichtet, ob das bei der vorjährigen Stadtverordneten-Wahl besetzte gemeinschaftliche Vorgehen gegen das Centrum auch bei der Landtagswahl wieder aufrecht erhalten werden sollte. Es wurde eine Besprechung abgehalten, an der laut Beschluß des Landtags-Wahlkomitees unsere Partei die Genossen Dr. David, Haas und Liebmann teilnahmen. Auf die an unsre Vertreter gerichtete Anfrage, ob unsre Partei gewillt sei, eines der seither innegehabten Landtags-Mandate preiszugeben, zu Gunsten einer neutralen Kandidatur, erfolgte seitens des Genossen Dr. David die Erklärung, daß wir unter keinen Umständen freiwillig auf eines der Landtags-Mandate verzichten. Abmühten sich die Vertreter der geladenen Parteien nicht dafür interessieren, die von uns aufgestellten Kandidaten zu unterstützen, so bliebe es ihnen selbstverständlich unbenommen, in dem Wahlkampf zu thun, was ihnen beliebt. Die Pflicht gegen unsre Partei aber gebiete es, die seit etwa 18 Jahren innegehabten Mandate zu verteidigen. Vereinigten sich die bürgerlichen Parteien gegen uns, so würden wir mit desto größerer Thatkraft den Kampf aufnehmen. Unterliege unsre Partei, dann sei die Niederlage eine für uns ehrenvolle. Damit hatte die Unterredung ihr Ende erreicht.

Und nochmals: Ein Giffel der Mannheimer Centrumsparade.

Aus Mannheim wird uns vom 8. Oktober geschrieben: Wie wir Ihnen bereits telegraphisch berichteten, haben bei den gestern vorgenommenen hiesigen Erneuerungswahlen zu den Bürgerausschüssen die Liberalen auch in der zweiten Steuerklasse eine eklatante Niederlage zu verzeichnen. Wie vor acht Tagen die Mannheimer Arbeiterzeitung, so richtete gestern das „Vorgertum“ eine einschneidende Abfrage an die Partei des Brotruchers und der politischen Schachergeschäfte. Unter der Führung des Amtsgerichtsdirektors Gieseler, des Führers der gemäßigteren Richtung der badischen Liberalen, die in der Loslösung vom Einfluß des intransigenten Pfarrers Wacker in Baden das Heil der katholischen Kirche erblickt und mit der Regierung ihren Frieden schließen wollen, hatte das Mannheimer Centrum sich mit den ehedem so wilden national-liberalen Kulturkämpfern zu einem formalen Wahlbündnis gegen die demokratisch-socialistische Opposition auf dem Rathaus just in demselben Moment zusammengethun, als dranhin im Lande der große Klostersturm anhub, der die Glut der alten Parteileidenschaften wieder zu neuen Flammen entzündete. Mittels dieses Bündnisses gedachte man dem liberalen Einfluß auf dem Rathaus der alten

Soggenstadt die Wege zu ebnen, und sowohl die Centrumsleute wie die Nationalliberalen boten alles auf, die Wagen, die der Koflersturm auf dem Meere der badischen Politik schlug, von Mannheim fernzuhalten.

Die Sozialdemokratie, die in der etwa 3400 Wähler zählenden zweiten Steuerklasse über eine Anhängerschaft von etwa 500 Wählern verfügt, hatte sich, um den Ansturm der vereinigten Reaktionen abzuwehren und ihnen durch einen eigenen Zettel den sonst zweifellosen Sieg über die bürgerliche Demokratie streitig zu machen, die bedingungslose Unterstützung der letzteren beschloßen, so daß sie nun mit ihr der nationalliberal-ultramontanen Koalition gegenüber stand, der sich natürlich auch der laubere Freisinn noch angeschlossen hatte. Der Ausfall der gestrigen Wahl war nun ein überaus erfreulicher und nicht ohne eine gewisse Ironie auf die derzeitigen politischen Verhältnisse des Landes. Es gelang der vereinigten Linken nämlich, von den 18 Namen ihrer Liste 11 glatt durchzubringen, während die übrigen sieben dem Mißgeschick blieben. Das Schicksal ist jedoch das unter diesen Sieben sich nur Nationalliberal (3) und Freisinnige (4) befinden, während die übrigen vier radikalen Kandidaten der Kompromißliste glänzend durchfielen. Ihre eignen Bundesgenossen hatten sie nämlich zu Hunderten auf ihren Zetteln geschrieben und damit bekundet, daß sie nicht gewillt sind, den Kompromißmachern auf ihren schlüpfrigen Schleichwegen zu folgen. Das Resultat erregt im ganzen Lande um so größere Bewunderung, als sich unter den so glänzend Durchgefallenen der Chefredakteur des hiesigen Centrumsblattes befindet, das schon nach den vorliegenden Gemeindevahlen erklärt hatte, nunmehr sei in Mannheim Centrum Triumpf, und sich insbesondere seit dem sog. Katholikentag als Herrin der Situation fühle. —

Ausland.

Schweiz.

Generalstreik in Genf.

Der Ausstand der Straßenbahner in Genf hat sich zum Generalstreik ausgewachsen. Der Streik, der infolge der Wahrung einer Anzahl von Straßenbahn-Angestellten und die Einführung einer schändlichen Dienstordnung ausbrach, hat sich mehrere Wochen lang erfolglos hingezogen, so daß sich jetzt die Genfer Arbeiterschaft veranlaßt gefühlt hat, die Sache der Straßenbahn-Angestellten zu der ihrigen zu machen und in den Generalstreik einzutreten. Nachdem sich bereits in Versammlungen, die die Frage des Generalstreiks erörterten, 24 Organisationen für den Generalstreik und nur 11 dagegen erklärt hatten, hat eine später stattgefundene Versammlung von Gewerkschaftsdelegierten nach einem Wolffschen Telegramm mit 224 gegen 4 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen das Eintreten in den allgemeinen Ausstand beschloßen. Weitere Telegramme besagen:

Der allgemeine Ausstand beginnt sich zu entwickeln. In den Bauen ruht die Arbeit völlig; Arbeiter, welche sich heute vormittag zu den Arbeitsplätzen begeben wollten, wurden von Streikposten aufgehalten. Auch die Seher feierten und nahmen vor den Druckereien Aufstellungen, während Abordnungen sich ins Innere begeben, um etwa noch arbeitende Seher zum Ausstand aufzufordern. Die meisten Blätter werden nicht erscheinen. Die Straßenbahnen verkehren noch, auch in der ganzen Lebensmittelbranche wird gearbeitet, Restaurants und Läden sind geöffnet. Der Ausstand macht sich auch dadurch bemerklich, daß viele Arbeitergruppen nach den Gewerkschaftslokalen ziehen, wo heute vormittag Versammlungen abgehalten werden. In den städtischen Betrieben wird ebenfalls gearbeitet.

Der Staatsrat beschloß die Mobilmachung weiterer Truppen und die Schließung des Theaters. Etwa 100 Personen wurden am Donnerstag über die Grenze abgeschoben. Vor der Buchdruckerei des „Journal de Geneve“ sammelte sich heute vormittag eine große Gruppe Ausständiger an, weil zehn Arbeiter ihrer Beschäftigung nachgingen. Der Direktor des Blattes mußte polizeilichen Schutz nachsuchen. Das Blatt beschloß, seine Verhältnisse zu schließen; alle übrigen Blätter thaten das gleiche. Gegen Mittag durchzog ein Zug Ausständiger die Straßen und zwang die dort thätigen Arbeiter, die Arbeit zu verlassen. Auf den Bauen ruht die Arbeit seit 3 Uhr gänzlich. Es wird gemeldet, daß die Gemeinderäte der benachbarten französischen Gemeinden bei der französischen Regierung gegen die Unterbrechung des Straßenbahnverkehrs, die die Gemeinden schwer schädigt, Einspruch erhoben haben. Die ausständigen Angestellten der Straßenbahngesellschaft selbst verhalten sich ruhig, da sie sich des guten Ausgangs des Ausstandes sicher glauben.

Gegen den Optimismus, den die Arbeiterschaft Genfs selbst an den Tag legt, scheidet eine Korrespondenz ab, die wir aus der Schweiz über den Streik erhalten. Wir geben derselben Raum, da sie sich auf die Mitteilungen des offiziellen Schweizer Partei-Organs stützt. Die Korrespondenz lautet:

„Der Streik der Straßenbahner in Genf ist noch nicht beendet, aber bereits verloren. Was man ahnen konnte, wird dem „Grübler“ von seinem Genfer Korrespondenten bestätigt, daß nämlich die Anarchisten bei der Affaire ihre Hände im Spiele haben und daß hinter ihnen die reichen Konfessionen Genfs stehen, die gern ein „Ereignis“ haben möchten, um das herrschende radikal-socialistische Regime zu stützen und selbst wieder die Kantonsregierung in ihre Hände bekommen zu können. Die ganze Bewegung ist eine verfehlte, heißt es da, und wenn diese Zellen erscheinen, so wird dieser unglückliche Streik wohl der Geschichte angehören und unzählige Opfer gekostet haben. Am Sonntag, den 28. September, fuhr ein 17 Wagen, am 29. schon 27, am 30. bereits 39, am 1. Oktober 50 und am 2. Oktober, von dem die Korrespondenz datiert ist, 63 gegen 90 in normalen Zeiten. Man hat jetzt so ziemlich Endpunkte dafür, daß die konservative Finanz dem Streik nicht ganz fremd ist, wobei ihr die Tram-angestellten imbedacht als Instrumente dienen. Der Streik ist verloren, trotzdem die Typographen gestern abend 1000 Fr. vollstreckten. Alle Hoffnungen helfen da nichts, selbst wenn der Generalstreik proklamiert würde. Die Genfer Arbeiterschaft kann übrigens einen solchen nicht ausführen. Das beste wäre, wenn die Arbeit ohne weiteres wieder aufgenommen würde, sonst geht nicht nur der Streik verloren, sondern auch die blühende Gewerkschaft, und zahllose Arbeitslose werden das Resultat sein. Die Tram-Angestellten hatten da schlechte Berater in den Generalstreikern, Anarchisten und Konfessionen. Sie haben in gutem Treuen gekämpft und sich so weit wacker gehalten; leider müssen sie allein die Folgen tragen. 100 bis 150 Angestellte werden auf dem Pflaster bleiben.“

Wir selbst sind begreiflicherweise ebenso wenig im Stande, etwaige geheime Triebfedern des Generalstreiks zu erkennen, wie dessen Chancen abzuschätzen. Bei dem impulsiven Charakter der großenteils romanischen Arbeiterschaft Genfs wäre es an sich keineswegs ausgeschlossen, daß man die Gewerkschaften zu politischen Hinterbänkchen zu mißbrauchen beabsichtigte, obschon das Solidaritätsgefühl der Genfer Arbeiterschaft an sich nur die lebhaftesten Sympathien erweckt. Wir können nur wünschen, daß der Generalstreik die Hoffnungen aller böswilligen Berater zu Schanden macht und der Sache der Straßenbahn-Angestellten wirklich zum Siege verhilft. —

Afrika.

Der revidierte Posttarif für Transvaal. Die Mittwochsummer der australischen Zeitung enthält den nach 14 Tagen in Kraft tretenden revidierten Posttarif für Transvaal. Die Post für Maschinen und Baumaterialien, Metalle und landwirtschaftliche Geräte werden aufgehoben. Der bisherige Post auf Dynamit ist unverändert gelassen; eine anderweitige Regelung dieses Postes soll aber so bald als möglich in Angriff genommen werden. —

Verband deutscher Arbeitsnachweise.

I.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise wurde gestern früh im Künstlerhaus in der Bellevuestraße von Herrn Dr. Freund eröffnet. Das Interesse, das auch die Behörden der Frage des Arbeitsnachweises entgegen bringen, zeigte sich in der Anwesenheit von Vertretern des Handelsministeriums, des Reichsamts des Innern, des bayerischen Ministeriums des Innern u. a. Auch Oberbürgermeister Kitzinger war zugegen; in seiner Ansprache betonte er als ein Pflicht der Gesellschaft, für Einrichtungen Sorge zu tragen, die es verhindern, daß arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen aus Mangel an Arbeit Not leiden. Möge er an seinem Teil dazu beitragen, dahingehende Anregungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten nachdrücklich zu unterstützen.

Auf der Tagesordnung stand die Frage: Welche Erleichterungen haben die Arbeitsnachweise bei der letzten Krise auf dem Arbeitsmarkt gemacht? Das einleitende Referat hielt Stadtrat Dr. Jastrow - Charlottenburg. Er erklärte es als zum Wesen eines öffentlichen Arbeitsnachweises gehörig, neben der Vermittlung auch für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit nach Möglichkeit zu sorgen. Als Mittel, welche die öffentliche Verwaltung hierfür besitzt, bezeichnete er im Gegensatz zur Armenpflege, die nur einen individuellen Notstand beseitigen solle, Kosthandsarbeiten sowie vor allem eine Gewerbepolitik, welche Kosthandsarbeiten gar nicht erst nötig werden läßt; so kann die öffentliche Verwaltung z. B. der Mode der Saisonarbeit entgegen treten, indem die zu leistenden Arbeiten zweckmäßig verteilt werden. Vor allem aber ist eine genaue Kenntnis des Arbeitsmarktes die Voraussetzung für eine sachgemäße Abhilfe, regelmäßige Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes besitzen wir noch nicht lange. Der Referent, Dr. Jastrow, war es beiläufig, der vor sechs Jahren zuerst eine solche Berichterstattung mit der Schöpfung seines „Arbeitsmarkt“ ins Leben rief. Mit Hilfe der Arbeitsnachweise werden dort die Zahlen der offenen Stellen und deren Bewerber angegeben und verglichen. Daß diese Zahlen zuerst sehr unvollständig waren, ist ja selbstverständlich, und auch heute sind sie noch keineswegs so exakt, wie es der Statistiker von Beruf etwa wünschen möchte. Die Mittelungen sind aber immer reichlicher geflossen, so daß heute aus den Berichten des Arbeitsmarktes bereits eine Uebersicht über die Lage gewonnen werden kann. An einer graphischen Darstellung war deutlich zu sehen, wie die Krise, die an der Börse durch den plötzlichen Sturz am 7. und 8. Juni 1901 in die Erscheinung trat, auf dem Arbeitsmarkt bereits im April zu bemerken und dauernd zu verfolgen war.

Verbesserung der Statistik ist natürlich erstrebenswert. Jastrow erwiderte nicht in Arbeitslosen-Zählungen nach Art der im vorigen Jahre von der Berliner Gewerkschaftskommission veranstalteten; denn diese hätte ihrer Natur nach nicht häufig wiederholt werden. Gerade die regelmäßige Wiederholung ist aber das Entscheidende. Er empfiehlt daher das System einer Jählung der sich meldenden Arbeitslosen, wie es in Stuttgart am 19. Februar 1901 veranstaltet worden ist. Wir schein dieser Weg in der That der ausföhrlichere zu sein. In Stuttgart wurden allerdings nur 1376 männliche und 31 weibliche Arbeitslose bei 62 000 gewerblichen Arbeitern gezählt, und wegen dieser offenbar zu geringen Zahl wurde die ganze Methode vielfach verworfen. Wenn angeführt wurde, daß z. B. die Buchdrucker mehr Arbeitslose in ihrem Verbande in Stuttgart hatten, als bei der allgemeinen Jählung der sich Meldenden ermittelt wurde, so beweist das gewiß die Unzuverlässigkeit jener Jählung, aus der keine Schlüsse zu ziehen sind. Aber der Vorteil der Methode liegt ja in dem System, welches regelmäßige Wiederholungen mit leichtem Aufwand von Mühe und Kosten gestattet. Es wird gerade Sache der Gewerkschaften sein, hierfür Verständnis zu erwecken und dafür zu sorgen, daß die Arbeiter, die es angeht, sich auch melden. Mit Freude habe ich daher die Mitteilung des Herrn Socomahr - Stuttgart begrüßt, daß die dort eingesetzte Kommission beschloßen hat, solche Jählungen von nun an regelmäßig am 1. Februar, 1. Juli und 1. November jeden Jahres zu veranstalten. Wenn die städtischen Behörden diesem Vorschlage beitreten, ist ein wesentlicher Fortschritt in der Arbeitslosenstatistik mit Sicherheit zu erwarten.

Auf den Vortrag folgten eine Reihe von Referaten, in welchen die Lage des Arbeitsmarktes in Bayern, Württemberg, Baden, der Mark Brandenburg, Berlin, am Rhein und Main und in Hamburg geschildert wurde. Die Referenten hatten zunächst die Frage zu beantworten: Ist eine Arbeitslosigkeit in die Erscheinung getreten und in welcher Art? Diese Frage ist aber gar nicht zu trennen von der zweiten ihnen vorgelegten Frage: Welche Schlüsse können aus dem Umfang der Arbeitsvermittlung auf den Umfang der Arbeitslosigkeit gezogen werden? Diese Frage wurde durchweg mehr oder minder entschieden dahin beantwortet: gar keine. So wies Stadtrat Reich - Frankfurt darauf hin, daß der Frankfurter Arbeitsnachweis, der wohl am meisten in Anspruch genommen wird — eine Vermittlung fällt auf 138 Einwohner gegenüber 65 in Berlin — 20 000 Stellen bei etwa 200 000 Arbeitsnachweiser vermittelt hat, also nur etwa der zehnte Teil der Stellen ist dort durch den Arbeitsnachweis gegangen, und an anderen Orten ist das Verhältnis noch ungünstiger. Der Buchdrucker Maffini - Berlin betonte nachdrücklich die Umstände, welche gerade in Zeiten der Krise den Arbeiter veranlassen, die zeitraubende Vermittlung des Arbeitsnachweises nicht in Anspruch zu nehmen, sondern auf jede andere Weise Arbeit zu suchen. Trotzdem zeigte sich die Krise fast überall auch in den Erfahrungen der Arbeitsnachweise, neben denen auch die Mitgliebersziffern der Krankenkassen, die ja im großen und ganzen die Zahl der beschäftigten gewerblichen Arbeiter widerspiegeln, benutzt wurden. Allerdings scheint die Krise nach diesen Erfahrungen an verschiedenen Orten in verschiedener Stärke, nirgends so schlimm, als gerade in Berlin aufgetreten zu sein. In Ober-Baden soll sie so gut wie gar nicht vorhanden gewesen sein.

Die letzte Frage lautete: Welche Vorschläge hat der Arbeitsnachweis zu machen a) zur besseren Erkenntnis des Umfanges der Arbeitslosigkeit; b) zum besseren Ausgleich von Arbeitsangebot und Nachfrage. Auf die Frage a) antwortete man allseitig mit dem Wunsch nach einer Verbesserung der Statistik, zu der auch die Vereinfachung der Arbeitsmethode der verschiedenen Arbeitsnachweise resp. ihre Centralisation treten müsse; der Ausgleich zwischen Stadt und Land könne ebenfalls besser betrieft werden. Der Arbeitsnachweise müsse auch seitens der Behörden mehr gepflegt werden; zum Beispiel würde Vereinfachung des telegraphischen und telefonischen Verkehrs sowie des Transportes der Arbeiter erheblich dazu beitragen. Die Wirksamkeit der Arbeitsnachweise zu heben.

Zu einer Diskussion gab eine Bemerkung Maffinis Anlaß, der den Streikfall erwähnt hatte; zwar sprach er sich für neutrale Arbeitsnachweise aus. Doch wurden seine Ausführungen so verstanden, als ob er Einstellung der Arbeitsvermittlung verlangte, wo Streik herrsche, und hiergegen wandten sich mehrere Redner. Nur Menge - Charlottenburg verteidigte diesen Standpunkt; so lange der Arbeiter kein volles Kooperationsrecht habe, sondern bei Streiks von den Behörden in der feindsüchtigen Weise behandelt und seiner Rechte beraubt werde, wie es gegenwärtig noch der Fall sei, müsse der Arbeiter von einem impartheischen Nachweise beim Streik die Einstellung der Vermittlung verlangen.

Erwähnt mag hierbei werden, daß Menge in ungehöriger Weise vom Vorsitzenden Dr. Freund unterbrochen wurde, der die Redezeit ganz ungenügend auf fünf Minuten beschränken wollten. In der Begrüßung hatte Dr. Freund mit besonderer Genugthuung auf die Mitarbeit der erschienenen Arbeiter hingewiesen, und den ersten Arbeiter, der in der Diskussion sprach, suchte er zu beschränken. Wenn sich der Arbeiter ein Gefühl des Mißtrauens benahmigt, darf Dr. Freund sich gewiß nicht wundern oder beklagen.

Daß übrigens der Standpunkt Menges nicht derjenige der gesamten Arbeiterschaft ist, trat in den Ausführungen von Rörster - Berlin hervor. Mit großem Nachdruck betonte er, er teile die Ansicht Maffinis;

*) Ausführlicher sind die Ansichten Jastrows in seinem eben erschienenen Buche: „Socialpolitik und Verwaltungswissenschaft“ dargestellt.

die Arbeiter verlangen von einem neutralen Arbeitsnachweis keine Einstellung der Vermittlung, wo Streik herrsche, dagegen müßten sie unbedingt verlangen, daß der Arbeiter über diese Verhältnisse aufgeklärt werde, er darf nicht unfreiwillig zum Streikbrecher gemacht werden. Daß er es nicht freiwillig werde, dafür müsse die Organisation sorgen.

Stärksten Standpunkt scheint mir der einzig korrekte. Ganz abgesehen davon, daß der Arbeitsnachweis nicht die Instanz ist, die über die Berechtigung von Streiks und Sperren ein Urteil abzugeben hat — dazu würde aber in der Praxis die Forderung der Einstellung der Vermittlung bei Streiks führen —, überschätzt Menge ganz ungeheuerlich die Bedeutung, welche der Arbeitsvermittlung für die Durchführung eines Streiks oder einer Sperre zukommt. Hierfür ist in der That nicht die Thätigkeit des Arbeitsnachweises entscheidend, sondern die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen. Im schlecht organisierten Verein finden sich bei schlechter Konjunktur stets genügend Streikbrecher, selbst wenn überhaupt keine öffentliche Arbeitsvermittlung stattfindet.

Die Nichtarbeiter in der Versammlung teilten sämtlich den Standpunkt Maffinis, vielleicht mit Ausnahme des Herrn Dr. Reumann - Hamburg, der es zum mindesten nicht klar aussprach. Seine Aeußerung: „Der Arbeitsnachweis hat sich um den Streik gar nicht zu kümmern“, kann leicht so aufgefaßt werden, als ob dem Arbeitstuchenden keine Mitteilung von einem Streik zu machen sei. Das müßte natürlich aufs schärfste zurückgewiesen werden; in der Praxis würde es dahin führen, die Thätigkeit der Arbeitsnachweise erheblich zu hemmen, weil gerade die besten und ehrenhaftesten Arbeiter sich von ihnen fern zu halten suchen müßten.

Nach einem Schlusswort Dr. Jastrows, das die zu Tage getretene Nebereinstimmung in den meisten Fragen feststellte, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der man die Aufstellung der Statistiken nach einheitlichen Grundsätzen, sowie in regelmäßigen Zwischenräumen umfassende genaue Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes für wünschenswert erklärte. Auch soll eine Kommission hierüber mit dem kaiserlichen Statistischen Amt, das seine Vereithwilligkeit dazu erklärt hat, in Beratung treten.

Dr. V. Vorhards.

Partei-Nachrichten.

Parteilandbaturen. Die die „Gazeta Ludowa“ meldet, sind bisher folgende Reichstags-Kandidaten in der Provinz Polen aufgestellt: Posen Stadt und Umgegend: Gogowski in Posen. Samter - Obornik; Stenski in Berlin, Meseritz-Dornst; Gutische in Schwierzyn, Gul-Kosten; Rudzinski in Posen, Breschen-Pleschen; Reich in Obornik, Schrimm - Szaroda; Katuszewski in Posen, Adelnau - Ditrowo; Srenski in Posen, Kowitsch-Gostyn; Srenski in Posen, Graunstadt-Wilka; Fritsche in Berlin, Czarnikau, Kolmar, Schneidemühl; Gogowski aus Posen, Jozowiczlaw; Bierbinski aus Gnesen, Wremberg; Stoessel aus Bromberg.

Von der belgischen Partei. Vor einigen Wochen ging eine Notiz durch die bürgerlichen Blätter welche schadenfroß eine Spaltung der sozialistischen Partei Belgiens meldete. Anlaß zu dieser Nachricht gaben wohl die Bemühungen einiger aus der Partei Ausgewiesener, im Vorname eine neue Gruppe zu bilden. Dieser Versuch kam als völlig gescheitert gelten, denn einer von Roger und Laurent-Clerbant nach Jemappes einberufenen Versammlung wohnten nur 40 Personen bei, von denen noch eine Zahl Gegner der Neubildung waren.

Die Vereinigung der sozialdemokratischen Gemeinderats-Mitglieder Hollands hielt am 5. Oktober einen allgemeinen Kongress zu Jwolle ab, der den Zweck hatte, ein Reglement für die Vereinigung festzusetzen und eine Ansprache über die wichtigsten aktuellen Fragen der Gemeindepolitik herbeizuführen. Die Vereinigung hat jetzt 40 Mitglieder.

Der erste Artikel des Reglements wurde, wie folgt, angenommen:

Die Vereinigung hat den Zweck, eine Verbindung herzustellen zwischen den sozialdemokratischen Gemeinderats-Mitgliedern in Niederland und zwischen ihnen und denjenigen Mitgliedern der Partei, die an der Gemeindepolitik interessiert sind. Die Vereinigung will die Einheitsfront im Anstreben der sozialdemokratischen Gemeinderäte befördern; ferner dahin wirken, daß sie einander auf der Höhe ihrer Funktion als sozialdemokratische Gemeinderäte erhalten; Kenntnisse verbreiten über die Forderungen der Partei in Bezug auf die Verwaltung und die Aufgaben der Gemeindepolitik und die Bewirkung dieser Forderungen nach Möglichkeit befördern. — Die weiteren Artikel enthalten hauptsächlich Bestimmungen über die Form der Organisation und über ihre Funktionen.

Dann beriet der Kongress über die Ausführung des Wohnungsgesetzes, worüber Schwager das einleitende Referat hielt. Dieses Gesetz, sowie das Gesundheitsgesetz sind von außerordentlicher Wichtigkeit für das niederländische Volk. Wenn das Wohnungsgesetz auch in mancher Hinsicht unzulänglich ist, so giebt es doch den Gemeinden z. B. das Recht, das Entlohnungsverfahren im Interesse der Errichtung von Volkshausungen anzuwenden. Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern sollen einen festen Wauplan entwerfen. Die Gemeinden können an Vereinigungen und Genossenschaften Darlehen zur Errichtung von Wohnhäusern zu mäßiger Rate geben. Die Gemeinden können zu demselben Zweck Unterstützung vom Reich erhalten und selbst Wohnungen bauen. Das Gesetz kann selbstverständlich erst dann für das Proletariat richtig angemessen werden, wenn einmal das allgemeine Wahlrecht durchgeführt sein wird.

Zu der Frage: ob und in welchem Maße die Gemeinden aus kommunalen Betrieben finanziellen Nutzen ziehen dürften, referierte Ankermit. Die Eicht der Gemeindeverwaltungen, Geld aus ihren eignen Betrieben zu ziehen, erklärte der Redner für eine Art der indirekten Besteuerung, die sich auch schwerlich progressiv gestalten lasse. Wenn Gas und Wasser teurer werde, belaste das den Arbeiter. Um mehr Geld für die Gemeinden zu erlangen, müsse man eine bessere Reichsgesetzgebung herbeizuführen suchen. Man könne aber auch eine gewisse Progression in den Tarif für die Produkte der kommunalen Betriebe bringen; man könne für die größeren Abnehmer, statt, wie jetzt vielfach geschieht, geringere Preise, lieber etwas höhere festsetzen als für die kleinen Leute. — Darüber, daß nach sozialdemokratischen Prinzipien zu urteilen, die Gemeinden keine Profite machen sollten, herrschte in der Diskussion volle Einigkeit; ob es jedoch unter den heutigen Verhältnissen praktisch durchzuführen sei, das wurde von mehreren Seiten bezweifelt.

Dann befahte sich der Kongress noch mit der Frage der Einführung der progressiven Grund- und Gebäudesteuer, wozu Travers das Referat hielt. Die Meinung ging allgemein dahin, daß diese Form der Besteuerung verhältnismäßig empfehlenswert sei.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde der Kongress geschlossen.

Totenfeier der Partei. In Nürnberg starb der Klassenbeamte Georg Frank im Alter von 53 Jahren. Der Verstorbene, ehemals Holzbildhauer, war ein eifrig thätiger Parteigenosse und zugleich Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes. Er hat mehrmals im Wahlkreise Wahrenth zum Reichstag landidirt. Die „Frankische Tagespost“ widmet ihm einen ehrenden Nachruf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Zur Abwechslung. In Sachsen werden, wie auch anderwärts, sozialdemokratische Versammlungen in der Regel verboten, wenn das Versammlungsort keine zwei Ausgänge hat. In Annaberg forderte dagegen in einer Metallarbeiter-Versammlung der überwachende Beamte, daß die Thür vom Saale nach der Wästhube geschlossen werde, so daß nur ein Ausgang blieb. In der darüber entscheidenden Auseinandersetzung löste der Beamte die Versammlung auf.

Und dabei verlangt man von den Arbeitern immer noch, sie sollen an Recht und Gerechtigkeit glauben.

— Es ist keine Besoldigung, wenn ein Polizeikommissar, der als Privatmann einer öffentlichen Versammlung beizuwohnen, einem socialdemokratischen Redner zuzieht: „Das ist gelogen!“ So hat das Landgericht Danzig erkannt. Der Jurat ging von dem Polizeikommissar Sache in Danzig aus und galt dem Genossen Bartel dort. Vom Schöffengericht war Sache auf die von Bartel erhobene Besoldigungsfrage zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden, von der Strafammer wurde er aus dem angegebenen Grunde freigesprochen. Es wäre interessant, wenn dieses Gericht in die Lage käme, über den umgekehrten Fall zu urteilen, daß ein Socialdemokrat einem Polizeikommissar unter ähnlichen Umständen zuzieht: Das ist gelogen!

Aus Industrie und Handel.

Der Bund der Industriellen und die Kartellfrage. Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen, die heute vormittag im Kaiserhof durch Geh. Kommerzienrat Wirth-Berlin eröffnet wurde, befaßte sich in längerer Sitzung mit der Kartellfrage. Der Generalsekretär des Bundes, Dr. W. Wendtlandt-Berlin, hielt einen Vortrag über das Kartell- und Kartellwesen und begründete nachfolgende Resolution:

„Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen erblickt in den Industriekartellen eine unvermeidliche Entwicklungslinie des Wirtschaftslebens. Sie erkennen, daß die Gütererzeugung, dem Bedarfe anzupassen und einem planlosen Unterbietens, dessen Begleiterscheinung eine Verschlechterung der Erzeugnisse zu sein pflegt, vorzubeugen. Ihr wirtschaftlicher Vorteil kann daher nicht bestreiten werden, sofern sie nicht als ein Mittel zur Ausbeutung abhängiger Konsumenten, sondern zur Regelung der Produktion zwecks Erzielung einer angemessenen Preislage, vernünftig aber auch zu einer Verminderung der Entstehungskosten und zur Verbesserung des Absatzes angewendet werden. Die Kartellindustrie in besonderen, welche sich großen Rohstoffkartellen gegenüber in der Abwehr befindet, muß in deren gegenwärtiger Uebermaß und den sich daraus ergebenden Auswüchsen allerdings einen Mißstand erblicken, der Maßregeln zur Herbeiführung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts notwendig erscheinen läßt.“

Konsequenz wäre es nur gewesen, wenn nach diesen Thesen der Referent einfach erklärt hätte, irgendwelche staatlichen Eingriffe, welche die Entwicklung des Kartellwesens hindern, seien zu vermeiden. Da aber bei einem Teil der kleineren Industriellen, besonders soweit sie Erzeugnisse der großen Koh- und Holzstoffverbände verarbeiten, eine feindselige Stimmung gegen die Kartelle besteht, mußte dieser Meinung getragen werden, und so meinte der Vortragende, daß gegen gewisse Kartell-Verträge, die bei einzelnen Kartellen vorlägen, immerhin Abwehrmaßregeln nicht ganz zu erwidern seien. Als solches Gegenmittel empfahl er vor allem die Selbsthilfe, d. h. einen Zusammenschluß der Kartellfabrikate erzeugenden Industriellen zu Gegenverbänden, ferner staatliche Beaufsichtigung der Kartelle und gegebenenfalls eine Intervention des Staates gegen schädliche Kartellbeschlüsse.

Die Frage, wie weit durch die Zollgesetzgebung der Preispolitik der Kartelle entgegenzuwirken werden könne, scheint nach den vorliegenden Berichten gar nicht berührt worden zu sein. Selbstverständlich nicht!

Dampferverlust der „Kosmos“-Linie. Nach einem bei der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos“ eingetroffenen Telegramm ist deren Dampfer „Kambyses“ bei Goionos Point, an der Küste von Cosartica, gestrandet. Nähere Nachrichten über die Lage des Dampfers liegen noch nicht vor, das Telegramm sagt nur noch, daß Mannschaft und Passagiere gerettet seien, und man hoffe, die Ladung zu bergen.

Neue amerikanische Truggründung. Eine Anzahl Kapitalisten in London und San Francisco haben, wie der „Tribune“ aus Boston gemeldet wird, die „Copper River Copper Company“ mit einem Kapital von 50 Millionen Dollar zur Ausbeutung der großen Kupferlager in Alaska gebildet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Dreherstreik bei Vorschig

erläßt in der ersten Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“, die vor einigen Tagen das Licht der Welt erblickte, eine Erklärung von interessanter Unternehmenseite. Im Auftrage des Kommerzienrats Vorschig ist dessen Direktor Dorn unter die Zeitungsdrucker gegangen und hat in einem langen Artikel verurteilt, die nicht nur von den Arbeitern, sondern von fast der gesamten Bevölkerung Tegels verurteilte scharf ablehnende Haltung seines Chefs zu rechtfertigen. Demnach forderten die autonomen Dreher, daß ihnen bei der Accordarbeit ein Verdienst von 50 Pf. für die Stunde garantiert werde. Die Mehrzahl der Arbeiter, welche der Firma durch die Vermittlung dieser Forderung erwachsen wären — sagt Herr Dorn — hätte sie selbstverständlich tragen können, aber es handelt sich für die Firma um ein Prinzip. Nach dem Prinzip der Firma Vorschig wird in Accord gearbeitet, und die Dreher müßten sehen, wie sie dabei zurecht kommen. Was kümmert es die Firma, was kümmert es Herrn Vorschig und seinen Direktor, wenn ein großer Teil der Arbeiter bei den Accordlöhnen, die natürlich die Betriebsleitung festsetzt, keinen auskömmlichen Lohn erzielen. Solche Arbeiter sind eben nach Herrn Dorn ungeschickte Leute, die naturgemäß weniger verdienen müssen, wie die geübten Arbeiter. Würde die Forderung der Dreher bewilligt, dann können bald auch die anderen Arbeiter — natürlich ausgehend durch die Agitatoren — mit derselben Forderung, „Die Firma V. Vorschig mußte daher im Interesse der gesamten Maschinenindustrie, ja im Dienste der industriellen Entwicklung Deutschlands die Forderung ablehnen.“

Wenn Unternehmer und deren Söldlinge von den Interessen der Industrie sprechen, dann meinen sie damit ihre persönlichen Geschäftsinteressen. Daß zur Industrie auch die Arbeiter gehören, das scheint jenen Leuten nicht einzuleuchten. Wenn die Unternehmer ihre eigenen Interessen vertreten, dann handelt es sich um ein heiliges Prinzip. Wenn aber die Arbeiter eine Forderung aufstellen, die auch dem Durchschnittsarbeiter eine auskömmliche Existenz sichern soll — bekanntlich werden ja Accordlöhne immer so bemessen, daß ein besonders tüchtiger Arbeiter den üblichen Lohn erreicht — dann sind das socialdemokratische Forderungen, zu denen die Arbeiter durch Deher und Agitatoren verleitet werden, und die man „im Interesse der Industrie“ ablehnen muß. Aus den journalistischen Leistungen des Herrn Dorn sieht man, welche einseitigen verbohren Standpunkt unser Unternehmertum einnimmt. Ihre Herren thun so, als ob sie ihre Prinzipien an leblosen Waren, und nicht an lebendigen Menschen zu betheiligen hätten, die doch mit auch ihre Prinzipien haben, noch nach Gefundenmachung derselben streben. Wenn auch die Arbeiter in diesem Fall nachgeben müßten, so ist doch das eine Fehler: Es kommt die Zeit, wo auch die selbstherrlichen Unternehmer die Vertreter der Arbeiter, in denen sie heute nur Heiler und Agitatoren sehen, anerkennen, und sich mit ihnen über die Arbeiterforderungen auseinandersetzen müssen. Auch die „Arbeitgeber-Zeitung“ kam mit all ihren rüchändigen Bestrebungen, von denen dieser Nummer derselben hinreichend Zeugnis ablegt, an diesem Gang der Dinge nichts ändern.

Die Dreher der Werkstatt Pilsener, Eramenstr. 79, sehen im Streik wegen Aufrechterhaltung des Tarifs von 1900. Herr Wiedner hat seiner Zeit die Preise um 10 Proz. herabgesetzt. Die Kollegen der Werkstatt sind jedoch gewillt und werden von den Kollegen der übrigen Spezialwerkstätten dazu gedrängt, weil sämtliche Arbeitgeber den im Jahre 1900 vereinbarten Tarif zahlen, den gemachten Abzug wieder weit zu machen.

Der Arbeitgeber hat, wie das so üblich ist, die Polizei herbeigerufen, welche nun dafür sorgt, daß kein Arbeitswilliger „belästigt“ werden kann. Es wird ersucht, den Zugang nach der genannten Werkstatt fernzuhalten. Die Kommission.

Käufung! Madriener, Fensterer! Bei dem Unternehmern Vellen in Rima Internationales Reinigungs-Institut, Alte Jakobstr. 88, haben die Arbeiter wegen Lohn-Differenz die Arbeit niedergelegt. Sämtliche Arbeiter sind organisiert. Jüngst ist ferngehalten.

Die Italiener nahmen in ihrer Generalversammlung am Mittwoch zu dem von den Arbeitgebern ihnen ausgestellten neuen Lohn-tarif Stellung. Derselbe besagt in seinen Hauptpunkten: Maximalstundenlohn 50 Pf. bei sechsstündiger täglicher Arbeitszeit. Die Laufzeit für 22 näher bezeichnete Vororte wird nicht mehr bezahlt, dagegen das Jahrgeld vergütet; bei weiter entfernten Vororten werden 1 bezw. 2 Stunden Laufzeit, je nach der Entfernung, bezahlt. Ueberstunden werden in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends zu den gewöhnlichen Stundenlöhnen vergütet; bei Nachtstunden von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ein Zuschlag von 15 Pf. die Stunde. Bei Sonntagsarbeit wird die Zeit von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags mit 10 Stunden bezahlt, Pausen dürfen nicht gemacht werden. Bei Arbeiten nach außerhalb eine Zulage von 1,50 M.; Sonn- und Feiertage 2,50 M. Zulage pro Tag. Arbeiten von mehr als 20 qm können in Accord vergeben werden nach folgenden Sätzen: Wärmehaube bis 30 mm mit Wandage und Anstrich pro Quadratmeter 1 M. usw. Nach kurzer Beratung lehnten die Versammelten diesen Arbeitgebertarif einstimmig ab, weil er bedeutende Verschlechterungen enthielt, und beauftragte die Lohnkommission, schleunigst einen Tarif auszuarbeiten, der dem Arbeitgebertarif gegenüber gestellt werden soll.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Textilarbeiter im Vogtland.

Sowohl im Vogtland wie in den angrenzenden Bezirken ist eine allgemeine Lohnbewegung der Textilarbeiter im Gange. Die selbe soll gewissermaßen eine Fortsetzung der Lohnbewegung vom Frühjahr sein, die auf eine passendere Zeit verlagert worden ist. Er handelt sich bei dieser Bewegung sowohl um Verbesserung der bis jetzt außerordentlich niedrigen Löhne, als auch um eine Abwehr von Herabsetzungen dieser elenden Löhne. Namentlich in Reichensbach, Meerane und Greiz sind die Löhne gesenkt worden, und die Arbeiter haben dagegen Stellung genommen. — Lohn-erhöhungen wollen die Hand- und Schiffensticker des Vogtlandes sowie die Textilarbeiter in Gera durchsetzen.

In Gera haben die organisierten Textilarbeiter bereits im vorigen Jahre die Fabrikanten um Lohn-erhöhung und Festsetzung einheitlicher Löhne ersucht. Der Fabrikinspektor hat seine Vermittlung an, die Fabrikanten lehnten aber die Forderung der Arbeiter ab mit der Begründung, in Gera würden schon die höchsten Löhne gezahlt, und die Fabrikanten könnten deshalb nichts zulegen. Die Weber haben inzwischen Material gesammelt, welches beweist, daß in Greiz, dem hauptsächlichsten Konkurrenzorte von Gera, höhere Löhne gezahlt werden. Jetzt haben nun die Arbeiter ihre Forderungen wieder eingereicht, die Fabrikanten aber lehnen auch jetzt die Verhandlungen ab unter dem Vorwande, daß der Vertrauensmann der Textilarbeiter, welcher den Tarif einreichte, nicht in einer Weberbesoldigt sei. Einen endgültigen Beschluß will der Fabrikantenverein — wie in bürgerlichen Blättern mitgeteilt wird — über die Lohnforderungen noch nicht gefaßt haben.

In Meerane hat die Bewegung bereits einen lebhaften Charakter angenommen. Hier hatten die Fabrikanten die Löhne um 30—35 Proz. gesenkt und die Arbeiter haben eine energische Abwehr gegen diese Maßnahme ins Werk gesetzt. Am Montag wurden die Arbeiterauschüsse der einzelnen Fabriken bei den Unternehmern vorfällig und reichten den von den Unternehmern aufgestellten Tarif ein. Die Fabrikanten haben sich wohl zu einigen kleinen Zugeständnissen bereit erklärt, jedoch wollten sie den vorgelegten Tarif nicht anerkennen. Darauf haben am Dienstag zwei sehr stark besuchte Textilarbeiter-Versammlungen beschlossen:

„Wenn bis Freitagmorgen eine befriedigende Antwort auf den eingereichten Lohnarif nicht erfolgt, tritt am Samstag früh die Arbeiterschaft in den Generalstreik ein.“ Die Komitees sind verpflichtet, nur auf Grund des aufgestellten Tarifs zu verhandeln.“

Eine Privatdepesche aus Meerane teilt uns mit, daß die vereinigten Weberbesitzer am Donnerstag beschlossen haben, einen neuen Lohnarif auszuarbeiten und diesen den Arbeitern am Freitagmorgen vorzulegen.

Ob dieser Tarif die Arbeiter befriedigt und ob er geeignet ist, den allgemeinen Ausstand zu verhindern, darüber wird eine Versammlung der Arbeiter heute (Freitag) abend Beschluß fassen.

In Magdeburg ist mit dem gestrigen Tage ein von dem dortigen Kartell angeschlossenen Gewerkschaften eingerichtetes Gewerkschafts-Sekretariat eröffnet worden. Dasselbe hat die Aufgabe, schwachen Organisationen beizustehen, indifferenten Berufs zu organisieren, das gewerkschaftliche Leben in Magdeburg in jeder Beziehung zu fördern und auf dem Gebiete der Arbeiterschutz-Gesetzgebung die Arbeiterinteressen zu wahren.

Ausland.

Der neue Weberstreik in Goma ist dadurch entstanden, daß die Weberinnen — denn nur solche sind im Streik — sich weigerten, den abgeschlossenen 10% Stundenlohn anzuerkennen. Sie forderten auch die Publikation des Tarifs, welche noch nicht erfolgt ist. Eine Firma bewilligte ihnen den Zehnstundentag, während acht andere auf die vereinbarten 10% Stunden beharren und ihre Fabriken geschlossen halten. Die Textilarbeiterorganisation und die Arbeitskammer von Mailand heißen die Bewegung nicht gut, sondern sind der Ansicht, daß man sich mit dem Erreichten für jetzt begnügen und die Erringung des Zehnstundentages auf eine bessere Zeit verlagern sollte.

Lohnbewegung des schwedischen Staatsbahnpersonals. Die Vertreter des gesamten schwedischen Staatsbahnpersonals haben dieser Tage auf einem großen Kongress in Stockholm Lohnforderungen formuliert, die sich auf das gesamte Personal, mit Ausnahme des Generaldirektors und der vier Oberdirektoren der Staatsbahnen, erstrecken, von den Generaldirektoren und Telegraphendirektoren, für die 5500—6500 Kr. Jahresgehalt verlangt werden, bis hinab zu den Bahnwächtern und Compotwächtern, die 600—840 Kr. erhalten sollen. Eine Deputation von Vertretern der verschiedenen Dienstklassen ist bereits bei dem Generaldirektor und dem Oberdirektor in Stockholm sowie bei dem Staatsminister vorstellig geworden, um ihnen die Forderungen zu unterbreiten.

Versammlungen.

Zu den Parteiversammlungen, die am Dienstag abgehalten wurden, sind uns folgende Zuschriften zugegangen:

Zu Bezug auf den kurzen Bericht über die Parteiversammlung im dritten Wahlkreise (Nr. 235) ersuche ich Sie zu verbriefen, daß nicht „mehrere Redner“, sondern nur Heine, Krüger und ich gesprochen, daß ich mich mit meinem Protest gegen Krügers Wahl sofort erboten habe, für meine Angaben den Beweis zu liefern, mit dem Hinzufügen, daß Personen, die sich amnagen, aber andere zu urteilen, sich zunächst um ihre eignen Angelegenheiten kümmern sollen. Ergebenst Paul Jahn.

Der Bericht im „Vorwärts“, die Partifreiwahl für den vierten Wahlkreis (Südost) habe im letzten Jahre einen Ueberdruck von 7107 M. gehabt, ist vollständig unrichtig. Der Bericht ist ganz anders von Voigt gegeben worden. P. U. o. m.

Ein Protest der Schlächtergesellen gegen Grenzsperrern und Mittwoch in Feuerwerks-Festivals abgehaltenen öffentlichen Fleischergesellen-Versammlung beschlossen. Das Referat hatte Genosse Davidsohn übernommen, welcher in trefflichen Ausführungen die allgemeinen Ursachen und Wirkungen des Vieh- und Fleischverbrauchs

Verbrauchs schilderte, während die Diskussionredner mehr die Folgen dieser Maßregeln vom beruflichen Standpunkte aus behandelten. Besonders hervorgehoben wurde, daß durch die Fleischnot vielfach minderwertige Fleischsorten verarbeitet werden. Als Beweis hierfür wurden verschiedene Fälle von Rauschschädlerei, Verarbeitung pech-süchtigen oder tuberkulösen Fleisches, sowie Untersuchungen mit Verdesfleisch angeführt. Auch der vielen Prozesse wegen Nahrungsmittel-Vergehen wurde gedenkt, in denen so manne Schweineereien aufgedeckt wurden. Bei den zahlreich erschienenen Meistern aber fanden die Kritiken sowohl wie auch die scharfe Weisung des Vieh- und Fleischverbrauchs-Verbots wenig Anhang. Einige von ihnen ließen sich sogar zu starken Mißfälligkeiten hinreißen. Dessen ungeachtet nahm jedoch die Versammlung nachstehende Resolution an:

„Die öffentliche Versammlung Berliner Fleischergesellen, sowie sonstiger interessierter Kreise fordert in Anbetracht der großen Fleischnot von der Regierung die ungesäumte Aufhebung der Grenzsperrern für Schlachtwiech und Vieh unter Verbeibehaltung hinreichender sanitärer Maßnahmen und zwar im Interesse des Fleischhandels, sowohl wie der Volksernährung und des Gesundheitsschutzes. Die Versammlung erhebt ferner Protest gegen die Auslassungen des Bundes der Landwirte, in jenem allgemeinen Flugblatt zur Fleischnot, worin die Behauptung aufgestellt wird, daß die deutsche Landwirtschaft im Stande sei, den Fleischbedarf des deutschen Volkes zu decken, während doch die Thatsachen bekunden, daß dies nicht der Fall ist. Die Versammlung erblickt vielmehr in den Grenzsperrern für Vieh- und Fleischverfuhr eine harte Schädigung des Fleischgewerbes und speziell auch der Gesellschaft, da durch die anwandernde Fleischnot und die Teuerung Tausende von Fleischergesellen arbeitslos geworden und viele Hunderte in ihrem Verdienste beeinträchtigt sind. Des weiteren erklärt die Versammlung, daß durch die künstliche Mäßigung des Viehs die reelle Wertschöpfung vollständig in den Hintergrund gedrängt wird, indem die Minderwertigkeit der Ware durch chemische Hilfsmittel verdeckt und das Publikum somit getäuscht wird. Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen die im Lohn-tarif-Einstwurf vorgesehenen Erhöhungen der Vieh- und Fleischpreise, da bei Durchführung derselben die Fleischnot und mit ihr auch das Elend im Fleischergewerbe einen noch höheren Grad erreichen würde.“

Zuherdem wurde noch eine Resolution angenommen, in der gegen die unbilligen Zustände in der Stellenermittlung im Gewerbe protestiert und ein allgemeiner Arbeitsnachweis, sowie die Einführung der 12stündigen Arbeitszeit verlangt wird, und zwar mit der Begründung, daß den arbeitslosen Kollegen dadurch Gelegenheit zur Beschäftigung gegeben werden soll. Diese Forderungen sollen eventuell mit Hilfe des Boykotts und der allgemeinen organisierten Arbeiterschaft für einzelne Bezirke durchgeführt werden.

Die Rohrlager besaßen sich am Mittwochabend in einer stark besuchten Versammlung wieder mit dem neuen Lohnarifentwurf. Der Obmann des Gesellenauschusses, J. Schöge, erläuterte nochmals die einzelnen Positionen desselben, indem er besonders auf die Schädlichkeit der Accordarbeit hinwies und die Anwesenden ersuchte, in Zukunft auf die strikte Einhaltung der neunstündigen Arbeitszeit hinzuwirken. Sodann berichtete er, daß der Gesellenauschuss am Dienstag eine Besprechung mit dem Innungs-Vorstande gehabt habe, in der es jedoch nur zu allgemeinen Erklärungen gekommen ist. Vom stellvertretenden Obermeister war hierbei berichtet worden, daß die Rohrlager die schlechtest bezahlten Umarbeiter seien; auch hatte dieser behauptet, die Rohrlager leisteten nicht mehr dasselbe Quantum Arbeit wie früher, was wohl auf den Einfluß gewisser Personen zurückzuführen sei. Natürlich habe der Herr hierauf die gebührende Antwort erhalten. Immerhin sei die Innung zu Verhandlungen geneigt und sollen dieselben am kommenden Montag stattfinden, jedoch nicht mehr unter der Mitwirkung des Gesellenauschusses, sondern der zu wählenden Lohnkommission. Sodann besprach Wiesenhal die allgemeine Situation. Er wies darauf hin, daß die Verhältnisse wesentlich günstiger für die Rohrlager sind, als bei der Lohnbewegung vor zwei Jahren, wo nur ca. 170 von ihnen der Organisation angehörten; jetzt betrage die Zahl der Organisierten über 1400. Dies sei eine Macht, mit der jeder Unternehmer und auch die freie Vereinigung der Gas- und Wasserleitungs-Installateure rechnen müsse, trotz der Schamlosigkeit des Generalsekretärs Raffe. Obwohl die Unternehmer darüber geklagt hätten, daß die jetzige Lohnbewegung ganz unüberhöht zum Ausdruck gekommen sei, habe man doch keinerlei Ursache, ihnen in ihren Entschlüssen übermäßig viel Zeit zu lassen. Wohl sei eine friedliche Lösung der jetzigen Tariffrage das Beste, doch lasse sich diese nicht erreichen, so dürfte der Streik schneller ausbrechen, als die Unternehmer es dächten. — Nach einer regen Diskussion nahm die Versammlung eine Resolution an, laut welcher sie sich verpflichtete, mit voller Energie für die Durchführung des neuen Tarifs einzutreten. — Von den Mitgliedern der Innung war trotz der an sie ergangenen Einladung niemand erschienen.

Die Ristenmacher hielten am 8. Oktober in den Andreasfäden eine öffentliche Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Rosenow referierte über „Armen, Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften“. Im „Verschiedenen“ stellte Julel und Wolter fest, daß in den größeren Betrieben der Branche sehr schlechte Verhältnisse beständen. Einzelheiten wurden nicht angeführt. Man regte an, unter den Arbeitern der genannten Betriebe eine lebhafteste mündliche Agitation zu entfalten, um sie an die Organisation zu fesseln. Weiteres müsse man sich noch vorbehalten.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 28. September in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschußung ab. — Aufgenommen in den Bund wurden die Vereine: „Sängerkreis der Turner“, „Maibund“ (Daldorf) und „Vorwärts I“ (Sch-Df). — Der Ausschuss beschloß, zum diesjährigen Stiftungsfest, den 6. Dezember, das Berliner Tonkünstler-Orchester wieder zu engagieren; ferner 6 Vereine anzulösen und singen zu lassen, von denen die sich melden. Es wird ein Referent angewandt sein, welcher eine Kritik über den Gesang abgibt, zu dem Zweck, die Fehler kennen zu lernen, um sie auszumerken. — Nach genauer Aufstellung einer Statistik haben sich 60 Proz. aller Sängern an der Matinee beteiligt. In nächster Zeit findet für jeden Kreis eine Sitzung der Vereine statt, in der der Obmann bestimmt wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur französischen Bergarbeiter-Bewegung.

Paris, 9. Oktober. (W. T. U.) In dem von dem Ausschusse des Bergarbeiter-Verbandes an den Ministerpräsidenten Combes gerichteten Schreiben wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Combes seine Autorität geltend machen werde, um den Verein der Kohlenwerke zu einer kontradiktorischen Verhandlung zu veranlassen und so dem Konflikte ein Ende zu machen. Bei diesen Verhandlungen möge die Regierung zugleich mit den Arbeitern vertreten sein. Ferner hat der Ausschuss des Bergarbeiter-Verbandes ein Schreiben an den Vorstand des Vereins der Kohlenbergwerke gerichtet, in welchem das Eruchen gestellt wird, letzterer möge mit den Arbeitern die Fragen bezüglich der Lohnverhältnisse und der Organisation der Arbeit regeln, damit für beide Teile die unheilvollen Folgen eines langen Ausstandes vermieden würden. Der Präsident des Vereins der Kohlenwerke erklärte einem Berichterstatter, der Verein, welcher die allgemeinen Interessen aller Kohlenbergwerks-Gesellschaften zu wahren habe, könne sich mit den Forderungen des Bergarbeiterverbandes nicht befassen, da dieselben private Interessen einer jeden einzelnen Gesellschaft betreffen.

Nach einer Londoner Privatdepesche haben sich die Bergarbeiter von Wales bereit erklärt, zum mindesten die Erzeugung von Kohlen einzuführen, um dadurch den Ausfluß der französischen Bergarbeiter zu unterbinden.

Aberdi, 9. Oktober. (W. T. U.) In einer hiesigen Maschinenfabrik wurde heute mittig durch die Explosion einer Granate, die sich unter zum Einschmelzen verwandten alten Eisen befand, ein Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Abbi, 9. Oktober. Die Grubenarbeiter von Abbi und Cognac haben die Arbeit eingestellt.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr und gedenkt zunächst des Hinscheidens des Stadtrats Kauffmann. Erst 1898 sei Kauffmann Stadtrat geworden, habe sich aber sehr bald in den kommunalen Verwaltungsangelegenheiten wie zu Hause gefühlt. Ihn habe vor allen Dingen die Ungerechtigkeit interessiert, daß die politische Gemeinde für eine einzelne kirchliche Gemeinschaft die Kirchen bauen sollte. Er habe darüber in wenigen Monaten ein starkes Buch geschrieben, welches bereits bewirkt habe, daß die gerichtliche Entscheidung noch hinausgeschoben werden mußte. Von dieser angestrengten Arbeit angegriffen und von harten Schicksalsschlägen getroffen, habe er zu fröhlichen Anfechtungen erkrankt und anerkannt als Mann reich an Wissen, edel und fest an Charakter, sei er zwei- mal zum Bürgermeister gewählt, aber nicht bestätigt worden. Die Hoffnung, die er nach der schnell erfolgten Bestätigung als Stadtrat hegen konnte, wurde ihm genommen. Die Versammlung werde ihm ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Anwesenden haben die Ansprache stehend angehört.

Die Vorberatung für die Ersatzwahl wird dem schon bestehenden Ausschuss für die Wahl zweier unbesoldeter Stadträte übertragen.

Hierauf wird eine Anzahl von Wahlen in Kuratorien und Deputationen vorgenommen. Es handelt sich fast durchweg um Ersatz für den verstorbenen Professor Herold. Ein Mitglied ist zu wählen 1. in das Heimstätten-Kuratorium (gemeldet Dr. Beyl und Solmig); 2. in die Krankenhäuser-Deputation (gemeldet Kuhlmann und Runge); 3. in die Direktion des Räckhins Provincial-Museums (gemeldet Dr. Neumann und Stach); 4. in die Deputation für die innere Ausschmückung des Rathhauses (gemeldet Galland und Herbig); 5. in die Deputation für Statistik (gemeldet Haberland und Kuhlmann); 6. in die Sanitätskommission (gemeldet Dr. Gelpke und Gemeinhart).

Die Kandidaturen Solmig, Runge, Stach, Haberland und Gelpke werden zurückgezogen; die Stadtv. Beyl, Kuhlmann, Neumann, Galland, Kuhlmann und Gemeinhart durch Jurell gewählt.

Der Vorentwurf zum Neubau einer Turnhalle nebst Sportgebäude auf dem Grundst. der 60. Gemeindekasse, Kleine Frankfurterstr. 6, soll mit der Ratg. genehmigt werden, daß auch ein Garderobenraum von etwa 20 Quadratmeter Grundfläche nebst Waschküche vorgesehen wird.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte diesem Ausschussantrag gemäß.

Die finanzielle Frage, ob die Vermehrung der Mitglieder des Heimstätten-Kuratoriums um zwei Mitglieder der Versammlung, wie es letztere gewünscht, oder um zwei Bürgerdeputierte, wie es der Magistrat vorgeschlagen hat, erfolgen soll, ist von dem eingesetzten Ausschuss mit dem Beschl. beantwortet worden, die Vermehrung um je einen Stadterordneten und Bürgerdeputierten zu empfehlen. Referent ist der Stadterordnete Dr. Glagel. Ohne Debatte tritt die Versammlung diesem Beschl. bei.

Die Bewilligung einer Reisebeihilfe von 120 M. an den Oberlehrer Heinrich Fischer zum Besuche der internationalen Ausstellung geographischer Lehrmittel in Amsterdam wird nicht beantragt.

Die Verteilung des Restbestandes von etwa 2400 M. des jogen. Leichenhaus-Baufonds zu je ein Drittel an die Aufseherungs-, Lazarus- und Samaritaner-Gemeinde sollte nach dem Beschl. der Gemeindebehörden unter den 1873 festgesetzten Bedingungen zum Zweck der Errichtung von Leichenhallen erfolgen. Der Oberpräsident hat dem nicht zugestimmt, sondern will die beteiligten Kirchengemeinden nur dazu verpflichtet wissen, den sämtlichen Armen und Bedürftigen, gleich ob sie zur Parodie gehören oder nicht, die ganz freie Benutzung der Leichenhallen und Totenkammern zu gestatten. Der Magistrat hat dementsprechend eine anderweitige Vorlage gemacht.

Stadtv. Doves (M. L.) beantragt aus principiellen Gründen die Ablehnung der Vorlage. Nachdem Stadtv. Doves die Gründe für den Magistratsantrag eingesehen ist, äußert sich auch Stadterordnete Dr. Langerhans im Sinne Doves.

Die Vorlage wird abgelehnt. Schluß 7 1/2 Uhr.

IX. Jahresversammlung des Centralverbandes Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich.

Hamburg, den 8. Oktober 1902.

Nach Annahme eines Antrages Simonsow: Der Verband möge es als dringend erwünscht bezeichnen, daß wenigstens die Ortskrankenkassen der größeren Städte einheitliche An- und Abrechnungsformulare einführen.

Die Stellung genommen zu den Beschlüssen des 30. Kertztages, soweit sich dieselben auf das Krankenversicherungs-Gesetz beziehen.

Kohn-Versin bemerkt, daß die Krankenkassen alle Ursachen hätten, den Beschlüssen der Kertztage mehr Beachtung zuzuwenden. Wenn den Beschlüssen des 30. Kertztages Rechnung getragen wird, dann würde es um die Kassen schlimm bestellt sein. Die Beschlüsse, die dort gefaßt worden seien, könne man nur als den Ausdruck der kraftlosen Standesinteressen bezeichnen. Weder geht näher auf diese Beschlüsse ein. Die Herren haben an den Bundesrat eine Denkschrift geschrieben, welche bei der in Aussicht stehenden Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes die Interessen des Kertztages gewahrt wissen will. So heißt es in der These III: 1. Die Mitglieder der Krankenkassen sollen die Hilfe jedes Arztes anrufen können, der in bezug tätig ist und sich auf die vereinbarten Bedingungen verpflichtet hat. 2. Die gegenseitigen Leistungen zwischen Ärzten und Krankenkassen sollen vereinbart werden von Kommissionen, die zu gleichen Teilen von Ärzten und Delegierten der Krankenkassen gebildet werden. 3. Den Honorarbestimmungen seitens dieser Kommissionen ist die staatliche Taxe zu Grunde zu legen. — So viel sieht sich, führt Redner weiter aus, daß die letzten Kertztage viel davon Zeugnis ablegten, daß deren Teilnehmer an sozialpolitischen Gemeinwesen gewonnen hätten. Der keine Arzt der wirklich sozialpolitisch gebildeten Ärzte sei denn auch mit den Beschlüssen des Kertztages nicht einverstanden. Wie sieht es denn mit den Honorarbestimmungen der Kertztage? Im Jahre 1900 hätten die Krankenkassen eine Gesamtausgabe von 157 865 199 M. gehabt, davon entfielen auf Krankengeld 69 965 542 M., auf Kruthonorar 34 331 348 M. Da die Zahl der Ärzte im Jahre 1900 28 174 betrug, so entfiel auf jeden Arzt ein Honorar von 1218 M. gegen 697 M. im 1896. Während 1896 auf den Kopf des versicherten Arbeiters an Kruthonorar 3,12 M. entfielen, wurde 1900 3,10 M. gezahlt. Und welches Verständnis bekunden die Ärzte für die Lage derjenigen Personen, deren Einkommen etwas über 2000 M. beträgt! Die Herren Kertze verlangen alles Erstes, daß Personen mit Gesamteinkommen über 2000 M. weder Mitglieder von Krankenkassen werden noch bleiben können. Diese Forderung auf 3000 M. heraufgerückt werden, darüber seien sich alle einigsvollen Leute einig.

Dr. Langerhans (M. L.) erklärt, daß die Vergütung für kasienärztliche Leistungen entspricht nicht den Mindestsätzen, die zu fordern die Kertze berechtigt seien. Redner schildert sodann die Zusammenfassung des Kertztages, auf denen auch sozialpolitisch wichtige Elemente vertreten seien, die man aber nicht vernachlässigen möchte für gewisse Bestrebungen unter freien Verhältnissen, mit denen er nicht sympathisiert, und tritt für die freie Kertzwahl ein. Denn die freie Kertzwahl könne und werde ein Brücke zwischen Ärzten und Krankenkassen nicht möglich sein.

Dr. Langerhans (M. L.) erklärt, daß die Vergütung für kasienärztliche Leistungen entspricht nicht den Mindestsätzen, die zu fordern die Kertze berechtigt seien. Redner schildert sodann die Zusammenfassung des Kertztages, auf denen auch sozialpolitisch wichtige Elemente vertreten seien, die man aber nicht vernachlässigen möchte für gewisse Bestrebungen unter freien Verhältnissen, mit denen er nicht sympathisiert, und tritt für die freie Kertzwahl ein. Denn die freie Kertzwahl könne und werde ein Brücke zwischen Ärzten und Krankenkassen nicht möglich sein.

Dr. Langerhans (M. L.) erklärt, daß die Vergütung für kasienärztliche Leistungen entspricht nicht den Mindestsätzen, die zu fordern die Kertze berechtigt seien. Redner schildert sodann die Zusammenfassung des Kertztages, auf denen auch sozialpolitisch wichtige Elemente vertreten seien, die man aber nicht vernachlässigen möchte für gewisse Bestrebungen unter freien Verhältnissen, mit denen er nicht sympathisiert, und tritt für die freie Kertzwahl ein. Denn die freie Kertzwahl könne und werde ein Brücke zwischen Ärzten und Krankenkassen nicht möglich sein.

Sanitätsrat Dr. Liebschütz-Dessau bemerkt, daß er sei Vertrauensarzt der Dessauer Krankenkasse und sei also nicht direkt interessiert, aber er fühle sich verpflichtet, „unerhörte“ Angriffe auf den Kertztage zurückzuweisen. Die Kertze seien keine freien Kertzen, das müsse er entzweien. Die Kertze seien für eine Minimaltaxe eintreten, so könne man ihnen das nicht verdenken, das ihnen auch andre Leute, als Vertrauensarzt einer Kasse, die die freie Kertzwahl eingeführt habe, wolte er beibringen. Die Kertzen Kertzen und Kassen vorhandenen Gegenstände auszugleichen.

Nachdem noch Braun-Königsberg, Straßburg, Berlin, Prinz-Kertzen und Graef-Frankfurt in ziemlich scharfer Weise gegen die Kertze gesprochen, wird die Resolution st. u. n. angenommen, welche lautet:

Die Jahresversammlung des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen erkl. in den Beschlüssen des 30. Deutschen Kertztages, den Honorarbestimmungen bei den Krankenkassen die staatliche Taxe zu Grunde zu legen und Personen mit Gesamteinkommen über 2000 M. von der Krankenversicherung auszuschließen, den Aussch. einseitiger Sonderinteressen.

Zur Arbeitslosen-Versicherung wird sodann auf Vorschlag der gestern eingesetzten Kommission beschlossen:

„In der Erwägung, daß die Frage der Arbeitslosen-Versicherung ein zur Zeit noch nicht gelöstes Problem der Gegenwart bedeutet, daß es aber im dringenden Interesse der Krankenkassen als soziale Einrichtung liegt, an der Lösung des Problems mitzuwirken, erklärt die heutige Jahresversammlung, daß es darauf ankomme:

- 1. daß statistische Grundlagen für die Durchführung der Arbeitslosen-Versicherung geschaffen werden;
2. daß zur Entlastung der Krankenkassen durch eine Arbeitslosen-Versicherung nur eine Eingliederung der gesamten versicherten Arbeiter in die Arbeitslosen-Versicherung beitragen kann;
3. daß die Arbeitslosen-Versicherung mindestens die Höhe und Dauer der Krankenunterstützung erreichen müsse.

Bei der Erlangung von statistischen Material ist von Reichs wegen unter Mitwirkung derjenigen Stellen, welche bisher schon mit den Ermittlungen über die Lage des Arbeitsmarktes sich erfolgreich betätigt, nach einheitlichem Gesichtspunkt zu forschen. Die Unterstützung der Krankenkassen, Gewerkschaften und sonstigen Korporationen, der Personen, aus Reichsmitteln und die Unterstützung der Reichsbehörden bei den zu veranstaltenden Erhebungen ist unerlässlich.

Die Krankenkassen sind schließlich der Ansicht, daß die Arbeitsmarkt-Verhältnisse erst dann geregelt werden, wenn die höchsten Arbeitgeber, der Staat und die Gemeinde und Unternehmer zu Beiträgen zur Arbeitslosen-Versicherung herangezogen werden. Es wird zur Beratung der noch zu erledigenden Anträge beschlossen, von denen folgende angenommen werden: Die deutschen Landesregierungen sind zu ersuchen, in allen Universitäten hydrotherapeutische Institute, wie ein solches in Berlin bereits durchgeführt ist, zu errichten und dieselben den Krankenkassen-Mitgliedern zur Benutzung zu öffnen. Es sind Kertzenkommissionen zu bilden zur Unterstützung der Krankenkassen-Mitglieder im Unfallverfahren. Die Orts-Krankenkassen des Deutschen Reiches verpflichten sich, behufs Abwendung der Erleichterung von Betriebs-Krankenkassen und Bau-Krankenkassen den größeren Vantagen ihres Gemeindebezirks die Unterstützung zu geben, daß sie bei Ausfühungen von Bauten an wechselnden Orten, auch wenn dieselben längere Zeit dauern, die Versicherung ihres lassungspflichtigen Personals ausschließlich bei der Orts-Krankenkasse ihres Hauptbetriebs bewirken können.

Leichtenting's Straßburg empfiehlt folgenden Antrag zur Annahme:

Die in Berlin erscheinende, von Herrn Paul Kampffmeyer in Cronberg i. L. redigierte „Deutsche Krankenkassen-Zeitung“ möge als Organ des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich erklärt werden.

Der Antragsteller führte hierzu aus, daß dieses Blatt, das sich sehr gut eingeführt habe, vorzüglich redigiert sei und Fragen behandle, die in der Arbeiterbewegung nicht erörtert würden. Der Antrag wird angenommen. Die Delegierten verpflichten sich, für das Abonnement seitens der Vorstandmitglieder Sorge zu tragen.

Prinz-Kertzen bittet, folgendem Antrage zuzustimmen:

Der Centralverband möge dahin streben, daß so lange das Tuberkulose ärztliche Mittel als allgemein anerkanntes Heilmittel gegen Tuberkulose anerkannt wird, abgesehen von der Verwendung zu diagnostischen Zwecken — die kurative Tuberkulose-Behandlung in den Lungenschiffen nur mit Einverständnis der Heilanstaltspflege anzuwenden ist und daß letzteren aus einer Verweigerung der Anwendung irgend welche Verantwortung seitens der Versicherungsanstalten nicht erwachsen darf.

Dr. Langerhans bemerkt hierzu, daß niemand gezwungen werden dürfe, sich als Versuchsobjekt herzugeben. Sollte dies irgendwo geschehen sein, dann seien Lebergeheul erfolgt.

Der Delegierte der Altonaer Orts-Krankenkasse führt demgegenüber aus, daß in Altonaer Krankenhause ein deraußerer Versuch gemacht, aber zurückgewiesen worden sei.

Der Antrag wird angenommen.

Die Mitteilungen aller Anträge erledigt. Als Ort der nächsten Jahresversammlung wird Breslau bestimmt und damit die Versammlung geschlossen.

Sociales.

Ein internationaler Kongress zur Bekämpfung des Mädchenhandels findet gegenwärtig in Frankfurt a. M. statt, dem aus Deutschland eine ganze Reihe von Regierungs- und Polizeivertretern bewohnen. Eine deutsche Vorlesung am 7. Oktober wurde von dem kaiserlichen Kammerherrn Grafen v. Keller eröffnet, der auch neben dem Grafen v. Bernstorff den Verhandlungen präsidierte. Die Vorlesung galt vornehmlich den Berichten der Vertreter einzelner Vereinigungen, die sich die Bekämpfung des Mädchenhandels zur Aufgabe gemacht haben. Sie berichteten über eine Reihe von Überwachungs-, Aufklärungs- und Schutzmaßnahmen, mit denen sie vielerlei erreicht haben wollen. Dabei kam es auch zu einer kleinen Szene. Fräulein Lydia Peimann wies darauf hin, daß es in Hamburg polizeilich konzeptionelle Vorbehalte gebe, was der ebenfalls zur Bekämpfung des Mädchenhandels anwesende Vertreter des hamburgischen Senats, Polizeirat Hoff bespricht; konzeptionell seien die Vorbehalte nicht, nur — gebildet.

Dann wurden auch eine Reihe von Vorschlägen zur besseren Bekämpfung des Mädchenhandels gemacht, wobei Professor Dr. v. Nahr eine Forderung der Strafgesetze forderte. Eine einzige Maß zur Förderung der internationalen gleichlautender Grundzüge über die Bekämpfung von Sittlichkeitsdelikten im Sinne der Verhütung, obwohl Oberstaatsanwalt Duperré darauf hingewiesen, daß unter Gesetze schon scharf genug seien. Auch internationale polizeilich-administrative Maßnahmen wurden gefordert. Troydem man weit und ausdruad, daß besonders die außerordentlich tiefstehende gallische Bevölkerung und die des russischen Aufhebungsorganisations das meiste Material für die Mädchenhändler liefern, trotzdem man weit und ausdruad, daß die Kertzen, das Variété- und mehrere Theaterpersonal ein gutes Rekrutierungsgebiet der Mädchenhändler abgeben, wurde doch nicht ein Wort davon laut, daß eine allgemeine Regelung der sozialen Lage der Bevölkerung die unentbehrliche Grundlage für eine wirksame Bekämpfung des Mädchenhandels bildet. Zum Schluß sprach man dem Kaiser den telegraphischen Dank aus; wofür, ist uns nicht bekannt geworden. In ähnlichen Geiste wurde von der eigentlichen internationalen Konferenz verhandelt. Es waren Vertreter aus fast allen europäischen

Staaten anwesend. Geredet wurde sehr viel, ein großes Durcheinander der verschiedensten Ansichten und Vorschläge wurde laut, kein einziges Wort aber gesprochen über die sozialen Ursachen der Prostitution und des Mädchenhandels. Höchstens kann man eine Bemerkung des Oberstaatsanwaltes Dr. Berner aus München dazu rechnen, der darauf aufmerksam machte, daß in Galizien die Leute meist durch große Not veranlaßt würden, ihre Kinder zu verkaufen. Das beste Wort sprach vielleicht noch Herr Lieber, aus dem bemerkt, man solle auch auf die oberen Tausende einwirken; die Kertze der oberen Stände sollten ihre Söhne zur Keuschheit erzühen; wo keine Nachfrage sei, werde auch kein Angebot sein.

Das einzig Bemerkenswerte an der Veranstaltung ist demnach nur die Thatsache, daß eine große Anzahl Personen in hervorragenden Stellungen aus fast allen Kulturländern die Schmach der Prostitution und des Mädchenhandels empfinden und mit dem guten Willen, sie zu bekämpfen, zusammenkommen. Jedem eine tiefere Bedeutung ist weder den Verhandlungen noch Beschlüssen der Zusammenkunft beizumessen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Bund deutscher Frauenvereine beschäftigte sich am letzten Verhandlungstage, am 7. Oktober, mit der Dienstbotenfrage. Von beschloß, die Regelung der Dienstverhältnisse durch eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung zu fordern. Es soll darin unter anderem eine Ruhezeit an einem Nachmittage jeder Woche und an jedem zweiten Sonntagnamittage festgesetzt werden. Für jugendliche Dienstboten soll eine größere Ruhe gefordert werden.

In öffentlicher Versammlung am Abend wurde nach einem Vortrage des Fräulein M. Salomon zum Vereins- und Versammlungsberechtigten folgende Resolution angenommen:

Die am 7. Oktober in Wiesbaden bei Gelegenheit der Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine stattgehabte öffentliche Versammlung erklärt das in verschiedenen deutschen Staaten geltende Verbandsrecht, das die Frauen von politischen Vereinen und deren Versammlungen ausschließt und sie den Schikara, Lehrlingen und Unmündigen gleichstellt, für eine veraltete, ungerechte und unwürdige Beschränkung. Die Versammlung protestiert gegen diese Beschränkung, die den Frauen die Vertretung ihrer Berufsinteressen erschweren oder unmöglich machen, die sie von der Teilnahme an den inneren und äußeren Angelegenheiten des Staatslebens ausschließen und sie an der Wahrnehmung ihrer Interessen im öffentlichen Leben hindern, während sie ebenso wie die Männer an den gesellschaftlichen und staatslichen Lasten zu tragen haben. Die Versammlung macht es den Frauenvereinen zur Pflicht, gegen diese veralteten Bestimmungen anzukämpfen und auf Grund des Artikel 4 der Reichsverfassung ein unbeschränktes reichsgesetzlich gewährleistetes Vereins- und Versammlungsberechtigtes zu fordern, das Männer und Frauen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung gleichstellt.

Der Koniger Mord vor dem Berliner Gericht.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Dpitz ergreift zur Schuldfrage das Wort

Staatsanwalt Kango: Das beste, was er als sein Mensch gut Vater und Mutter mitbekommen kann, was er als sein höchstes Gut betrachtet, ist der gute Name. Daher kann jeder, welchen Glaubens er auch sei, verlangen, daß dieses sein höchstes Gut geschützt werde, wie auch auf dem letzten Juristentage Prof. Nahl besonders betont hat, daß die Ehre das höchste Rechtsgut sei. Sehr treffend sagt Schalkensperre: „Wer den guten Namen mir entziehen, der raubt mir das, was ich nicht reich macht, mich aber betitelbar!“ Die Gerichtshöfe schaffen häufig nicht die rechte Sühne für Ehrenkränkungen, überall wird amertannt, daß das Duellwesen und andere Erscheinungen vielfach ihre Grundlage darin haben, daß für Ehrenkränkungen nicht die genügende Sühne geschaffen wird. In diesem Prozeß spielt die Phantasio eine große Rolle. Was wäre der Mensch ohne Phantasio! Aber so wertvoll sie ist, so bedarf sie des Jügels und Zaumes und wenn hier eine zügellose Phantasio dahinschweift und, von einer gewissenlosen Presse noch geschürt, kräftlos weiter Kreise sich bemächtigt, so entsteht dadurch eine große Gefahr. In diesem Prozeß hat die Phantasio in unheimlicher Weise mißbraucht und könnte sich mißbrauchen in die Zeit der Gegenprozesse

versteht töhnen: Der eine sieht die Hete, der andre sieht sie schon auf dem Besen; der eine dritte sieht ganz genau, daß sie einen Zauberkreis gebraucht hat. Wir haben ja gehört, daß in ganz Westpreußen zu jener Zeit eigentlich kein Jude unverschämter blieb, wenn er sein Alibi am 11. März nicht Miß und klar nachweisen konnte. Ein volles Judenverfolgungsfieber hatte Platz gegriffen, ein jeder wollte Judenspurten entdecken. Ein kassisches Beispiel hierfür war der inwärtige zu schwerer Justizminister verurteilte Schreiber Orde aus Königsberg, der sich und led behauptete, gesehen zu haben, wie der Ernst Winter hingerichtet worden sei und thatsächlich an dem Tage der Tötung des Winter gar nicht in Königsberg gewesen ist. Es soll nicht gefaßt werden, daß die vielen Zeugen, die in dieser Sache aufgetreten sind, wegen ihrer besseren Vernehmung gehandelt haben, vielmehr hat sich in ihren Köpfen ein Phantasiagebilde festgesetzt, sobald es dem Einzelnen nicht mehr möglich ist, das Wahre vom Unwahren zu unterscheiden. Der dunkle Hintergrund des Prozesses sind die Vorgänge in Königsberg am 11. März 1900. Ich stelle mich bei der Beurteilung der Thatsachen auf den Standpunkt der wissenschaftlichen Deputation. Wo ein Richter, ein Vergmann und andre Kapazitäten gesprochen haben, kann doch ein Zweifel nicht auskommen. Nach diesem Gutachten, das mit der Ansicht des Gerichtsarztes Dr. Kuppe übereinstimmt, liegt

Erfindungsbuch

vor, von einem Mordmord ist keine Rede, von einem Schächtschnitt kann keine Rede sein, schon nach dem objektiven Befund, bezüglich dessen alle Sachverständige übereinstimmender Meinung sind. Die Angeklagten haben den unerhört schweren Vorwurf erhoben, daß die Beamten nicht nach besser Überzeugung, nicht nach bestem Wissen vorgegangen seien, sondern tendenziös gegen ihre eigene Überzeugung die Juden haben laufen lassen und gegen Christen vorgegangen seien, daß Adolf und Moritz Lewy die Thäter oder mindestens die Mittäter des Mordes seien und auch Casparh irgendwie bei der Mordthat beteiligt gewesen sei. Die Kritik an allen öffentlichen Dingen ist gewiß berechtigt und soll nicht unterbunden werden, alle Beamte müssen sich eine Kritik gefallen lassen, so unbedeutend sie ihnen mandmal sein mag. Die Angeklagten haben aber nicht eine sachgemäße Kritik geleistet, sondern sie sind in äußerst leichtfertiger, gewissenloser Weise gegen Beamte und Privatpersonen vorgegangen. Um den Angeklagten soviel als möglich entgegen zu kommen, mag zugegeben werden, daß in der Winter'schen Mordthat hätte sein können. Das Vorgehen gegen Hoffmann hätte vielleicht besser unterbleiben können und es soll auch hier ausgesprochen werden, daß Hoffmann vollständig unschuldig ist und eine thatsächliche Grundlage zu einem Vorgehen gegen ihn fehlt. Ferner mag zugegeben werden, daß zweckmäßiger der objektive Thatbestand festgestellt und sofort festgesetzt worden wäre. Aber wo können nicht Zeugen vor? Ist ein Irrtum gleich ausreichend, um so schwere Vorwürfe gegen die Beamten zu fällen? Der Staatsanwalt geht dann auf die einzelnen Vorwürfe, die gegen die Angeklagten erhoben worden sind, ein und führt aus, daß der Bürgermeister Debitus alle, aber auch jede nur irgendwie sich zeigenden Spuren verfolgt

hat, daß selbst alle solche Anzettelungen verfolgt worden sind, die der Rachsucht, Dummheit oder offenbarer Geisteskrankheit entsprungen. Der schwer angegriffene Kommissar Behn hat mit einem außerordentlich anzuermessenden Eifer alle nur denkbaren Spuren verfolgt, seine Tätigkeit ist geradezu musterhaft gewesen. Auch die Angriffe auf den Kriminalinspektor Braun haben keinerlei Veredlung. Auch dieser Beamte ist ganz unparteiisch an seine Aufgabe herantretend und wenn er gegen Hoffmann einen Verdacht erhoben hat, so trifft das Uebertretungskomitee, welches einer ruhigen Untersuchung allerlei Schwierigkeiten machte, die Hauptschuld an diesen besser weggelassenen Vorgehen gegen Hoffmann. Die Herren Jahnke und Schuller, die sich für berechtigt hielten, in diese ganze Untersuchung einzugreifen, mögen sich gefügt sein lassen: Bleibt bei Euren Sähen und Schulbüchern und beschränkt Euch darauf, in einem solchen Falle Eure eignen thätlichen Wahrnehmungen der Behörde zu unterbreiten. Das Vorgehen, welches hier inszeniert worden, ist geradezu unerhört! Das ist so, als wenn jemand im Waden eine Spur findet und ein anderer kommt und zertrampelt sie! Dem Uebertretungskomitee ist der Vorwurf zu machen, daß es die Hauptschuld trifft, wenn die Spuren des Täters nicht gefunden worden sind. Dem Ersten Staatsanwalt Settegast trifft wahrhaftig kein Vorwurf, er hat mit allem Eifer alle Spuren verfolgt, insbesondere auch die Spuren gegen die Juden, so zwar, daß er nach Ansicht des Ober-Staatsanwalts etwas zu einseitig gegen die Juden vorgegangen sei. Der Amtsrichter Zimmerman ist in der verdächtigsten Weise verdächtig worden, obgleich er seine Pflicht im höchsten Maße gethan hat. Was den Polizeikommissar Wloz betrifft, so ist anzuerkennen, daß dieser sich in einer schwierigen Situation befand, andererseits ist zuguzustehen, daß er nicht besonnen und ruhig genug war, und deshalb soll in diesen Punkte die Anklage nicht aufrecht erhalten werden. Ebensovienig, wie gegen die Beamten ist gegen die beleidigten Privatpersonen etwas erwiesen. Gegen Casparj ist absolut nichts erwiesen und es ist ganz unerhört, daß der Angeklagte Bruhn zu seinen Behauptungen lediglich die Thatsache als Grundlage nahm, daß die Tochter Casparjs die ihre Bekanntschaft mit Winter anfänglich abgeleugnet haben soll. Gegen Hoffmann ist, wie die Angeklagten jetzt selbst anerkannt haben, gar nichts erwiesen. Bezüglich des Adolf und Moriz Lewy ist in umfangreicher Weise der Wahrheitsbeweis versucht worden. Er ist vollständig mitschuldig! Was Herrn Masloff betrifft, der inzwischen wegen Peineides verurteilt worden ist, so braucht bloß darauf hingewiesen zu werden, daß Masloff am 24. März gar keine erheblichen Bekundungen gemacht hat, daß er am 2. Mai plötzlich erheblich mehr wußte, am 8. Juni noch mehr wußte und am meisten bekundete, nachdem er ins Justizhaus abgeführt worden war. Auf denselben Niveau steht die Aussage der Frau Rosl. Als Verdacht wird ausgeprägt, daß Lewy sein Geschäft aufgegeben und Konig verlassen habe. Das ist ein schöner Beweis! Erst drangsalirt man einen Menschen und zwingt ihn, sein Geschäft aufzugeben und dann stellt man es wieder als ein Verdachtsmoment hin!

Gänzlich in der Luft schweben die Verdächtigungen gegen Israel Ebenstädt, dessen Aufenthalt im Krankenhaus am 11. März durch sieben christliche Zeugen klar erwiesen ist. Traurig ist das Schicksal, welches Rosenthal-Gannin erlitten hat. Gegen ihn ist nicht das Geringste erwiesen, er ist vollständig unschuldig, er ist ein Opfer der Hege geworden! Ebenso steht es mit den Anschuldigungen gegen Israel, wie gegen Matthäus Meyer, während der Zeuge Laszowski ein typischer Zeuge für Phantasie und Märdnererzählung ist. Nach eingehendster Beweisführung kann gesagt werden: Die gegen Adolf und Moriz Lewy aufgestellten Behauptungen sind nicht nur nicht erweislich wahr, sondern es kann gesagt werden: beide sind nicht die Täter, sie können nicht die Täter sein! Die Angeklagten haben, wie der Staatsanwalt nach kritischer Beleuchtung eines jeden der instrumentierten Artikel betont, gegen die sämtlichen bei der Untersuchung beteiligten Beamten den Vorwurf gemacht, daß sie gegen ihre bessere Ueberzeugung gehandelt haben, sie haben diese ungemein schweren Vorwürfe erhoben, ohne sie beweisen zu können, sie haben ungeheuer schwere Vorwürfe gegen Privatpersonen erhoben.

Bei Erörterung der Frage, ob den Angeklagten der Schutz des § 193 St.-G.-B. zuzuerkennen ist, muß hervorgehoben werden, daß sie in der leichtfertigen, grundlofen und unreflexionellen Weise diese ehrenkränkenden Vorwürfe erhoben haben. Der Schutz des § 193 ist ihnen nicht zuzubilligen, denn sie haben nicht in gutem Glauben, nicht im Interesse der Wahrheit gehandelt. Es ist eine

hohe Aufgabe der Presse

Kritik zu üben, aber dieser hohen Aufgabe stehen hohe Verpflichtungen gegenüber, die Thatsachen vorher genau zu prüfen, ehe Kritik an ihnen geübt wird. Die Angeklagten haben lediglich im Interesse und mit der Tendenz der Judenhege gehandelt, sie haben so gehandelt, wie die Behörden nach ihrer falschen Behauptung angeblickt gehandelt haben sollen. Ihr eigentlicher und einziger Zweck war die Judenhege.

Bruhn ist sicher nicht guten Glaubens gewesen, für ihn handelte es sich bloß darum: „Der Jude muß verbrannt werden.“ Bei der Strafbestimmung mag den Angeklagten Dr. Wöttcher zugerechnet werden, daß er bis dahin völlig unbefragt war und in einigen Fällen nachträglich die Beschuldigungen zurückgenommen worden sind. Andererseits ist hervorzuheben, daß das Untersuchungsverfahren in einer Weise erschwert wurde, daß gerade dadurch die Entdeckung der Täter mitschuldig ist, daß das Vertrauen zu den Behörden erschüttert wurde und daß in Konig durch diese Heereien großes Unglück über zahlreiche Personen gekommen und eine Erregung hervorgerufen worden ist, daß auf allerhöchsten Befehl Militär nach Konig marschieren mußte, daß Existenzen gefährdet und Existenzen vollständig zerstört worden sind. Bei dem Angeklagten Bruhn ist zu berücksichtigen, daß er der spiritus rector der ganzen Hege war und daß er auch schon wegen Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen vorbestraft ist. Demgemäß beantrage ich:

gegen Dr. Wöttcher unter Freisprechung in einem Falle, die Verurteilung in 24 Fällen und eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, gegen Bruhn 6 Monate Gefängnis, ferner Unbrauchbarmachung der betr. Exemplare, Platten und Formen und Publikationsbefugnis für die Beleidigten in der „Staatsbürger-Zeitung“, der „Koniger Zeitung“ und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Hierauf ergreift als Vertreter der Nebenkläger Rechtsanwält Sonnenfeld das Wort zu längeren Ausführungen: Die Angeklagten haben nicht aus ehrlicher Ueberzeugung gehandelt, sondern ganz bestimmte andre Zwecke verfolgt; es kam ihnen in erster Reihe gar nicht darauf an, die Beamten zu beleidigen, sondern sie benutzten die Beleidigung der Beamten nur als Mittel zum Zweck, gegen die Juden zu hegen und ihren Haß gegen die Juden zu befestigen.

Die Angeklagten kämpfen nicht aus mehrfacher Ueberzeugung, sondern sie kämpfen nur mit unethischen Waffen, und man kann wohl sagen, daß wenn die Anklage auch nur auf Grund des § 186 erhoben ist, die Angeklagten doch nicht an die Grenzen des § 187 herangekommen sind.

Das offizielle Judentum würde sofort mit aller Energie gegen eine Sektel vorgehen, die mit der Verhöhnung eines wahrhaftigen Aberglaubens sich in den kräftigsten Widerspruch setzt mit den Sittengefehen, den Kulturgefehen und den Staatsgefehen. Jeder unabhängige Jude würde sofort mit allen Mitteln an der Ausrottung eines solchen Aberglaubens sich beteiligen. Aber der Angeklagte Bruhn treibt in diesem Punkte nur Hegelei, er hat das offizielle Judentum treffen wollen. Das geht deutlich daraus hervor, daß er den Verdacht fort und fort auf die Synagoge richtet. Die Synagoge in Konig steht doch nicht einer Sektel zur Verfügung. Ober-Staatsanwalt Wulff hat mit Recht gesagt, dieses Vorgehen gegen Rabbiner und Kultusbeamte gehe zu weit. Die Thäterhaftigkeit Lewys hatte ich für vollständig ausgeklüffelt. Ich habe nicht die Absicht, die Familie Hoffmann irgendwie zu verdächtigen, aber ich muß doch sagen, wenn geprüft werden soll, nach

welcher Richtung zu etwas verabsäumen sein könnte, so kann man mindestens so viele Bedenken in Betreff Hoffmann anführen, wie bei Lewy.

Bürgermeister Deditius hat uns erklärt, in welcher Weise der Boden vorbereitet worden ist, auf dem die Angeklagten ihre Saat ausstreuten. Es handelte sich um eine politische Konstellation, die Wahlen standen vor der Thür. Es handelte sich um einen Kampf zwischen Deutschen und Polen, bei denen die Juden stets mit den Konservativen stimmten. Bruhn kümmerte sich nicht darum, daß er beim Verfolgen seiner Zwecke der konservativen Partei in den Rücken fiel. Die moralische Folge seines Tuns war das Eintreten einer kolossalen Korruption in der Bevölkerung. Wir haben gesehen, wozu diese Korruption geführt hat, wir haben es an dem Beispiele des Dr. Müller jun. Dieser hat sich nicht geschämt, aus den Ästen, die seinem Vater anvertraut waren, Notizen zu entnehmen, die er der antisemitischen Partei zur Verfügung stellte.

Lewy hat sein Geschäft aufgegeben, sein Haus verlaufen müssen. Er ist ruiniert. Der vierte Teil der jüdischen Gemeinde hat Konig verlassen müssen. Diese schweren Folgen müssen bei der Strafabmessung berücksichtigt werden. Die Angeklagten haben die Stirn gehabt, zu erklären, sie würden sich freuen, wenn Lewy sie verklagen würde, aber sie glaubten nicht daran, denn sonst würden sie im Stande sein nachzuweisen, daß Lewy der Täter sei, der Winter ermordet habe. Nun ist ihr Wunsch erfüllt, aber kein Tipfelchen ist gegen Lewy erwiesen worden.

Ihr Ehre der Antisemiten sei anzunehmen, daß unter ihnen eine große Zahl ehren- und achtungswerter Personen sich befinden, aber diese ehrenwerten Reichen haben das Unglück, daß die schlechtesten Elemente es verstanden haben, sich an ihre Epigen zu drängen und zu diesen schlechtesten Elementen rechnen ich die beiden Angeklagten.

Der Vertreter des Nebenklägers Casparj, Justizrat Dr. v. Gordon verbreitet sich des Längeren über die allgemeinen Gesichtspunkte, die in diesem Verfahren in der Erscheinung getreten sind und führt die vielen sonderbaren Zeugenaustragen und Verdachtsmomente vor, die in den verschiedenen Vorprozessen erörtert worden sind. Er verweist längere Zeit bei dem Fall Isaac, den Fällen Eisenstädt, Matthäus Meyer und dem tiefsinnigen Fall Rosenthal, bei welchem letzterem auf die Beziehungen eines offenbar blödsinnigen und unzurechnungsfähigen Mädchens schweres Unheil über eine ganze Familie gebracht worden sei. Die allgemeinen Argumente, die gegen die Juden vorgebracht seien, haben keinerlei thätliche Unterlage, es handelt sich um eine Art

Vollstufung.

Wenn man frage, wie der Gedanke des Ritualmordes in diesem Falle entstanden ist, so könne man nicht leugnen, daß ein unbedachtes Wort des Sanitätsbeamten hierzu mitgewirkt haben mag. Nach der ganzen umfangreichen Beweisführung in diesem Prozeß sollte man eigentlich denken, die Angeklagten müßten, wenn sie ehrlich sind, zugestehen, daß sie sich in Bezug auf den Ritualmord geirrt haben, statt dessen siehe die „Staatsbürger-Zeitung“ nach wie vor auf ihrem Standpunkte. Die Angeklagten versichern sich die in der Länge der Zeit liegenden mildernden Umstände dadurch, daß sie nicht ehrlich zugeben, durch die Verhandlung eines Besseren belehrt worden zu sein. Nach den Ergebnissen der Verhandlung könne kein Zweifel sein, daß Winter bei

Ansündung eines Geschichtsbüchles

getödtet worden ist oder daß ein Lustmord vorliegt. Was speziell den Nebenkläger Casparj betrifft, so sei gegen diesen absolut nichts vorgebracht worden und es sei charakteristisch, wie diese Sache von den Angeklagten behandelt worden ist. Lediglich weil Casparjs Tochter anfänglich die Bekanntschaft mit Winter abgeleugnet hat, soll Casparj der Thäterhaftigkeit verdächtig sein!

Casparj habe infolge der Vorgänge seelisch, moralisch und finanziell gewaltig gelitten. Im allgemeinen sei es schon sehr böse, daß die Presse so oft sich zum Sprachrohr allgemeiner Verdächtigungen mache. Wenn jemand verhaftet werde, dann werde dies durch die Presse sofort mit Angabe aller bescheidenen Details aller Welt verhandelt, und wenn er dann freigelassen werde, so habe ihn durch die vorhergehenden Mitteilungen noch ein größerer Makel an, als durch die Verhaftung selbst. Die Untersuchung möge in den Händen derer bleiben, die zu ihrer Führung berufen sind! Es gebe ja gewiß Fälle, in denen die Presse im öffentlichen Interesse solche Verdächtigungen mitteilt, dann aber müsse sich die Presse der größten Zurückhaltung befleißigen. Hier sei aber die Presse viel zu weit gegangen. Auf dieses Hinschlagen der Ehre anderer Leute passe das Wort, welches einer der Zeugen dem alten Lewy in den Mund gelegt habe: „Es ist nicht zum Wazzebaden, es ist zum Glück, damit die „Staatsbürger-Zeitung“ ihre alte Kunden behält und neue hinzu bekommt.“

Rechtsanwalt Simon's stellt infolge einiger Ausführungen der Vertreter der Nebenkläger noch den Antrag, den Schriftsteller Werner und den Hotelier Kühn zu Konig darüber zu hören, daß der Angeklagte Bruhn außer den beiden von ihm verfaßten Artikeln, die übrigen verfaßten Artikel nicht verfaßt hat und nicht für sie verantwortlich gemacht werden kann; sie seien vielmehr von Werner direkt an die Redaktion gesandt worden.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag abgelehnt, da der Gerichtshof die behauptete Thatsache als wahr unterstellt. Als erster Verteidiger spricht Dr. Jahu für den Angeklagten Dr. Wöttcher: Vor zehn Jahren habe hier im Anschluß an den Mord von Ranten ein Prozeß stattgefunden, jetzt spiele im Anschluß an Konig ein ähnlicher Prozeß. Wie dort, so seien auch hier die Surzer Älten herangezogen worden. Die Angeklagten teilen die Ansicht vieler, daß hier ein Blutmord vorliege. Der ganze Prozeß sei ein Tendenz, ein

politischer Prozeß.

dafür sei schon die ganze Erhebung der Anklage kennzeichnend. Er verweise darin das Gleichmaß, denn während Weidelt, Frau Rohde und Hoffmann auf den Weg der Privatklage verwiesen wurden, seien hier die jüdischen Leute, Lewy und Genossen des Schutzes der Staatsanwaltschaft zu teil geworden. Der Kampf, der zwischen den Juden und den Angeklagten Bruhn und Dr. Wöttcher angefochten werde, liege auf politischem Boden. Die „Staatsbürger-Zeitung“ sei gezwungen gewesen, die beanstandeten Artikel zu veröffentlichen, wenn sie ihren Standpunkt vertreten wollte. Die Frage, ob ein Ritualmord bestünde oder nicht, sei für die Allgemeinheit von der größten Bedeutung und deshalb habe auch der Angeklagte Dr. Wöttcher sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden. In einem Prozeße gegen den Redakteur der „Germania“ habe der Staatsanwalt auch anheim gegeben, dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zuzubilligen, weil dessen Blatt eine bestimmte Richtung vertrete. Der Verteidiger erklärt, daß es eine schwere Aufgabe für ihn sei, die Maßnahmen der Behörden im Fall Winter zu kritisieren, die Pflicht lege ihm aber diese Aufgabe ob.

Er behaupte, daß bei Beginn der Untersuchung grobe Verstöße gegen die Kriminalistik und sogar ein Verstoß gegen die Strafprozeß-Ordnung vorgekommen seien. Es war eine so identische That, daß sofort alle Mittel angewendet werden müßten, um den objektiven Thatbestand festzustellen. Dies sei nicht geschehen. Die Obduktion wurde zu spät vorgenommen und dadurch wurde dem Gutachten ein Teil seiner Unterlage genommen. Die Hausauswägungen wurden mangelhaft und nicht eingehend genug vorgenommen.

Am 26. März erschien der Oberstaatsanwalt Wulff in Konig, um sich nach dem Stand der Voruntersuchung zu erkundigen. Er sagte damals zum Ersten Staatsanwalt Settegast, es sei seines Erachtens zu viel gegen die Juden geschehen. Wenn diese Heuerung auch nichts Ungeheuerliches enthält, so mußte sie doch für den unethischen Beamten, der die Voruntersuchung leitete, eine maßgebende sein. Wohl selten beruhe der Bericht eines Beamten auf so wenig thätlichen Unterlagen wie der Bericht des Kriminalinspektors Braun. Er wolle den Ausdruck „erbärmlich“, den Inspektor Braun mit Bezug auf ein Gutachten gebrauchte, auf dessen Bericht nicht antworten. Es dürfe gleichzeitig mit der Voruntersuchung gegen Hoffmann nicht auch eine Nebenuntersuchung gegen Lewy geführt werden, und darin liege der

Verstoß gegen die Straf-Prozeßordnung.

Der Verteidiger geht sodann über zur Beleuchtung der Fälle Masloff und Nathaus Meyer und weist auf alle Punkte hin, die nicht aufzuklären gewesen sind. Die verschiedenen Schwankungen in der Voruntersuchung müßten bei der Koniger Bevölkerung eine aufregende Wirkung erzeugen. Allgemein sei angenommen worden, daß die Beamten, welche die Untersuchung führten, nicht über die nötige Fähigkeit verfügten. Aus allen diesen Gründen und besonders wegen der schwankenden Untersuchung sei es selbstverständlich gewesen, daß es in Konig zu Kravallen kommen mußte, aber den Artikeln in der „Staatsbürger-Zeitung“ sei dies nicht zuzuschreiben. Der Angeklagte Dr. Wöttcher habe als Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ zu der Sache Stellung nehmen müssen.

Der Verteidiger schloß mit dem Antrage, gegen Dr. Wöttcher nicht auf eine Freiheitsstrafe, sondern nur auf eine Geldstrafe zu erkennen.

Rechtsanwalt Simon's (für Bruhn) wendet sich gleichfalls gegen den Unterschied, der von der Staatsanwaltschaft bei der Behandlung von Strafanträgen gemacht werde. Einen Schluß, ob der gegen die Juden erhobene Verdacht bestehen bleibe oder beseitigt sei, lasse diese Beweisführung, wo man fast gar keine Zeugen persönlich vor sich habe, nicht zu. Er müsse entschieden die Behauptung bekämpfen, daß der Nachweis geführt sein soll, daß kein Ritualmord vorliege und daß Juden nicht die Täter seien. Er behaupte vielmehr: Hier liegt nicht bloß ein gewöhnlicher Mordfall vor, sondern ein ganz geheimnisvoller Mord, der seinem Zwecke nach etwas ganz Besonderes darstelle; der Verdacht gegen die Juden sei nicht widerlegt, es bestehe vielmehr auch jetzt noch ein dringender Verdacht gegen die Juden.

Der Verteidiger beruft sich auf die Thatsache, daß Medizinalrat Dr. Müller eine völlige Blutleere feststellte und die Herren Dr. Stürmer und Dr. Wittenzweig keinen Zweifel daran hatten, daß der Tod durch Verblutung und nicht durch Erstickung stattgefunden habe. Erst durch Dr. Puppe sei eine andre Auffassung geltend gemacht worden.

Ein er habe, nach dem Gutachten der Sachverständigen, dieses Verbrechen nicht begehen können, denn es gehörte zur Ausführung ganz besondere Instrumente, ein besonderer Raum und eine genügende Beleuchtung. Das alles deute doch nicht auf einen Gelegenheitsmord oder auf einen Zufallsmord. Der Leichnam sei vollkommen ausgeblutet gewesen und es sei nicht nur höchst wahrscheinlich, daß der Tod durch Verblutung eingetreten ist, sondern es deute auch alles darauf hin, daß der Mord war, das Blut abzufangen, daß es sich also um einen Blutmord handele. Damit solle noch nicht gesagt sein, daß Juden auf alle Fälle die Täter sein müssen. Aber der Mord müsse von einer Mehrzahl von Personen begangen sein, die durch ein andres Band zusammengehalten werden, als bloß durch die That selbst. Von dem Telegramm des Herrn Einsheimer an siehe das gesamte Judentum wie ein Mann hinter den verdächtigen Juden, und dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit rufe auf der andren Seite auch eine Art Suggestion hervor. Soviel siehe doch fest: wenn man seinen Ausführungen nicht folgen wolle, so müsse man doch anerkennen, daß mindestens starker Verdacht gegen die einzelnen Juden vorlag und namentlich zur Zeit des Erscheins der Artikel vorgelegen hat. Die „Staatsbürger-Zeitung“ habe doch den Verdacht gegen Lewy und die übrigen Juden nicht erwidert, sie habe wiedergegeben, was Tausende und Abertausende seiner Zeit sagten und was Hunderte von andren Zeitungen ausgedrückt haben. Den Angeklagten müsse auch der Schutz des § 193 zugebilligt werden. Es sei ganz unerfindlich, wie der Staatsanwalt zu so schweren Strafanträgen komme. Als christliche Personen des Nordes verdächtigt wurden und den Schutz des Staatsanwalts erbaten, habe sie dieser auf den Weg der Privatklage verwiesen, und in diesen Fällen haben die Schöffengerichte auf Geldstrafen von 5 bis zu 500 Mark erkannt. Und hier sollen so hohe Gefängnisstrafen plagreifen? Rechtsanwält Sonnenfeld habe gezeigt, daß es ihm darauf ankomme, bei dieser Gelegenheit die ganze antisemitische Richtung zu treffen. Er glaube nicht, daß der Gerichtshof sich dazu hergeben wird, dem Vertreter der Nebenkläger zu folgen und die Angeklagten im Gegensatz mit allen sonstigen Gepflogenheiten so schwer zu bestrafen.

Nach einer kurzen Rede und Gegenrede des Staatsanwalts und der Verteidiger erfolgte Schluß der Sitzung. Das Ediktwort soll den Angeklagten Sonnabend 12 Uhr verflattet und hierauf das Urteil gesprochen werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt.

G. D. Vielleicht hilft Ihnen der Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Fabrikanten und Handwerker. Vorkühnde: Frau Ida Solomonsohn, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18. Event. auch die Wiedereröffnung, Vorkühnde: Stadtrat Heller, Rathhaus.

D. V. Vorkühnde. Wenden Sie sich in der Angelegenheit der Preisen Volkshilfe an Herrn Müller, Rigdorf, Rigdorfstr. 46.

H. S. Der Bierbockel war von Mai bis Dezember 1894.

36. S. W. Wenn Sie nicht Erde sein wollen, müssen Sie innerhalb 6 Wochen nach Kenntnis von dem Tode Ihrer Frau dem Amtsgericht eine schriftlich oder notariell beglaubigte Verzichtserklärung einreichen oder innerhalb derselben Zeit zu Protokoll des Gerichtsschreibers Ihre Verzichtserklärung abgeben. — **Intensiv.** beantragen Sie unter Glaubhaftmachung des Verlusts der Urteilsausfertigung, Ihnen eine andre mit der Vollstreckbarkeit versehen Urteilsausfertigung zu erteilen und lassen Sie dann auf Grund dieser ständen. — **G. B. 100.** Eine Zustimmung der Gesellschaft ist weder ein Akt der Zustimmung, noch eine Zustimmung möglich. — **52.** Es muß dieselbe Art Scheibe, wie die geworfene war, eingesetzt werden.

V. S. 100. Rein. — **C. 2. 39.** Der Meiststempel wird für die Zeit von Januar zum Januar erhoben. Ob Sie zu zahlen haben, hängt davon ab, ob Sie für 1901 oder für 1902 gezahlt haben. Das läßt sich durch das Meiststempelbuch des Wäres und die Ihnen erteilte Quittung feststellen.

W. 72. Der Arbeitgeber lastet für unersicherte Rückgabe der von ihm ausbewahrten Wertgegenstände des Arbeiters, eventuell für den Ersatz in allen Fällen, in denen er bei der Aufbewahrung, die im Rechte erforderliche Sorgfalt außer acht gelassen hat. Das ist näher Seite 168 des in den öffentlichen Verleihen ausliegenden „Arbeiterrechts“ dargestellt und entspricht auch der herrschenden Praxis. Daß die Erörterungen des Antisemitischen Vorkühnde über die Verbunden usw., soweit sie richtig waren, nichts Neues darboten und die Rechtslage von einem völlig verkehrten Standpunkt aus zu beleuchten suchen, ist im „Vorkühnde“ bereits in einer Aufschrift des Gen. Keine dargelegt.

C. 3. G. 9. 1. Es sind Bezugsgewinne (4 Proz.) für die Zeit vom Tage der Fälligkeit ab zu zahlen. 2. Bar Eche war dem 1. Januar 1900 geschlossen, so ist ein gerichtlicher Vertrag erforderlich. — **W. G.** Die Klausel über Rückkauf ändert an der Verpflichtung zu Uebergabe der Wohnung nicht. — **Schulz, Herfelde.** Die Antwort des Gerichtshofes ist zureichend. — **R. 100.** Die Antwort des Magistratskommissars bedarf sich mit der von uns dargelegten Praxis. Ein weiteres Verfahren wäre zwecklos.

Laurent. 1. Wegen Ehebruch kann eine Ehe nur auf Antrag dessen gelieden werden, der den Ehebruch nicht begangen und innerhalb 6 Monaten nach Kenntnis vom Ehebruch das Scheidungsverfahren eingeleitet hat. 2. Rein. 3. In 3 Jahren. — **G. S. 300.** 1. Rein. 2. 4. Sie müßten darlegen, wie der vermeintliche Kauf lautet. 5. Das ist möglich. — **H. S. 1-3.** Rein. Sollte ein dahingehender Verlust unterzogen werden, so würden Sie gut thun, säkularisiert Beschwerde einzulegen und den Fall zur Besprechung in der Öffentlichkeit und dann vorzutragen.

W. V. 3. 1. Da 2. Mit Reisesloten für den Wendarm etwa 10 bis 15 M. — **G. 100.** 1. Nach § 103 Strafgesetzbuch wird mit Gefängnis oder mit Festungshaft von einer Woche bis zu 2 Jahren bestraft, wer sich gegen den Landesherren oder den Regenten eines nicht zum Deutschen Reich gehörenden Staates einer Beleidigung schuldig macht, sofern in diesem Staate dem Deutschen Reich die Gegenleistung verweigert ist. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der auswärtigen Regierung ein. 2. Im Fall Stengete (Domburg) handelte es sich um eine angebliche Beleidigung des Königs von Belgien. Das Auffallende war die Strafhöhe und der Umstand, daß das Landgericht und Reichsgericht annahmen, der Wahrheitsbeweis sei ausgeschlossen. 3. Zur Beantwortung dieser Frage liegt keine Verantwortung vor.

A. Arouach. Wenden Sie sich säkularisiert an das Patentamt. Dem Schutz können Sie durch Zahlung von jährlich 2 M. verlängern. Die Anspruchsannahme eines Patentamts ist nicht erforderlich. — **R. V. Rein.** — **W. G.** Zu dem der Scheidungsfrage vorkühndenden Termin braucht nur der Kläger, nicht der Beklagte, zu erscheinen. Eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt in diesem Verfahren ist unzulässig. — **Antonier. 3.** Rechnungsrat Junge, Poststr. 40, ist gerichtlicher Schreib-Sachverständiger.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 10. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Cyrenhaus. Die Stimme von Vordich.

Schauspielhaus. Die Kaiserin. Deutsches. Es lebe das Leben. Berliner. Das Mädchen von Helldorn.

Veien. Der Dorfmann. Lesung. Die Kleinbürger. Neues. Ledige Leute. Residenz. Seine Kammerjosef. Thalia. Er und seine Schwester. Central. Die Fledermaus.

Anfang 8 Uhr:

Schiller. O. (Wallner-Theater.) Morituri. Leja Fritzen Das Ewig-Räumliche.

Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Die Kottenbuerer.

Carl Welck. Gräfin Bassalla.

Luise. Berlin, wie es weint und lacht.

Cosino. Corradini. Ihre Familie.

Kleines. Serenissimus - Zwischenspiele. Maiennacht, Familienidyll, Kollegen.

Apollo. Lystrata. Spezialitäten-Vorstellung.

Wintergarten. Spezialitäten.

Buntes Theater. Entfaltung des Heimenidylls. Der Hund. Winterzell.

Metropol. Berlin bleibt Berlin.

Trionon. Die Liebeschankel. (La Baseculo.)

Wilhelm. Die Lieber des Musikanten.

Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Palast. Berliner in Steglitz.

Zielf. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Am Theaterplatz.) Kaufend Jahre deutscher Kultur.

Am 10. Oktober, 8 Uhr: Professor Dr. G. Müller: Das Nervensystem und das Hirn der höheren Tiere.

Central-Theater
Freitag, den 10. Oktober, Anf. 7 1/2 Uhr (Abonnement-Billet gültig):
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. (Abele: Wia Berber.)

Thalia-Theater.
Dresdenstrasse 72 - 73.
Täglich bis inkl. 13. Oktober:
Er und seine Schwester.
Am 10. Oktober, Jubiläumsvorstellung für G. Thielscher. Am 11. Oktober: **Charleys Tante.** Am 12. Oktober: **Charleys Tante.** Am 13. Oktober: **Charleys Tante.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Gräfin Vassalis.
Romanisches Schauspiel in 5 Akten von Carl Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Berlin, wie es weint u. lacht.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. u. 10-2 Theater. Anvaliden- und Künstlerdank.

Casino-Theater
Lötzhöfener-Str. 37.
Neu! Corradini etc.
Dazu einige Male: „Ihre Familie“ mit H. Richter und H. Berg. Anfang: Sonntag, 8. Sonntag, 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: „Ein Sohn des Volkes.“

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von L. Klingenscher. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Morgen: Extra-Vorstellung.

Buntes Theater
(Ueberbrottl.)
Anfang 8 Uhr. Röhrenstr. 68.
Entfaltung des Heine-Denkmales. Der Hund. - Winterzell. Leitung: O. Straus.

Wiederauftreten von TINY SENDERS.
Bozema Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lasson.

Central-Theater
Freitag, den 10. Oktober, Anf. 7 1/2 Uhr (Abonnement-Billet gültig):
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. (Abele: Wia Berber.)

Thalia-Theater.
Dresdenstrasse 72 - 73.
Täglich bis inkl. 13. Oktober:
Er und seine Schwester.
Am 10. Oktober, Jubiläumsvorstellung für G. Thielscher. Am 11. Oktober: **Charleys Tante.** Am 12. Oktober: **Charleys Tante.** Am 13. Oktober: **Charleys Tante.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Gräfin Vassalis.
Romanisches Schauspiel in 5 Akten von Carl Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Berlin, wie es weint u. lacht.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. u. 10-2 Theater. Anvaliden- und Künstlerdank.

Casino-Theater
Lötzhöfener-Str. 37.
Neu! Corradini etc.
Dazu einige Male: „Ihre Familie“ mit H. Richter und H. Berg. Anfang: Sonntag, 8. Sonntag, 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: „Ein Sohn des Volkes.“

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von L. Klingenscher. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Morgen: Extra-Vorstellung.

Buntes Theater
(Ueberbrottl.)
Anfang 8 Uhr. Röhrenstr. 68.
Entfaltung des Heine-Denkmales. Der Hund. - Winterzell. Leitung: O. Straus.

Wiederauftreten von TINY SENDERS.
Bozema Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lasson.

Central-Theater
Freitag, den 10. Oktober, Anf. 7 1/2 Uhr (Abonnement-Billet gültig):
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. (Abele: Wia Berber.)

Thalia-Theater.
Dresdenstrasse 72 - 73.
Täglich bis inkl. 13. Oktober:
Er und seine Schwester.
Am 10. Oktober, Jubiläumsvorstellung für G. Thielscher. Am 11. Oktober: **Charleys Tante.** Am 12. Oktober: **Charleys Tante.** Am 13. Oktober: **Charleys Tante.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Gräfin Vassalis.
Romanisches Schauspiel in 5 Akten von Carl Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Berlin, wie es weint u. lacht.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. u. 10-2 Theater. Anvaliden- und Künstlerdank.

Casino-Theater
Lötzhöfener-Str. 37.
Neu! Corradini etc.
Dazu einige Male: „Ihre Familie“ mit H. Richter und H. Berg. Anfang: Sonntag, 8. Sonntag, 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: „Ein Sohn des Volkes.“

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von L. Klingenscher. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Morgen: Extra-Vorstellung.

Buntes Theater
(Ueberbrottl.)
Anfang 8 Uhr. Röhrenstr. 68.
Entfaltung des Heine-Denkmales. Der Hund. - Winterzell. Leitung: O. Straus.

Wiederauftreten von TINY SENDERS.
Bozema Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lasson.

Central-Theater
Freitag, den 10. Oktober, Anf. 7 1/2 Uhr (Abonnement-Billet gültig):
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. (Abele: Wia Berber.)

Thalia-Theater.
Dresdenstrasse 72 - 73.
Täglich bis inkl. 13. Oktober:
Er und seine Schwester.
Am 10. Oktober, Jubiläumsvorstellung für G. Thielscher. Am 11. Oktober: **Charleys Tante.** Am 12. Oktober: **Charleys Tante.** Am 13. Oktober: **Charleys Tante.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Gräfin Vassalis.
Romanisches Schauspiel in 5 Akten von Carl Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Berlin, wie es weint u. lacht.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. u. 10-2 Theater. Anvaliden- und Künstlerdank.

Casino-Theater
Lötzhöfener-Str. 37.
Neu! Corradini etc.
Dazu einige Male: „Ihre Familie“ mit H. Richter und H. Berg. Anfang: Sonntag, 8. Sonntag, 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: „Ein Sohn des Volkes.“

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von L. Klingenscher. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Morgen: Extra-Vorstellung.

Buntes Theater
(Ueberbrottl.)
Anfang 8 Uhr. Röhrenstr. 68.
Entfaltung des Heine-Denkmales. Der Hund. - Winterzell. Leitung: O. Straus.

Wiederauftreten von TINY SENDERS.
Bozema Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lasson.

Central-Theater
Freitag, den 10. Oktober, Anf. 7 1/2 Uhr (Abonnement-Billet gültig):
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. (Abele: Wia Berber.)

Thalia-Theater.
Dresdenstrasse 72 - 73.
Täglich bis inkl. 13. Oktober:
Er und seine Schwester.
Am 10. Oktober, Jubiläumsvorstellung für G. Thielscher. Am 11. Oktober: **Charleys Tante.** Am 12. Oktober: **Charleys Tante.** Am 13. Oktober: **Charleys Tante.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Gräfin Vassalis.
Romanisches Schauspiel in 5 Akten von Carl Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Berlin, wie es weint u. lacht.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. u. 10-2 Theater. Anvaliden- und Künstlerdank.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Professor Dr. C. Müller: Das Nervensystem und das Hirn der höheren Tiere.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Die sensationellen lebenden Bilder, dargestellt v. 6 jungen Damen.
Kirchmeiers Berliner Original Schrammeln.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Mellinis dunkles Geheimnis.
Neu! Lu Dalys Englische Damen-Boxerinnen und Ringerrinnen zum erstenmale auf dem Kontinent.
Georgette Lange, Excentric-Tänzerin.
14 erstklassige Nummern.

Apollo-Theater.
Zum 194. Male:
Lysistrata
Operette in 2 Akten von Paul Ulls. **Carola, Steidl, Reek, Kettner, Kröcher, Lieban, Perry, Runge.**
Bemer: Die phänomenalen neuen Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Serenissimus - Zwischenspiele.
Maiennacht, Familienidyll, Kollegen.

Wilhelm-Theater.
Friedrichstrasse 236.
Zum 3. Male:
Die Lieder des Musikanten.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag, 12. Oktober: Erste Nachmittagsvorstellung (halbe Kassenerpreise).

Trionon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschankel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr. Sonntagnachm.: Corallo & Cie.

Buntes Theater
(Ueberbrottl.)
Anfang 8 Uhr. Röhrenstr. 68.
Entfaltung des Heine-Denkmales. Der Hund. - Winterzell. Leitung: O. Straus.

Wiederauftreten von TINY SENDERS.
Bozema Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lasson.

Central-Theater
Freitag, den 10. Oktober, Anf. 7 1/2 Uhr (Abonnement-Billet gültig):
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. (Abele: Wia Berber.)

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Morituri.
(Teja, Fritzen, Das Ewig-Männliche) von Hermann Sudermann.
Sonabendabend 8 Uhr:
Morituri.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Der Tartuff.
Hierauf: Der Arzt wider Willen.
Sonntagabend 8 Uhr:
Heimat.

Palast-Theater
Direktion: Richard Winkler.
Großer Lachterhof der Süd-9 Uhr: **hattinghoffe**: 9 Uhr:
Berliner in Steglitz.
Das phänom. Oktober-Programm. Willi u. Rosita Sands, Sportakt. Lissi die Dio, Koffim-Soubrette. Huc und Mac, Transformati-onelle. Benedetti, Unberjal-Artist. Georg Paulsen, Instrumental-Humorist. Fritz Bernd mit sein. Original-Slagern. Leichtes Blut, Damen-Seyfert. Elise Gobhardt-Hoffmann, Soubrette. Liowy Uschy, Soubrette.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-12 Uhr.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Zum erstenmal
gibt der Simplissimus einen Kalender heraus mit Illustrationen und Zeichnungen seiner bekannten Künstler und Mitarbeiter. Von jedem finden sich einige aussergewöhnliche Arbeiten, die die Eigenart des Künstlers am besten erkennen lassen. Der textliche Teil ist abwechslungsreich und amüsant; zu den vielen lustigen Anekdoten, Erzählungen und Gedichten gesellen sich eine Reihe neuer, auf den Kalender gestimmter Witze.
Preis 1 Mark. Unter Kreuzband M. 1.20
Verlag von Albert Langen in München Vw.

Paul Hilpert's Restaurant u. Garten
Halensee, Rurfürstendamm 126.
Erste Gaststätte für Fremde. Ruhpartien usw. am Bahnhof Halensee. Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisekarte zu kleinen Preisen. Familien können Kasse laden.
Sahreihem Besu u. nicht entgegen. [5145] **Paul Hilpert.**

für Güte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (4822)
Knabenstühle 0,75-3 R.
Herrenstühle 1,75-5,25 R.
Preis 2,00-5,25
Zylinderhüte 4,00-12,00
Chapeau claque 7,00-12,00
im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert**, Sul-Engros-Geschäft, Waldemarstr. 44, pt. Kein Laden.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen Eigne Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Thor. 54911.
Heute Freitag, den 10. Oktober
frische Blut- und Leberwurst
in bekannter tadelloser Qualität.
Rich. Augustin
Lindenstr. 69, Hof part. „Vorwärts-Haus“.
Großes Vereinszimmer zu vergeben. 53122

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Mottenburger.
Hoffe mit Gesang in 6 Bildern von D. Kallisch und H. Weinand. Musik von H. Dial.
Sonabendabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Esther.**
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonntagabend 8 Uhr:
Esther.
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**

Cirkus Busch.
Freitag, den 10. Oktober er., abends 8 Uhr:
Grosse Vorstellung
mit täglich wechselndem, grossartigem Programm.

Metropol-Theater.
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posee mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hans Reichsberg. Wini Grabitz. Johanna Junker-Schatz.
Morgen zum 30. Male: **Berlin bleibt Berlin.**
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für **Haut- und Nervenleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Etablissement Buggenhagen
am Moltzplatz.
Heute Freitag:
Militär-Konzert
des Musikcorps des 5. Garde-Reg. a. N. Inf. Reg. Nr. 1.
Im Kaiser-Saal:
Hildeburger Sänger.

Cirkus Schumann
Karlsruherstr. Cirkus Renzgebäude.
Freitag, 10. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr:
Grosse Elite-Vorstellung
Sensations-Dressuren!
Die dreifache Fahrshule
ohne Zügel, ger. vom Direktor.
Die Bierbrauereipferde
vorgeführt vom Dir. Schumann.
Ein Reiterseher aus dem Hydropark zu London, geritten von den Herren Hess und Cottrell.
Fr. Dora Schumann, die beliebte jugendliche Schulleiterin.
Grosses Ballett-Divertissement.
Les 4 Nesudsons, musikalische Clowns.
Gerettete der Insel
25 Martinique.
Sonntag: Zwei gr. Vorstellungen. Nachm. 1 Kind frei.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauerbrücke 5.
Größtes Vergnügungsgelände
Berlins.
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich Matinee von 12-3 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzen.**
Entree: Sonntags 50 Pf., Speerth 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Speerth 50 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf.

Steidl-Theater.
Hilfenst. 132 am Oranienburger-Thor.
Täglich humorist. Soiree u. a.:
Studenten Lust u. Leid
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Vorverkauf 11-1 Uhr. Sonnt. u. Donnerst. im Hofsaal

Wirtel-Garten
Ducan's gross. schott. Schiffsbunde. Robinson-Baker-Trio, Hochspringer. Elise de Vere, Soubrette. LosFlorida, Spanische Tänzerinnen. Die 2 Froydos, Professor u. Schüler. Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer. Sisters Carey's dressierte Papageien. Humoris. Pariser Soubrette.
Carl Maxstadt, Diane de Vries, Kara, Angèle Van Zoo, Sängerin v. kgl. Theat., Brüssel. Tänzerin von der Gr. Oper i. Paris. Biograph.
Charlottenburg.
Restaurant „Zur alten Linde“, Felbnitzstr. 3. Gut gepflegte Biere, warme Speisen zu jeder Tageszeit. 21655 **A. Röttger.**

Sozialdemokrat. Verein im 5. Berl. Reichstags-Wahlkreise
Unser früheres langjähriges Mitglied, der Einzel-Arbeiter Genosse
Julius Schneider
ist nach schwerem Leiden am Mittwoch dahingefahren.
Seine feinen Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Oktober, nachm. 3 Uhr, vom Kirchhofe der Anhalt-Strasse aus statt. 21516
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Freie Liedertafel.
Allen Sangesbrüdern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Julius Schneider
nach langem Leiden am 8. Oktober verstorben ist.
Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Anhalt-Kirchhof in Dalldorf statt. [66/1] **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. 122/4
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bruder **Fritz**, am Sonntag, 5. Oktober, gestorben ist. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine Frau und meine liebe Mutter
Emma Stein, geb. Tietz,
gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Oktober, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Simon- und St. Iulian-Gemeinde an der Tempelhofer-Strasse aus statt. **Fritz Stein** nebst Sohn.
Nach langem schweren Leiden entschlief am Dienstag, den 7. Oktober, 5 1/2 Uhr, unser innigstgeliebter Tochter und Schwester **Anna Pantel** im 21. Lebensjahre. Diesem Gen. beiträgt **Fritz Pantel u. Frau.**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedhofes, Marienburger Weg aus statt. [3966]

Dankagung.
Allen denen, die meinem lieben Mann und guten Vater die letzte Ehre erwiesen, den Kollegen und Kolleginnen von den Firmen Pinfis, Firz u. Genest, Ehrig u. Größ, Schäfer Radst., Spinn u. Sohn, Reih u. Martin, dem Metallarbeiter-Verband sowie dem Gelangereiten Humor sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. [63102] **Edw. Wittkowski** und Anbd.

Bernhard Rose-Theater, Nadir. 58.
Sonntag, den 12. Oktober 1906:
Der Postillon von Münchenberg.
Große Feste mit Gesang in 4 Akten von A. Jacobson.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzen.

Wichtige Mitteilung
erhalten alle Besitzer von Losen der am 9. d. M. zu Ende gegebenen Ziehung der **Wohlfahrts-Lotterie,** wenn sie ihre Lose-Nummer und genaue Adresse auf einer Postkarte unter **M. N. 100** an **D. Frenz in Mainz** aufgeben.

Sie haben unser archaisches Institut von Alexanderstr. 38 nach **Alexanderstr. 36a I., am Alexanderpl.** verlegt. Speerth. 2-3 1/2, für Unbermittelte 1/2-1 1/2 Uhr. 53112
Dr. M. Blumenthal, Dr. K. Wirsch, Julius Fischer, Boeckstr. 7, empfiehlt allen Freunden und Genossen sein Lokal. Vereinszimmer zu 25 Personen. „Leipziger Volkszeitung“ mit Lotterieliste liegt aus. 53092

Ausverkauf von Metallbettstellen!

wegen vollständiger Auflösung unsrer Filiale

Spandauer Strasse 48, am Rathaus

haben wir einen grossen Teil unsres Lagers im Preise ermässigt und offerieren wir zu Ausverkaufspreisen **Bettstellen** für Erwachsene und Kinder in Eisen-Stahl und Messing mit Matratzen und kompletten Bettausstattungen. **Feldbetten, Kommodenbetten, Chaiselonguebetten, auch eine beschränkte Anzahl Bettsofa und Bettstühle** etc.

Die gekauften Gegenstände können auf Wunsch zu späterer Ablieferung kostenlos lagern.

R. Jaekels Patent-Möbel-Fabrik.

Hauptgeschäft Markgrafenstrasse 20, Ecke Kochstrasse.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 12. Oktober, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse 23:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Reichstags-Abgeordneter Georg Ledebour. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Baldreichem Besuch erwartet 249/7

Achtung! Putzer. Achtung!

Aut Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 8. Oktober d. J. werden sämtliche Mitglieder, welche noch mit den Trägern im Accord arbeiten, d. h. also, wo der Trägerlohn in den Accordpreisen mit einbezogen ist, aus dem Verband ausgeschlossen. Insbesondere machen wir die Mitglieder aus den Bezirken der Vororte darauf aufmerksam, daß auch sie die Pflicht haben, den Beschluß, welcher am 9. Juli d. J. in der öffentlichen Versammlung der Unter-Bezirk und der Vororte bei Keller gefaßt wurde, wonach der Träger aus dem Accordverhältnis der Unter-Bezirk auszuscheiden ist, strikte zur Durchführung zu bringen, wobei wir die Mitglieder, welche sich bei ihren örtlichen Verwaltungen zu verantworten haben, ersuchen, die strikten Durchführung der Vororte, sowie die noch nicht gefaßten, unverzüglich ihre Mitglieder, welche sich in diesem Lohngebiet mit Einbehalten beschäftigen, hierüber in Kenntnis zu setzen. Des Weiteren fordern wir die Mitglieder und hauptsächlich die Obleute der einzelnen Bezirke auf, etwaige Mängelzustände, sei es in Bezug auf die Trägerfrage oder Anhaltung der festgesetzten Arbeitszeit umgehend an das Bureau, Rosenthalerstr. 57, zu melden.
Die örtliche Verwaltung. A. U.: B. Neumann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 11. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden

bei Dieke, Adersstraße 123.
Baldreichem Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Wir ersuchen alle Mitglieder, Vertrauensleute usw., es thunlich zu vermeiden, daß die Beiträge im Bureau, Engel-Ufer 15, bezahlt werden. Das Beitragszahlen hat in letzter Zeit auf dem Bureau derartig zugenommen, daß eine ziemlich beträchtliche Zeit damit verfließt.
Nur die Mitglieder, welche über acht Wochen registriert, müssen unter allen Umständen nach dem Bureau kommen. Alle übrigen ersuchen wir, möglichst eine unserer Filialstellen zum Entrichten der Beiträge zu benutzen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Glaser Berlins u. Umgegend. Achtung!

Freitag, den 10. Oktober, abends 9 Uhr, in den Armiahallen, Kommandantenstr. 29
Baldreichem Besuch erwartet Die Lohnkommission.

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Endgültige Beschlußfassung über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Verschiedenes.
Wir erwarten, daß jeder Kollege rege agiert für guten Besuch der Versammlung.
Die Lohnkommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. - Fernsprecher Amt VII, 353.
Sonntag, 12. Oktober 1902, vormittags 10 Uhr.

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Kelfer

Berlins und Umgegend
im Lokal von Keller, Koppen-Strasse 29.
Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung von den Verhandlungen mit der Amung. 2. Beschlußfassung über unsere Streit.
Sämtliche Unternehmer unserer Branche sind hiermit eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands „Einigkeit“

Filiale Berlin.
Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 11 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1902.
2. Wahl des Ortsvorstandes.
3. Verschiedenes in Kasienangelegenheiten.
Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzärcher

Berlin (E. H. No. 50).
Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1902.
2. Wahl der Kassieren. 3. Antrag des Vorstandes, Änderung des § 8, Absatz 2. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. A. U.: Gustav Duffe.

Arbeiter-Radfahrerver. „Berlin“.

Sonntag, 12. Oktober, Sonntag nach Pöbdenid, ca. 60 Kilometer. Start früh 7 Uhr Schönhauser Allee. Ende Damsgrabenstr. Nachm. 1/2 Uhr Schönehauser Brücke nach Hirschgarten, Keller. Nächsten Donnerstag: Versammlung bei Wendt, Adersstraße 123. 13/13 A. U.: O. Kademann.

Hand verarbeitete Würstchen 3 35 M. Refekt für Fritze Odebrecht, Neanderstr. 27. Billigstes Wurst-Specialgeschäft.

Bauanschläger!

Verband der Bauanschläger Deutschlands

Ortsgruppe Berlin.
Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, Grenadierstraße 33 bei Schulz: 20785

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Nahmehmer in den Verband finden jeden Sonnabendabend von 7-9 in den Filialstellen, Quittenstraße 75 bei Hartmann und Charlottenburg, Wilmersstraße 50 bei Dagen statt.
Der Vorstand.

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.

Sonntag, den 12. Oktober
findet das beliebte große Wurstessen statt, wozu ich sämtliche Berliner Arbeiter-Radfahrervereine hiermit einlade.
W. Keller.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der paritätische Arbeitsnachweis. Referent: Kollege Maass. 2. Bau- und Branchenangelegenheiten.
Die Kommission.

Arb.-Radf.-Bund „Solidarität“, Gau 9.

Sonntag, den 12. Oktober, nachm. 2 Uhr, findet in Zehdenick im Lokale des Herrn Schlegel eine Radfahrer-Versammlung

statt zwecks Gründung eines Bundesvereins. Abfahrt für diejenigen Bundesgenossen, welche sich an der Tour beteiligen, früh 7 Uhr Schönhauser Allee, Ecke Kastanien-Allee. Um rege Beteiligung ersucht!
Der Gauvorstand: A. U.: Carl Fischer.

Beim Quartalswechsel zum Abonnement empfohlen.

Die Neue Zeit
Unter ständiger Mitarbeiterschaft von H. Sebel, Fr. Mehring, Paul Lafargue u. A. redigiert von Karl Kautsky
* Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie *
Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 5389
Preis pro Quartal M. 3.25, des einzelnen Heftes 25 Pfennig.

Die Gleichheit
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Redigiert von Klara Zetkin
Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 3051
Preis p. Quart. 65 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Der Wahre Jacob
Erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt
Redigiert von S. Seymann
Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 7895
Preis pro Quartal 65 Pf., der einzelnen Nummer 10 Pf.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Waldparzellen, Quadratmeter 85 Hektare, nahe am See, sehr idyllisch, hundertjähriger Buchwald, verkauft Restler Mannbaum, Hermannsdorf, Lindenstraße 15. 23896
Gardinenband Große Frankfurtstraße 9, parterre. 137
Dreijährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und gutem Schnitt von 18 bis 45 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verandahaus Germania, unter den Linden 21. 13078
Winterpaletots (pottblüg) Hand-liche Reiterstraße 6. 4276
Kleide (pottblüg) Tuchlager Hofstraße 2, Koch u. Seeland. 17756
(29). - Gardinenband Bernhard Schmarz: Nur Balkstraße. 13378
Stieppdecken (pottblüg) Jabil, Reiterstraße 20. 192
Teppiche, Betten, Stieppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regulator, Kleiderstöße (pottblüg) Verandahaus Reiterstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 4276
Nähmaschinen zahl bis 10 Mark jedem Käufer, der eine Nähmaschine auf Teilzahlung kauft. Volkmarie: Deutzer, Barfhauserstraße 61. 756
Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00, Ringstich, Bobbin, Adler, Schneidmesser. Gebrauchte (pottblüg), Reparaturen billig. Zornstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 13398
Gardinenreife, (pottblüg), Gardinen-Fabriklager, Grüner Weg 80, parterre, kein Laden. 13014

Wohlfühlverkauf. In meinem großen Hofstraßen, Dranienstraße 68, Hofplatz, stehen verschiedene Wohnungs-Einrichtungen, neu und verlässig gefertigt, zum käuflichen Ankauf. Habe eigene Werkstatt, keinen Laden, bin daher in der Lage, die Möbel äußerst billig zu verkaufen. Sofa 10, Spind 33, Ganelella 65, Kranteau 40, Bettstelle mit Matratze 18, Sofa 12, hochelegante Tischgarnitur 75. Teilzahlung gestattet.
Achtung, Brautleute. In Paul Ströms Möbelwerk, Neue Schönhauserstraße 2, bietet sich Brautleuten die günstigste Gelegenheit, vorzügliche Ausstattungen für 150, 300, 500 bis 10000 Mark einzulassen. Teilzahlung gestattet. In meinem großen Möbelgeschäft, drei Etagen, habe ich eine große Auswahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Kaffeeverkauf, Erparung teurer Ladenniete bin ich im Stande, ganz bedeutende Vorteile zu gewahren. Preis reichhaltiges Lager in verlässigen, geschulten Händen, welche (pottblüg) abgegeben werden. Kuschbaum- oder Mahagoni-Kleiderstöße und Bettstellen 30 Mark, Kleiderstöße 22, Wickel-Kleiderstöße 35, Bettstellen mit Matratze und Kissen 22, französische Tischgarnituren mit Sprungfeder-Matratze und Kissen 38, Kommoden 18, Spiegel 8, Schränkchen 37, Divan mit Kissen 38, Ganelella mit Sattelstühlen 85 Mark, Garnituren 60 Mark, Herren-Schreibstühle, Garderoben-Schränke, Küchenschränke, Beschäftigung ohne Anzahlung. Geliebte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Kasse sauber transportiert und aufgestellt; auch nach außerhalb. Musterbuch gratis und franko. 12618
Teppiche mit handgezeichneten Bildern, niedrige Große Frankfurtstraße 9, parterre. 137
Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00, Ringstich, Bobbin, Adler, Schneidmesser. Gebrauchte (pottblüg), Reparaturen billig. Zornstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 13398
Gardinenreife, (pottblüg), Gardinen-Fabriklager, Grüner Weg 80, parterre, kein Laden. 13014

Verschiedenes.
Rechtsbureau Jabil, Grüner Weg vierundzwanzig (Andersplatz). Rechtsbureau, Eingabengeld, Kalkulation. 26356
Haftfäden, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Papiere, Stenografische 65. 25976
Rechtsbureau, Brochbüchlein, Eingabengeld, Kalkulation, Haft, Druckenstrasse 12/13. 26296
Koffertreue zahnärztliche Behandlung, Zahnärztliche Poliklinik, Gauerstraße 10. 13228
Wer Stoff hat? Herliche Herren-Anzüge und Winterpaletots mit Futterstoffen 15.00. Keine Anzahlung 10.00. Wagner, Schneidmesser, Frankfurtstraße 59, III. 26626
Druckgold, Platin, Zahngebisse, Kunst-Denturstrasse 187, Schmelzerei.
Wohlfühl! Wer sich über diese tolleste Granitart unter Zeit unversichert, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Diebstahl, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tischsporein, Königgräberstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebitten. 1615
Saal, Vereinsräume zu Veranlassungen und Sitzungen noch frei Reiterstraße 10. Nannsch. 12698
Vereinszimmer, Saal mit Bühne, geeignet für Konzerte, Reiterstraße 39. 26698
Größeres Vereinszimmer mit Piano, noch Tage zu vergeben, Balladenstraße 21. 4276
Vereinszimmer, Alte Tafelstraße 69. 12758
Vereinszimmer, Alte, Tafelstraße 119. 12628
Vereinszimmer zu vergeben, Palmenstraße 11. 26845
Rechtsbureau Duffow, Stallerstraße 141 I. Ganzen Tag geöffnet.
Verbands D. Ural, Zeugstraße 5, Coulons. Discretion. Reklamation, Einrichtung für Einzelbedienungen.
Schneidmesser von Frau Koloff, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Humorist noch einige Tage frei, Gerberstr. 102. 111
Stellenangebote.
Steinmetz für einige Tage zur Hilfe beim Vermauern von Giebeln gesucht. Angebote mit Lohnforderung unter E. 6 an die Expedition erbeten. 26760
Ein Verkäufer verlangt, Reiterstr. 73. 131
Tätige Arbeitshilfsarbeiter (Kornpapier, Kaminrohr) verlangt, Koch, Goldenerstraße 112. 1105
Tischreißer auf Blumenbenden, gut eingearbeitet, findet dauernde Stellung bei Heinrich Dufloher, Reiterstraße 59. 26730
Dirigenten sucht kleiner Bergbauverein, Graefstraße 31, im Lokal. 26900
Pinotypener, zehnjährige Erfahrung, sucht für sofortige Kondition. Rau, Grundstraße 41. 26900
Mädchen, die das Belichten von Metallplatten verstehen, verlangt sofort Paul Hübler, Metallhofstraße 5. 26920
Geübte Kartonschneiderinnen verlangt G. Heide, Waldemarstraße 51.
Kartonschneiderinnen verlangt, War Reimhard, Goldenerstraße 31. 111
Mädchen auf Paletots verlangt, Felde, Grünauerstraße 20, IV. 12663
Mädchen auf mittlere Stieppaletots, Preis 2-20 Mark, werden das ganze Jahr beschäftigt bei Demmann, Kastanien-Allee 98.
Mädchen auf glatte Stoff- und Futterstoffe finden dauernde Beschäftigung bei Demmann, Kastanien-Allee 98. 1340K
Buchdrucker und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Beiz- und Poliermeister
bei gutem Gehalt und dauernder Beschäftigung sofort gesucht.
Offerten mit unter Chiffre D. 6 an die Expedition dieses Blattes zu richten.
Geübte Kartonschneiderinnen in und außer dem Hause verlangt, G. Heide, Waldemarstraße 51.
Achtung, Klavierarbeiter!
Die Pianofabrik von Ernst Koch & Co., Greifswalderstraße 155/156, ist wegen Lohn-differenzen bis auf weiteres gesperrt.
Die Ortsverwaltung.
Achtung, Holzarbeiter!
Gespart sind folgende Werkstätten für Arbeiter, Einleger, Maschinenarbeiter und Holzwerker:
K. Schulz, Krautstr. 18/19, Gmelin, Friedrichstraße 33, Kimmel u. Friedrichsen, Hofstr. 43, Lux u. Engelbrecht, Götterstr. 10, Wehner, Stallgasse 58.
Die Ortsverwaltung.
Achtung Vergolder!
Die Spezerei-fabrikliche Zwischmeister Berlin und Vororte dauert ununterbrochen fort.
220/14
Die Ortsverwaltung Berlin.
A. U.: E. Dehler.
Achtung Drechsler!
In der Werkstatt Pflaeger, Reimhardstr. 79, bestehen Differenzen, Bezug streng ferngehalten.
Die Kommission.
89/15

Achtung! Gewerbegerichtswahl!

Der Magistrat giebt folgendes bekannt: Mit dem Ablauf dieses Jahres scheidet auf Grund des von uns festgesetzten, unterm 28. Mai 1900 veröffentlichten Verteilungsplanes der Besitzer des Gewerbegerichts auf die 48 Bezirke III. Abteilung der neuen Gemeindevahlbezirks-Einteilung das zweite Drittel der Gewerbegerichts-Beisitzer jeder Kategorie - 70 Arbeitgeber und 70 Arbeitnehmer - aus.

Table with 4 columns: Wahlbezirk, Stadtbezirke, Zahl der zu wählenden Beisitzer Arbeitgeber, Zahl der zu wählenden Beisitzer Arbeitnehmer. Includes rows for various districts and a total sum of 70 for each category.

In Gemäßheit des § 1 des Gewerbegerichts-Gesetzes vom 30. Juni 1901 ist für das Gewerbegericht der Stadt Berlin unter dem 6. Juni 1902 ein neues Ortsstatut erlassen.

- Zur Teilnahme an den Wahlen ist nur berechtigt: wer das 25. Lebensjahr vollendet und in Berlin Wohnung, Gewerbebetrieb (gewerbliche Niederlassung) oder gewerbliche Beschäftigung hat. Nicht wahlberechtigt sind solche Personen, a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind, b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann, c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und d) die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81b Nr. 4 und der §§ 91-91b der Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Nach § 13 des Ortsstatuts sind von uns von Amtswegen Wahllisten für Arbeitgeber aufgestellt. Als Arbeitgeber sind nach dem Gesetz bezgl. Statut diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden zu betrachten, welche mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Die Handwerkerbetriebe gelten unter der gleichen Bedingung als Arbeitgeber, sofern sie gemäß § 14 der Gewerbe-Ordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben. Den Arbeitgebern stehen im Sinne der bezeichneten Bestimmungen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt.

Das Reich, der Staat, die Gemeinden und sonstige öffentliche Verbände sowie juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch ihre gesetzlichen Vertreter aus. Die Wahllisten sind für jeden der eingangs bezeichneten Wahlbezirke besonders aufgestellt und werden der im § 13 a. a. O. vorgeschriebenen Bestimmung gemäß während der Dauer einer Woche und zwar vom 10. bis einschließlich 16. Oktober d. J. an den Wochentagen von 5-8 Uhr abends, am Sonntag von 12-3 Uhr nachmittags zur Einsicht öffentlich ausliegen.

- für den 2. Wahlbezirk im Sitzungssaal des Deutschen Domes, Eingang Mohrenstraße; für den 3. Wahlbezirk in der Turnhalle der 99. Gemeindefschule, Steinmetzstr. 79; für den 4. Wahlbezirk in der Turnhalle der 90. Gemeindefschule, Hirschbergstr. 33; für den 5. Wahlbezirk in der Turnhalle der 42. Gemeindefschule, Rammstr. 63; für den 6. Wahlbezirk in der Turnhalle der 85. Gemeindefschule, Wangelstr. 85; für den 7. Wahlbezirk in der Turnhalle der 47. Gemeindefschule, Stallschreiberstr. 54; für den 8. Wahlbezirk in der Turnhalle der 49. Gemeindefschule, Blumenstraße 63 A; für den 9. Wahlbezirk in der Turnhalle der 30. Gemeindefschule, Müldendorferstraße 4/5; für den 10. Wahlbezirk in der Turnhalle der 104. Gemeindefschule, Divoerstraße 19; für den 11. Wahlbezirk in der Turnhalle der 8./69. Gemeindefschule, Gipsstraße 28 a; für den 12. Wahlbezirk in der Turnhalle der 25. Gemeindefschule, Mappenerstraße 48; für den 13. Wahlbezirk in der Turnhalle der 117./178. Gemeindefschule, Eberwälderstr. 10; für den 14. Wahlbezirk in der Turnhalle der 241./250. Gemeindefschule, Watzstr. 10; für den 15. Wahlbezirk in der Turnhalle der 28./179. Gemeindefschule, Albrechtstr. 20; für den 16. Wahlbezirk in der Turnhalle der 172./185. Gemeindefschule, Bremerstr. 13/17; für den 17. Wahlbezirk in der Turnhalle der 65./77. Gemeindefschule, Schulstr. 99/100 - Eingang Reinickendorferstr. 30 -.

Außerdem werden noch die Original-Aufnahmelisten von allen vorerwähnten Wahlbezirken in unserm Wahlbureau, Poststr. 16, II - Zimmer 57 -, in den oben angegebenen Stunden ausliegen. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wahllisten, insbesondere wegen nicht erfolgter Eintragung, sind während der Dauer der Auslegung derselben bei uns zu erheben; über dieselben werden wir innerhalb zweier Wochen nach Ablauf der Einspruchsfrist endgültig Entscheidung treffen. Die Einsprüche können im Auslegungstotale zu Protokoll gegeben werden. Für die Arbeiter werden von uns keine Wahllisten zum Zwecke der Wahlen angelegt, es genügt vielmehr für die Arbeiter ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter zur Zeit innerhalb seines Wahlbezirks in Arbeit steht oder wohnt. Die Wahllegitimation ist vor der Abgabe des Stimmzettels dem Wahlvorsteher oder einer von ihm beauftragten Person zu übergeben.

Formulare zu diesen Zeugnissen können vom 1. November d. J. ab während der Dienststunden in unserm Wahlbureau, Poststr. 16 II, Zimmer 57, in Empfang genommen werden. Die Wahlen werden stattfinden für die Arbeitgeber am Freitag, den 14. November d. J., für die Arbeiter am Sonntag, den 16. November d. J. Eine weitere Bekanntmachung betreffs der Wahlen erfolgt später. Die Arbeiter wählen also, wie aus dieser Bekanntmachung ersichtlich, ohne daß Wahllisten aufgestellt werden, am Sonntag, den 16. November, nur auf Grund einer Wahllegitimation. Dagegen machen wir die parteigenössigen Arbeitgeber auf die Pflicht aufmerksam, sich in der Zeit vom 10.-16. Oktober darüber zu vergewissern, ob sie in der Wahlliste verzeichnet stehen. Wahlberechtigt und wählbar sind auch Arbeitgeber, welche zeitweise nur eine Person beschäftigen. Die Gewerkschafts-Kommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Mitglieder der Presskommission, sowohl die bisherigen als die neugewählten, werden ersucht, heute abend 8 1/2 Uhr in der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, amwesend zu sein. In Treptow-Baumschulweg findet heute nachmittags von 2 bis 7 Uhr im Lokale „Paradiesgarten“ die Wahl zur Gemeindevahlberechtigung statt. Kandidat der Arbeiterpartei ist Parteigenosse A. Gerisch. Es bedarf aller Anstrengungen, um einen Erfolg zu erzielen, und die Parteigenossen müssen Mann für Mann am Platze sein. Wenn irgendwo, so ist es in Treptow-Baumschulweg notwendig, daß die Sozialdemokratie im Ortsparlament vertreten ist. Thue daher ein jeder seine Schuldigkeit!

Schöneberg. Parteigenossen! Am kommenden Sonntag, den 12. d. M., findet für unsern Ort eine Flugblattverbreitung zur Agitation für den „Vorwärts“ und Wahlverein statt. Es ist nun unbedingt Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich an derselben zu beteiligen. Treffpunkt früh 1/8 Uhr in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenstaufenstr. 50; Schilling, Hirschhäuserstr. 16; Krüger, Garmelwaldstr. 110; Klisch, Merseburgerstr. 7; Döb, Reimingerstr. 8; Gorkemann, Kaiser-Friedrichstr. 8; Reimer, Hohenfriedbergstr. 26; Hoffmann, Cheruskerstr. 16; Hauser, Hauptstr. 97; Wolf, Sponholzstr. 34. Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, die Mitgliedsbücher behufs Abstempelung mitzubringen.

Ordnung. Der Wahlverein hält am Samstag, 9 Uhr, im Lokal „Zur grünen Eide“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kasenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Am Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr findet bei Duchaufour Köpcke-Str. 79, eine Kollaboration statt, in welcher Frau Emma Jhrer-Pantow über „Reichsbanner und Grenzvertr.“ sprechen wird. Agitiere jeder für zahlreichem Besuch dieser Versammlung.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten war ungewöhnlich kurz. Die Verhandlungen boten auch wenig Bemerkenswertes, obwohl über etliche Punkte ein langes und breites geredet wurde. Von Interesse war eigentlich nur der Rauf des Vorstehers Dr. Langerhans auf Kaufmann und die Wahlen zur Neubesezung der durch Birchows Tod frei gewordenen Stellen in mehreren Verwaltungs-Deputationen, Kuratorien usw. Herr Langerhans weiß für die Radikale, die er den verstorbenen Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats zu widmen hat, in der Regel sehr warme Worte zu finden, aber gestern sprach er auffallend kühl. Die Wahl eines Mitgliedes für das Heimstätten-Kuratorium brachte eine Ueberraschung. Der Pressman hat ein unerwartetes Gegenkommen gezeigt und sich jetzt ohne weiteren Kampf dazu bequemt, der sozialdemokratischen Fraktion einen Sitz einzuräumen. Der Gegenkandidat Stadt. Solmitz war zurückgetreten, so daß unser Genosse Dr. Weyl durch Reklamation gewählt wurde.

Die Plaidoyer's.

Der gestrige vorletzte Tag des Prozesses wider die „Staatsbürger-Zeitung“ brachte eine achtstündige Redeschlacht zwischen den Anklägern und den Verteidigern. Der Kampf drehte sich hauptsächlich um drei Gegenstände, einmal, ob es einen Ritualmord gebe, dann ob die beleidigten Privatpersonen im Verdacht ständen, einen solchen Mord begangen zu haben, schließlich darum, ob die Behörden im Interesse der Juden parteilich vorgegangen wären. Die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlung, die ungeheuerlichen Verhältnisse und folgenschweren Mißgriffe der Behörden konnten nach der Lage der Dinge nur flüchtig gestreift werden.

In allen drei Punkten konzentrierte sich die Verteidigung, um mit einem berühmten Schlächterbericht zu sprechen, nach rückwärts, welcher Bewegung die Gegner mit großer Eile folgten. Rechtsanwalt Kahn ließ die Frage des Ritualmordes ganz aus dem Spiele, Rechtsanwalt Simons hielt es immerhin für möglich, daß eine jüdische Sekte einem so „wüsten Aberglauben“ huldige, gefand aber bald, er komme sich selbst komisch vor, wenn er die Möglichkeit erörterte, der arme Winter könne an den Weinen aufgehängt und „geschädigt“ worden sein. Der Justizrat v. Gordon als Vertreter der Nebenkläger fand ein glückliches Wort, wenn er sagte, der Glaube an den Ritualmord sei mehr eine Frage der Intelligenz, als des guten Willens. Offenlich klagt ihn Herr v. Schönfeld nicht wegen Beleidigung an.

In seiner Duplik verbesserte sich der Rechtsanwalt Simons dahin, daß gegen den Schlächter Leiby zu jener Zeit, als die infamisten Artikel geschrieben wurden, ein Verdacht bestanden habe und konnte sich diesbezüglich auf die achtzehn Bände Verdachtsmaterial berufen, daß die eifrigen Behörden „gegen die Juden“ gesammelt haben. Das sah. Der Vorwurf, man hätte im Untersuchungsverfahren die Juden begünstigt, wurde nicht aufrecht erhalten und eingestanden, daß der Wahrheitsbeweis mißlungen sei.

Der Staatsanwalt hatte beantragt: gegen Böttcher einjähriges Gefängnis, gegen Bruhn ein halbes Jahr Gefängnis.

Die Verteidiger plädieren auf Schußberechtigter Interessen und baten für den Fall der Verurteilung um Geldstrafen. Dafür schlenen dem Rechtsanwalt Sonnensfeld die Anträge der Staatsanwaltschaft zu niedrig zu sein! Die Richter werden am Samstag ihre Entscheidung fällen.

Die Richter müssen sich dabei von juristischen Erwägungen leiten lassen. Politisch betrachtet, scheint aber dieser Prozeß ein Schuttspiel dafür, wie wenig Sinn es hat, Redakteur und Schriftsteller möglichst arg zu verhandeln. Politisch betrachtet, kann ein Platz keine härtere Strafe treffen, als daß ihm gerichtsmäßig seine Unglaubwürdigkeit nachgewiesen wird. Diese Strafe wird aber zum guten Teile wieder aufgehoben, wenn man leichfertige Schwärzer zu Märtyrern ihrer Ueberzeugung stempelt. Wenn ein Redakteur eingesperrt wird, liegt es die ehrenvolle Vermutung

nahe, daß er der Verbreiter einer unbequemen Wahrheit gewesen ist. Sozialdemokratische Presskämpfer würden sich darum die Zellengenossenschaft der „Staatsbürger-Zeitung“-Leute ernstlich verbitten müssen.

Die Ring-Düppelse Milchzentrale und ihre Arbeiter. Bekanntlich hat die Milchzentrale oder besser gesagt der Milchring den Kleinverkauf seiner Produkte (Milch, Butter, Käse usw.) für Berlin und dessen Vororte nach Volkeschem Muster eingerichtet. Hier wie dort die Milchwagen mit Aufsichtern und zwei bis vier Jungen dabei. Die letztere aber entlohnt und behandelt werden, davon hier eine kleine Probe. Die Aufsicht haben einen durchschnittlichen Wochenlohn von 24 M. Ihre Arbeitszeit beginnt morgens um 1/4 Uhr und endet nachmittags um 3 oder 4 Uhr. Der Lohn der Milchungen beträgt anfangs 7.50 M. pro Woche und steigt dann nach einem Vierteljahr auf 9 M. und nach jedem weiteren Vierteljahr um 50 Pfennig bis zum Höchstbetrage von 12 M. Ausnahmsweise soll älteren Jungen auch etwas mehr gezahlt werden. Ihre Arbeitszeit ist nicht genau geregelt; sie beginnt um 4 oder 1/5 Uhr morgens und endet gewöhnlich in der Zeit von 12-2 Uhr mittags. Eine Bezahlung etwaiger Ueberstunden giebt es nicht. Die Behandlung ist militärisch streng. Des Morgens vor Beginn des „Dienstes“ wird gehörig in Reich und Glied angetreten. Zuspätkommen wird bestraft, und zwar werden für jede Viertelstunde den Aufsichtern 30 Pf. und den Milchungen 5 Pf. vom Lohne abgezogen. Wer Sonntags fehlt, wird entlassen. Sämtliche Strafen, nicht nur für Zuspätkommen, verhängt der Inspektor nach seinem eigenen Ermessen. Will er es bei irgend einem Versehen der Jungen gnädig machen, so diktiert er ihnen ein oder zwei Stunden „Nannenspußen“ zu, welche Arbeit dann nach Feierabend auszuführen ist. Hin und wieder fest es auch Oberleuten, wie das so im militärisch-patriarchalischen Verhältnisse üblich ist. Natürlich soll jeder mit Leib und Seele beim „Dienst“ sein, das heißt er muß, wo sich ihm nur irgend Gelegenheit dazu bietet, die geschäftlichen Interessen der Milchzentrale zu fördern suchen. Aufsicht und Jungen sollen hinter neuen Kunden her sein, wie der Teufel hinter der armen Seele. Nicht selten haben sie in ihrem Bezirk nach beendeter Arbeitszeit noch Stundenlang Reklamezettel auszuteilen zur Gewinnung neuer Kunden. Diese Arbeit muß natürlich aus purer „Liebe fürs Geschäft“ befragt werden, irgend eine Entschädigung dafür wird nicht gezahlt - mitleidende Agrierer können sich so etwas ja auch nicht leisten. Getreu dem Grundsatz: „Nehmen ist seliger denn geben“, handeln sie auch bei den Abrechnungen mit den Aufsichtern und Jungen. Ist nämlich ein Kunde mit der Bezahlung im Rückstande geblieben oder gar mit Milchschulden durchgebrannt, so hält sich die Geschäftseitung der Centrale einfach an dem Aufsicht oder dem ersten Jungen, dem sogenannten A-Burschen schadlos. Bei der Abrechnung wird diesen ein etwaiger Fehlbetrag ohne weiteres vom Lohne abgezogen. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob sich der Aufsicht oder Junge den faulen Kunden selbst gesucht haben oder ob ihnen dieser von der Geschäftseitung aus überwiesen wurde. Auch für den Verlust oder die Beschädigung von Milchkannen haftet der „A-Bursche“. Man sieht, die Milchzentrale weiß, was ihren Arbeitern gut thut; sie weiß diesen gegenüber ihre Vorteile wahrzunehmen. Wenn das Geschäft trotzdem nicht blüht, so ist das sicher nicht ihre Schuld.

Das städtische Fortbildungsschulwesen Berlins hat im letzten Schuljahre weitere Fortschritte gemacht, wenn man lediglich die Zahl der Schüler als Maßstab hierfür nehmen will. Vom Schuljahre 1900/01 bis zum Schuljahre 1901/02 vermehrte sich die Teilnehmerzahl in den vier Fortbildungsanstalten (für Personen mit besserer Vorbildung) für das Sommerhalbjahr von 687 auf 818, für das Winterhalbjahr von 987 auf 1011, in den 13 Fortbildungsschulen für Jünglinge für das Sommerhalbjahr von 6008 auf 10 380, für das Winterhalbjahr von 11 027 auf 12 291, in den 13 teils städtischen, teils nur von der Stadt unterstützten Fortbildungsschulen für Mädchen für das Sommerhalbjahr von 5099 auf 6293, für das Winterhalbjahr von 5679 auf 5773. Besonders stark war die im letzten Jahre eingetretene Steigerung der Teilnehmerzahl in den Fortbildungsanstalten bei Französisch, Handelskunde und Korrespondenz, Stenographie, Maschinenzeichnen, in den Fortbildungsschulen für Jünglinge bei Zeichnen, Rechnen, Deutsch, in den Fortbildungsschulen für Mädchen bei Stenographie, Korrespondenz (einschließlich Schreibunterricht), Schneidern. Die Zahlen stellen freilich zum großen Teil nur auf dem Papier. In den Berliner Fortbildungsschulen, die bisher immer noch an dem Prinzip der Freiwilligkeit festgehalten haben, ist die tatsächliche Beteiligung so gering, daß der Magistrat es schon seit einigen Jahren nicht mehr für ratsam hält, in den alljährlichen Verwaltungsberichten die früher üblich gewordenen Angaben über die Regelmäßigkeit (oder vielmehr Unregelmäßigkeit) des Besuches zu bringen. Die beabsichtigende, von sozialdemokratischer Seite angeregte Reform des Fortbildungsschulwesens von Berlin, die mit dem bisherigen Grundsatze der Freiwilligkeit im wesentlichen bricht, wird den Fortbildungsschulen eine erfolgreichere Einwirkung auf die Entwicklung unserer heranwachsenden Jugend ermöglichen.

Die Verteilung von Frühstück an arme Schulkinder, die ein Verzeihen aus selber aufzubringen Mitteln, teils aus einem von der Stadtgemeinde geleisteten Aufwand in jedem Winter in den Berliner Gemeindefschulen ausführt, findet nicht überall den Beifall der Schulleitenden. Die „Pädagogische Zeitung“, das Organ der Berliner Gemeindefschullehrer, klagt, daß sich in einigen Gemeindefschulen die Gewohnheit ausgebildet hat, von der Frühstückverteilung gänzlich keinen Gebrauch zu machen. Das genannte Blatt führt mit Recht aus, daß die Behauptung, in manchen Schulen liege überhaupt kein Bedürfnis zur Verteilung von Frühstück vor, unhaltbar sei. Besonders im gegenwärtigen Augenblick, bei der Teuerung der Lebensmittel, sei es kaum denkbar, daß eine Berliner Gemeindefschule im kommenden Winter für die Wohlthat der Frühstücksschreiben keine Verwendung haben sollte. - Im „Vorwärts“ ist es schon vor Jahren als auffällig bezeichnet worden, daß sich die Frühstückverteilung nicht auf sämtliche Gemeindefschulen erstreckt. Wenn die „Päd. Ztg.“ fragt, ob sich die betreffenden Schulen vielleicht einen aristokratischen Anschein geben wollen, so möchten wir dieser Vermutung nicht zustimmen. Wahrscheinlich ist, daß die der Frühstückverteilung feindselig gesinnten Direktoren der „Begehrlichkeit“ steuern zu sollen glauben. Die Schulverwaltung würde ihnen Dank wissen. Je weniger von der Frühstückverteilung Gebrauch gemacht wird, desto leichter kann man der Forderung, daß die Gemeinde die Sache zu der ihrigen mache, ein Nein entgegensetzen. Wir erinnern in dieser Beziehung an die Verteilung unentgeltlicher Lehrmittel, die ja ebenfalls so vorsichtig ausgeführt wird, daß am Ende des Jahres immer mit Genugthuung hervorgehoben werden kann, die ausgeworfene Summe sei noch nicht einmal voll aufgebraucht worden.

Wirkungen der Arbeitslosigkeit und des Stands. Während der Besuch des städtischen Familienobdachs gegenüber allen Erwartungen zum letzten Quartalswechsel nicht einen solchen Umfang angenommen hat, wie in den beiden vorgenannten Jahren, sondern eher nachgelassen hat, ist der Besuch des nächsten Obdachs wenn auch nicht erheblich gestiegen. Am 1. Oktober d. J. wurden im Familienobdach 41 Männer und 102 Frauen mit 238 Kindern verbergt und im Monat September dieses Jahres im nächsten Obdach 23 442 Männer und 1074 Frauen gegenüber 21 409 Männer und 2895 Frauen im September vorigen Jahres. Auch im städtischen Arbeitsbureau in Annabergerstr. ist die Frequenz, und dort ganz erheblich gestiegen. Wie soll das erst zum Winter werden?

Die Gemeindefschulen Berlins sind durch die in dieser Woche erfolgte Eröffnung drei neuer Schulen von bisher 255 auf 288 vermehrt worden. Die neu eröffneten Gemeindefschulen haben sämtlich bis auf weiteres in gemieteten Wohnhäusern untergebracht werden müssen, die 287. und 288. Schule in den Reubanden Chausseestraße 5 und Köpenickerstr. 14/15, die 286. Schule in dem Hause Remeler-

straße 69, das schon seit einer Reihe von Jahren von der Gemeinde-Verwaltung zur vorläufigen Unterbringung neuer Schüler be- nutzt wird.

Die Armenpflegerinnen, die den Armenkommissionen nach den am 1. April dieses Jahres in Kraft getretenen neuen Bestimmungen zugeordnet werden können, beginnen sich langsam zu mehren. Im ersten Halbjahr hatten zunächst nur die Kommissionen (Nr. 115A, 28 B und 210) je eine Armenpflegerin aufgenommen. Zu diesen drei Armenkommissionen sind jetzt vier andre (Nr. 10, 20A, 22B und 22D) gekommen, so daß künftig in sieben Kommissionen zehn Pflegerinnen thätig sein werden.

Eisenbahnschmerzen. Ein Arbeiter schreibt uns: Am 1. Oktober hat die Eisenbahnverwaltung aus der Strecke Berlin—Erfner zwanzig neue Züge eingelegt. Das war eine Notwendigkeit, da die Wagen bei allen Dingen in den Morgen- und Abendstunden stets zum Erdbeben voll waren. Die Sache wäre an sich schon schon gewesen, wenn man die Züge nurmehr nicht um je drei Wagen ver- längert hätte. Dadurch ist erreicht worden, daß man auch jetzt noch jeden Abend eingewängt fährt.

Eine andre Seltsamkeit. Von Rummelsburg bis Lehrter Bahnhof kostete ein Arbeiter-Wochenlohn 80 Pf., von der neuen Südbahn-Station Rummelsburg-Ost aus jedoch eine Mark, trotzdem die übrigen Wochenlohnpreise keine Änderung aufweisen. Warum macht Rummelsburg eine Ausnahme?

Die jüdischen Lesefallen sind in dem Jahre vom 1. April 1901 bis 31. März 1902 von 79 580 Personen (76 100 Männern, 3420 Frauen) besucht worden. Im Vorjahre betrug die Zahl der Besucher 60 700 Personen (58 187 Männer, 2513 Frauen). Den stärksten Zuspruch hatte die 2. Lesehalle in der Rovenstraße, welche von 23 068 Personen (23 475 Männer, 493 Frauen) benutzt wurde; dann folgen die 1. Lesehalle mit 18 005, die 3. mit 14 138, die 4. mit 7940, die 5. mit 7855 und die 6. mit 7683 Lesern.

Die neue Akademie für die bildenden Künste in der Hardenberg- straße, soll und zwar in Gegenwart des Kaisers, am 2. November eingeweiht werden.

Wie man auf der Hochbahn zum Betrüger wird. Die Hochbahn- Direktion läßt folgendes bekannt geben: „Die Benutzung der Wagen der II. Klasse der Hochbahn mit Fahrkarten III. Klasse wird trotz aller Mahnungen fortgesetzt versucht. Die Betriebsverwaltung ist deshalb genötigt, dauernd die Wagen II. Klasse kontrollieren zu lassen. In manchen Fällen beruht die Benutzung der höheren Klasse offenbar auf Irrtum. Dann ist die Angelegenheit durch Lösung eines Aufschlags erledigt. In den meisten Fällen liegt jedoch ein absichtlicher Mißbrauch vor. Im Laufe der Monate hat sich nun die Praxis herausgebildet, derartige Fälle ohne weiteres der Polizei zu weiteren Veranlassung zu übergeben. Diese verhängt selbst eine entsprechende Strafe oder übergibt die Sache der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung wegen Betruges. Fahrgäste, welche die II. Klasse der Hochbahn mit Fahr- karten III. Klasse benutzen, setzen sich also der Gefahr einer Straf- verfolgung wegen Betruges aus. Zum Uebergang von der III. in die II. Klasse sind jetzt fast überall Automaten mit Fahrkarten zum Preise von 5 Pf. aufgestellt.“

Es müssen sonderbare Klänge sein, die sich ohne Ursache in die Wagen der II. Klasse drängen auf die Gefahr hin, wegen Betruges ins Gefängnis gebracht zu werden. Thatsächlich liegen die Dinge ja so, daß die Fahrgäste wegen Ueberfüllung gezwungen sind, im Wagen zweiter Klasse Platz zu nehmen und daß somit die Hochbahn-Direktion an solchen Betrugen zum Mitschuldigen wird. Da die Wagen zweiter Klasse jumeist leer fahren, liegt es im Interesse der Direktion, die Klassenunterschiede überhaupt auf- zuheben und so die Gefahr, eines Tages wegen Betruges zum Betrug belangt zu werden, für sich zu beseitigen.

Der Eisenbahndirektions-Präsident Krauß hat an den Vorstand des Berliner Vorortvereins, zu Händen des Vorsitzenden, Stadtverordneten-Vorsichters Gustav Müller in Schöneberg, ein aus- sühliches Schreiben gerichtet, worin er gegenüber der gedauerten Unzufriedenheit mit dem neuen Fahrplan der Vorort- züge der Strecke Berlin—Erfner darauf hinweist, daß, ob- wohl die Vorortzüge seit dem 1. Oktober zwischen Stralau-Rummels- burg und Erfner vollständig getrennt von den Fernzügen auf be- sonderen Gleisen verkehren können, es doch z. B. noch nicht möglich ist, mehr Züge zu fahren, als dies am 1. Oktober geschehen ist. Dies liege an dem jetzigen Zustande der Gleise- und Bahnsteig- anlagen des Schlesiener Bahnhofs auf dem das dritte und vierte Gleise der Strecke Schlesiener Bahnhof—Erfner zunächst provisorisch in die Ferngleise der Stadtbahn eingeführt werden mußten. Der zu einer beabsichtigten Einführung der Vorortgleise in die Stadt- gleise notwendige Umbau des Schlesiener Bahnhofs werde in den nächsten Wochen begonnen und mit thunlichster Beschleunigung durch- geführt werden. Bis dahin lasse sich der zunächst noch als provi- sorisch zu bezeichnende Fahrplan auf dieser Vorortstrecke nicht wesent- lich anders gestalten.

Durch einen jener Unfälle, die sich trotz aller Mahnungen zur Vorsicht immer noch wiederholen, hat das Wälderche Ehepaar in der Fildienstraße sein einziges Kind verloren. Frau Müller wusch in der Küche, während ihr erst zwei Jahre altes Töchterchen Margarete in der Stube spielte, und hatte eine Wanne mit heißem Wasser hinter sich zwischen dem Küchentisch und einem Stuhle stehen. Als nun das Kind aus der Stube gelaufen kam und das, auch den Puppenstühle zu waschen, wies die Mutter es sofort zurück und glaubte auch, daß es dieser Weisung entsprochen habe und wieder nach der Stube gegangen sei. Die Kleine war aber hinter die Mutter gegangen, und fiel, bevor diese ihre Anwesenheit merkte, rücklings in die Wanne. Erst als sie laut aufschrie, sah Frau Müller das Unglück. Nun war es aber zu spät. Das Kind war so schwer verbrüht, daß es im Krankenhaus am Urban starb.

Bei der Arbeit ein Auge eingebüßt hat der Lehrling Georg Kusche, der in einer Eisengießerei in der Markgrafenstraße ein- gestellt ist. Beim Schmelzen eines Meißels entglitt dieser der Jange, die ihn festhielt, das glühende Eisen flog dem Lehrling L. gegen das linke Auge, so daß er vor Schmerz besinnungslos zu Boden stürzte. Ein Arzt aus der benachbarten Unfallstation in der Kronenstraße legte dem Verunglückten einen Rotverband an und veranlaßte die Ueberführung des Bedauernswerten in die königliche Augenklinik. Nach den hier angestellten ärztlichen Ermittlungen hat das Auge die Sehkraft völlig verloren.

Ein nettes Ständchen wird uns von einem jener Ladenschwinder berichtet, vor deren Treiben wir schon wiederholt Verkäufer und Kunden gewarnt haben. Während bei dem Besuch dieser Ganner in der Regel die Verkäufer die Kosten tragen, war es diesmal ein Kunde, der den Schaden hatte. In einem großen Geschäft am Alexanderplatz kaufte jemand für den Haushalt allerlei ein. Als er bereits seinem Portemonnaie ein Zwanzigmarkstück ent- nommen hatte, um zu bezahlen, machte ihn die Verkäuferin noch auf schöne Weintrauben aufmerksam, die soeben frisch an- gekommen waren. Der Käufer legte sein Zwanzigmarkstück neben sich auf den Ladentisch, um sich die Trauben genauer anzusehen, und kaufte dem auch einige Pfund. Als er nun zur Kasse gehen wollte, war sein Goldstück verschwunden. Ein feingekleideter junger Mann, der ein ganzes Krüschens Trauben gekauft hatte, ohne sich lange zu be- merken, was dem ersten Kunden zuvorgekommen, hatte ihm un- bemerkt sein Goldstück vom Ladentisch wegstibigt und damit an der Kasse seinen Einkauf bezahlt. Als man dahinter kam, war der Ganner mit seinen Trauben und dem Kleingeld, das er heraus- bekommen hatte, bereits spurlos verschwunden.

Straßenperrung. Die Friedrichstraße vom Oranienburger Thor bis zur Johannisstraße ist wegen Verlegung von Gasröhren bis auf weiteres, der Kreuzung am der Strom- und Turnstraße wird wegen Verlegung von Gasröhren vom 13. bis 18. d. M. für Fuß- werke und Reiter gesperrt.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des 32 Jahre alten Dr. jur. Heinrich Förstner, eines russischen Staatsangehörigen, der

seit 2 Jahren bei dem Hofleger Werlen in der Bismarckstr. 14 wohnte. Dr. Förstner, der für eine Warthauer Zeitung schrieb, war Herzleidend und beendete deshalb öfter einen Arzt. Ende voriger Woche wurde sein Zustand schlimmer. Als ihn am Montag der Arzt besuchte, phantasierte der Kranke, am Dienstagmorgen starb er. Da der Arzt die Todesursache als unbekannt bezeichnete, so beschlagnahmte die Revierpolizei die Leiche und ließ sie zur gericht- lichen Obduktion nach dem Schauhaufe bringen.

Ihren Verletzungen erliegen ist das 21 Jahre alte Dienstmädchen Ida Wetmann, das sich am Sonntagvormittag um 9 1/2 Uhr in der Küche der „Neuen Welt“ beim Ueberlocken von Fett, bei dem ihre Kleider Feuer fingen, schwere Brandwunden zuzog.

Die neuesten Bereicherungen des Berliner Aquarium erstrecken sich vorzugsweise auf die Abteilungen der höheren und niederen Meerestiere; doch sind auch die Klassen der Vögel und Reptilien durch Zuwendungen mehrerer Tierfreunde, so der Frau Säröder in Tegel und Frau Kluge in Berlin, um Papageien und Schildkröten vermehrt worden. Das Adriatische Meer lieferte eine Anzahl Exemplare einer Art Seemolch, die mit den zu derselben Familie der Büschelheimer gehörenden Seepferdchen in einen Becken vereinigt wurden, hier aber weniger zu bemerken sind als ihre viel kleineren Ge- nossen, weil die etwa fußlangen und größeren nadelartig gestreckten Fische in Form und Farbe die im Wasser befindlichen Pflanzengebilde nach- ahmen und vornehmlich den langen schmalen Blättern des Seegrases sich anähneln. Von ganz anderer Art sind die aus der Dniepr- gebirgsgegend Platysche, unter denen in erster Linie drei Gattungen der lebend schweben zu erhaltenden Steinbutte zu verzeichnen sind, die nun in dem großen Bassin der Fischzucht ihre absonderlichen Schwimm- bewegungen und sonstigen Lebensäußerungen zeigen. Der Kreis der Besichtigten hat einige der abenteuerlich gestalteten Meerestypen und eine Gesellschaft neugieriger Muscheln zur Ergänzung der Bestände beigeleitet.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung von Geschlechts- krankheiten wird ihre konstituierende Versammlung am Sonntag, den 19. Oktober, vormittags um 11 1/2 Uhr präzis im Bürgeraal des Berliner Rathhauses abhalten. Es werden zunächst Dr. Malach über die Verbreitung der Geschlechts-Krankheiten, Prof. Vester über die Gefahren, Geheimrat Kirchner über die soziale Bedeutung der Geschlechts-Krankheiten sprechen; Geheimrat Reiser wird darauf die Ziele und den Arbeitsplan der Gesellschaft darlegen. Nach erfolgter Konstituierung der Gesellschaft soll dann in erster Linie das Thema: „Krankentafeln und Geschlechts-Krankheiten“ zur Diskussion gestellt werden. Das einleitende Referat hierüber hat Herr Dr. Wilmann, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Orts-Krankentafeln über- nommen. Die Versammlung ist öffentlich, der Zutritt jedermann auch ohne Einladungskarte gestattet.

Der Direktor der hhl. Sternwarte in Berlin, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wilhelm Förster, gedenkt zum 1. Oktober 1903 von der Leitung der Sternwarte zurückzutreten und hat diese Entschlie- ßung dem Ministerium kundgegeben. Das Ordinariat für Astronomie an der Berliner Universität wird Geh. Rat Förster beibehalten; auch bleibt er Präsident der zur Zeit wieder in Paris tagenden inter- nationalen Kommission für Maß und Gewicht. Der Gelehrte, der jetzt 70 Jahre alt ist, steht jetzt 37 Jahre als Direktor an der Spitze der Berliner Sternwarte. Im Jahre 1891—1892 stand Prof. Dr. Förster als Rektor an der Spitze der Universität. Von manchen andern Universitätslehrern unter- scheidet der Direktor der Sternwarte sich dadurch, daß er kein Wissen nicht als Monopol des Hochgelehrten betrachtet. Wie unfern Parteigenossen bekannt ist, hat Professor Dr. Förster nicht selten auch in Arbeiterversammlungen wissenschaftliche Vorträge gehalten.

In der Kranis beginnt Herr Professor Müller im Hörsaal heute (Freitag) einen aus 6 Vorträgen bestehenden Vortragszyklus mit Lichtbildern mit dem Vortrag „Die Sinne und die Sinnes- empfindungen“. Abonnementspreis für den ganzen Zyklus 4 M.

Theater. Im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm- städtisches Theater) geht nächsten Sonnabend, den 11. d. M., zuerst Grillparzer's „Es her“ in folgender Besetzung in Scene: Die Titel- rolle wird von Hedwig Pauly vom Deutschen Theater dargestellt. Den König spielt Max Montor, und in den übrigen Rollen sind beschäftigt: Emma Griebel (Jares) und die Herren Max Patzegg (Mardochai), Franz Nolan (Gaman), Karl Dapper (Daghtan), Karl Henschel (Theres), Paul Paschen (Aribai), ferner die Herren Dahlen, Wehlan, Sabo und Brodel. Hierauf folgt das dreistündige Lustspiel „Zwei Eisen in Feuer“, frei nach Calderon von Friedrich Adler. Auch in diesem Stücke spielt Hedwig Pauly vom Deutschen Theater die weib- liche Hauptrolle (Beata), außerdem wirken mit die Damen Horwitz (Doma Clara), Elisabeth Guffmann (Jabel) und Margarete Wah- mann (Juni), die Herren Max Montor (Don Diego), Alfred Schmalow (Rodrigo), Georg Paschke (Don Felix), Oskar Sabo (Don Leonelo), Paul Paschen (Don Saicho), Karl Henschel (ein Häfcher). Die Regie führt in beiden Stücken Max Montor.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung genehmigte am Mittwoch das Budget wegen Erweiterung der Hauptfeuerwache am Lägow und erledigte sodann durch Kenntnisnahme die Vorlage betr. Staatsüberschreitungen im Betrage von 73 243 M. für das Etats- jahr 1901. Der Antrag des Magistrats betr. die Erstattungskosten für die Wiederinstandsetzung von 4 Döckerischen Baracken, die das „Rote Kreuz“ der Stadt zur Unterbringung von Obdachlosen geliehen hatte, veranlaßte unren Genossen Paasche zu der Anfrage, wie der Magistrat in Zukunft die Obdachlosen unterzubringen ge- denke. Stadtrat Samier erwiderte, daß die jetzigen Räume nicht ausreichen und daß der Magistrat zur Prüfung der Frage einen Ausschuss eingesetzt habe. Eine längere Debatte rief die Mitteilung des Magistrats hervor, daß er entgegen einem früheren Beschlusse der Versammlung es nicht für angebracht halte, mit den Nachbar- gemeinden über die Regelung der Entschädigungsfrage verunglückter Feuerwehrleute in Verhandlungen einzutreten. Unter Ablehnung eines Antrages, wonach der Magistrat von neuem Verhandlungen allgemeiner Natur mit den Nachbargemeinden anknüpfen solle, erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit der Haltung des Magistrats.

In Schöneberg ist bekanntlich die Wahl unseres Parteigenossen Döbft von der Stadtverordneten-Versammlung für gültig erklärt worden. Hiergegen wollen die Gegner nun beim Bezirksausschuss Berufung einlegen. Was ihnen wahrscheinlich nicht viel nützen wird.

Alt-Weihensee. In der vorletzten Gemeindeverordneten-Sitzung wurde der bisherige Gemeindevorsteher A. Lingenberg mit 10 Stimmen wiedergewählt, während der Landwirt Droufen 3 Stimmen erhielt. — Die Sitzung vom 7. Oktober faßte den Be- schluss, über die Verfügung der Regierung betr. den Anschluß der Grundstücke in der Falkenbergstraße an die Kanalisation in Neu-Weihensee nicht zu verhandeln, da die Gemeinde willens ist, eine eigene Kanalisation zu errichten und die Genehmigung bereits nach- gesucht ist. — Ferner wurde das Gesuch eines Gemeinbediensteten, der zugleich Nachwächter ist, sein Gehalt der Lebensmittele- verteurung wegen zu erhöhen, angenommen und zwar erhält der vielseltige Beamte vom 1. Januar ab 1300 M. jährlich. — Eine längere Debatte rief die Wahl einer Zeitung zum amtlichen Organ hervor. Der „Amliche Anzeiger“ hatte sich erdreistet, verschiedentlich an Beschlüssen, welche die Gemeindevertretung gefaßt hatte, Kritik zu üben, und zwar noch dazu in etwas witziger Weise. Das wurde geahndet, indem man dem Blatte die amtlichen Bekannt- machungen entzog und auch die jährliche Pauschale von 30 M. in Fortfall brachte. Nunmehr rückt die „Weihensee Zeitung“ an dessen Stelle. Bei dieser gerade nicht delikaten Debatte passierte das Unglück, daß in einem Nebenraum des Sitzungszimmers das an der Wand hängende Orchester der freibeitlichen Klänge der Mar- sellaise anstimmte. Jedoch der Wirt, welcher zugleich auch Gemeindevorsteher ist, ahnte einen Umsturz, beauftragte den bedienens- den Kellner sofort, den Apparat anzuhalten und — Alt-Weihensee war noch einmal gerettet.

Ober-Schöneweide. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung hatte sich unter andern mit einem Antrage der kirchlich staats- gefundenen Protestvereinsammlung zu beschäftigen, bei der Landes- regierung dahin vollständig zu werden, daß sie die eigentliche Ursache der Fleischsteuerung, die Grenzperre, aufhebe. Nachdem der Gemeindevorsteher erklärt hatte, daß er selbst im Interesse der Ge- meinde den Landrat um geeignete Veränderungsmittel erucht habe und vom Genossen Grunow der Antrag begründet worden war, be- schloß man, dahin vorstellig zu werden, daß nur geeignete Maß- regeln ergriffen werden sollen. Bei Betonung der Grenzperren als Ursache der Fleischsteuerung würde die Sache, wie man meinte, einen politischen Anstrich bekommen und abgelehnt werden.

Genosse Grunow hielt dem entgegen, daß es wohl weniger auf eine gnädige Annahme ankomme, als vielmehr darum, der Regie- rung die wahre Meinung des Volks vor Augen zu führen. Vertreter Lange zog treffend den Vergleich, daß man bei Bewilligung eines Zuschusses für die Errichtung einer Warte für den politischen Helden Bismarck gar nicht den politischen Anstrich in Erwägung ge- zogen habe.

Ferner kritisierte Genosse Grunow scharf das Verhalten der hiesigen Gemeindebehörde, welche auf eine Umfrage der Regierung über die Thätigkeit der Säuglinge die weise Antwort gab: „Das sei eine kostspielige Modeschickel“. Kostspielig sei aller- dings die Sache, wenn, wie hier, durch Anstellung eines sehr über- bildeten Arztes, der doch nur eine ganz unwirksame Thätigkeit ent- falten könne, ein Mißlingen voraussehen sei. Im übrigen könne eine solche Einrichtung in Anbetracht der ungemein segensreichen Wirkung nie zu kostspielig werden.

Nun wollte ja allerdings niemand diesen Ausspruch verbuchen haben; zu einer Verständigung konnte man sich aber auch nicht auf- schwingen. Nun vielleicht wägt man ein andermal seine Worte in dieser Beziehung besser.

Spandau. Die Stadtverordneten-Erswahl am nächsten Sonntag hat auch unsere Gegner wiederum auf die Beine gebracht. Katholischer Gesellenverein, Bezirks-, Gewer- und liberale Vereine, zusammen ein lieblicher Mißmach, haben bereits ihre Kandidaten nominiert, die jedoch beide kaum von den Wählern der dritten Abteilung für brauchbar befunden werden! Hat doch der Spandauer Kommunalrat so viele Beispiele von seiner schwächlichen Würde- und Charakterlosigkeit und von seiner feilheitsfeindlichen Stellung gegenüber der Arbeiterbewegung und den Bedürfnissen der Arbeiter geliefert, daß es kaum noch einen besseren Agitationsstoff geben kann! Trotzdem aber werden unsere Genossen am Sonntag (d. h. am Tage der Wahl) bis auf den letzten Mann ihre Schuldigkeit thun müssen, um dem Mißmach die verdiente Abfuhr zu bereiten.

Unsre Kandidaten werden in der morgigen Nummer des „Vorwärts“ bekannt gemacht werden! Sonntagnachmittag 4 Uhr findet im Kammischen Saale, Schönwalderstraße 80, eine kommunalwähler Versammlung statt, in welcher Ge- nosse Kalkoff über das Thema: „Die Sünden bürgerlicher Stadt- väter“ referiert. Recht zahlreicher Besuch ist dringend nötig!

Vermischtes.

Ein Familiendrama. Der Arbeiter Wodensch in Ernstwalde stößte am Mittwoch, der „Frankfurter Oberzeitung“ zufolge, seinen vier Kindern Salzsäure ein und erhängte sich darauf. Ein Säugling und ein drei Jahre altes Kind sind tot, die beiden andern sind außer Gefahr. Die Veranlassung zu der That ist in mitleidigen Familien- verhältnissen zu suchen.

Warum mußte der Glockenturm einfallen? Die beneftianischen Mäpfer bringen aufsehenerregende Aufklärungen über die Ursachen des Einsturzes des Campanile von San Marco, die man erst jetzt entdecken konnte, nachdem die Fortschaffung der Trümmer auch aus dem Innern des Turmfundaments solche Fortschritte gemacht hatte, daß man ein klares Bild der Situation gewinnen konnte. Es wurde festgestellt, daß aus dem uralten Mauer- werk, welches die Stützpfiler des ersten Stockwerkes trug, zahlreiche für die Stabilität des Gebäudes wichtige Teile mittels Stemmmeisen ausgehohlet waren, um die im Turm befindliche Wohnung des Turmwächters zu erweitern. Auf diese Weise wurde ein förmlicher Einschnitt in einem der Grundpfiler konstatiert, welcher den Zweck hatte, Raum für einen Sparbehälter zu schaffen, ebenso eine tiefe Nische, die als Vorratskammer benutzt wurde, ein Einschnitt für einen Wasserbehälter, ein ebensolcher für ein Klotz, eine Luke, in der ein Kasten untergebracht wurde, eine Verdünnung in einer Tragmauer, um eine Vergrößerung des Wasserraumes zu schaffen, wobei oft die Mauer bis auf die Dide eines halben Meters abgetragen wurde. Außerdem aber waren in die Wände zum Zwecke der Ventilation kleine Fenster gehohlet, die die Tragfähigkeit des Gemäuers minderten. Es ist zweifellos fest- gestellt, daß diese dautlichen Veränderungen die Festigkeit der Trag- mauer minderten, die sich unter der ungeheuren Last zur Seite neigten.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll, und die letzte Abonnementsnummer beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beant- wortet und schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

W. Volkrecht. Bis zum vollendeten 29. Lebensjahre. — W. B. J. Anstaltsleiter ist § 18 des Urheberrechts-Gesetzes vom 18. 6. 1901. Dieser lautet: „Erstens: Es ist der Abdruck einzelner Artikel aus Zeitungen, soweit die Artikel nicht mit einem Vorbehalt der Rechte versehen sind, zulässig; auch ist mir ein Abdruck gestattet, durch den der Sinn nicht entstellt wird. Bei dem Abdruck ist die Quelle deutlich an- zugeben. Zweitens: Der Abdruck von Ausarbeitungen wissen- schaftlichen, technischen oder unterhaltenden Inhalts ist, auch wenn ein Vorbehalt der Rechte fehlt, unzulässig. Einmalig Dritten: Verunglückte Nach- richten tatsächlichen Inhalts und Tagesneuigkeiten dürfen aus Zeitungen oder Zeitschriften ferns abgedruckt werden. Es kann freilich sein, ob die Notiz in Kategorie 2 oder in Kategorie 3 fällt. Nach Ader's Schilderung dürfte die Drahtentzwei unter Kategorie 3 fallen, also unzulässig sein. Ehe man sich Scherereien ansieht, ist es aber ratsam, dem Drahten „Ausarbeitungen“ zu zahlen.“

Unfall 100. Heirat wird von manchen als ein nicht verheerungs- pflichtiger Unfall angesehen. Keinesfalls hebt aber Heirat die Rechte aus einem früheren Betriebsunfall auf oder vermindert sie. Nur die Befreiung des Zustandes, die Verminderung der durch den Unfall herbeigeführten Minderung der Erwerbsfähigkeit hebt die Unfallrente auf oder mindert sie. Eine solche Befreiung hat aber die Heirat — abgesehen vielleicht von lustlichen, nervösen Folge-Erscheinungen eines Unfalls — schwerlich. Wäre sie solch heimlich, so hätte die Rechte einen Anspruch auf Verhinderung einer Heirat gegen die Berufsgenossenschaft. Wo — betonen Sie ohne Rücksicht auf die Unfallrente, lassen Sie sich aber nicht wegen dieser belästigen. — Franz K. 1. Falls Abbruch eines schriftlichen Vertrages vereinbart ist: — und 2. Rein. 3. Ja. — Sonnenburg. Die polizeiliche Verfügung ist zu Unrecht ergangen. Gegen dieselbe ist Beschwerde (innerhalb 14 Tagen bei dem Amtsvorsteher anzubringen, an den Landrat ihnen zu adressieren) und Verwaltungsstreitverfahren zulässig und zweckmäßig. Die Beschaffenheit der Beschonungsräume regelt eine Ober-Präsidentenverordnung. Der be- treffende Amtsvorsteher ist als Gegner der Beschonung bekannt.

Wetterungsbericht vom 9. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter
Berlin	765.0	SW	1	Wolkig	Darmstadt	765.0	SW	1	Schnee
Hamburg	765.0	SW	1	Wolkig	Frankfurt	765.0	SW	1	Schnee
Berlin	765.0	SW	1	Wolkig	Leipzig	765.0	SW	1	Schnee
Frankfurt	765.0	SW	1	Wolkig	Stuttgart	765.0	SW	1	Schnee
München	765.0	SW	1	Wolkig	Wien	765.0	SW	1	Schnee
Wien	765.0	SW	1	Wolkig					

Wetter-Prognose für Freitag, den 10. Oktober 1902. Zunächst ziemlich heiter bei schonen nordöstlichen Winden, später Nacht, aber wenig veränderter Tagesstemperatur, später neue Trübung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Verlags- und Druckanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.